

der ruhr-student

BOCHUMER, DORTMUNDER UND ESSENER STUDENTENZEITUNG

UNIVERSITÄTSARCHIV BOCHUM

Kleine Sammlungen

K 2

YNA 2040-16



YN 82/1,16

Willi W

ein
vor
ein
für

DP

Willi W

beiu SP

Zur Wahl

Heft 5

Landtagswahl ist Kulturwahl

„Mikat macht es — darum CDU“, „Prof. Brandt und wir sind über den Berg — SPD“, „Herzberg — einer von uns, einer für uns — FDP“ — so müßten eigentlich die Wahlslogans bei einer Landtagswahl heißen, denn bei einer solchen Wahl wird in erster Linie auch die zukünftige Kulturpolitik bestimmt. Die Wichtigkeit der anderen Themen wie Energiepolitik, Straßenbau usw. soll nicht verkannt werden, jedoch wird die Wichtigkeit des Wahlkampfthemas überhaupt, nämlich das Thema „Kultur- und Bildungspolitik“, zu oft unterschätzt.

Die einzigen echten Hoheiten, die der Landespolitik geblieben sind, sind die Finanz- und Kulturpolitik — bei allen anderen Fragen spielen auch Bundeskompetenzen eine Rolle. Über die Zukunft unserer Schulen und Hochschulen, des Theaters und der Landschaftspflege entscheidet jedoch das Land, speziell die Landesregierung allein und eigenverantwortlich. Man mag das bedauern und mehr Bundeskompetenzen auf diesem Gebiet fordern (die Studentenschaft tut das seit Jahren), an der Tatsache des Kulturföderalismus kommen wir — und damit der Wähler — nicht vorbei. Und darum ist auch und gerade die Kultur- und Bildungspolitik ein überaus wichtiges Wahlkampfthema und das Amt des Kultusministers das wichtigste nach dem des Ministerpräsidenten — abgesehen vielleicht vom Finanzminister, der „auf den Pennunzen sitzt“ — wie man im Ruhrgebiet so schön sagt.

Und wenn von allen Parteien gesagt wird, daß unsere Schulen und gerade die Universitäten „zu schade“ für den Wahlkampf sind — dann zeugt das vom schlechten Gewissen auf allen Seiten.

Als ob die Zukunft unserer Kinder und des akademischen Nachwuchses ein Tabu ist, das nicht angerührt werden darf.

Nein! Landtagswahl ist Kulturwahl — und darum haben wir die kulturpolitischen Exponenten der drei im Landtag vertretenen Parteien über ihre Vorstellungen befragt. Wir wollen — wenn man so will — die kulturpolitischen Fragen in den Wahlkampf ziehen. Darum auch der recht scharfe Kommentar des Feuilleton-Chefs der ZEIT, Dr. Rudolf Walter Leonhardt.

Der Wähler muß sich darüber im klaren sein, daß er vor drei Alternativen steht:

- Wählt er CDU, so wählt er den jetzigen Kultusminister Prof. Dr. P. Mikat wieder;
- wählt er FDP, so entscheidet er sich auch für Mikat, stützt ihn aber gegen die Opposition in Mikat's eigenen Parteireihen;
- wählt er SPD, so wählt er den Staatssekretär Prof. Dr. hc. Dr. Leo Brandt zum Wissenschaftsminister und Herrn Holthoff zum Schulminister.

Der Wähler lese die drei folgenden Gespräche zwischen dem „ruhr-student“ und den drei Parteivertretern, den Kommentar und entscheide — hoffentlich — auch nach kulturpolitischen Gesichtspunkten. Denn: Wissenschaft und Bildung benötigen Lobby, und Lobby ist auch der kritische Wähler.

Mikat macht es

Ein
„ruhr-student“-Interview
mit
Nordrhein-Westfalens
Kultusminister (CDU)



Bildung noch den Anforderungen der Gesellschaft gerecht. Einer radikal organisatorischen Vereinheitlichung des gesamten Schulwesens ist daher ebenso zu widersprechen wie dem allgemeinen Trend einer ständigen Ausweitung der Schul- und Ausbildungszeiten. Es darf nicht vergessen werden, daß in unserer Zeit nicht allein die Schule eine Erziehungsfunktion besitzt, sondern daß die Gesellschaft selbst mit ihren Gruppen und Institutionen pädagogisch wirksam ist.

ruhr-student:

Die CDU sieht die Bildungspolitik in starkem Maße unter Aspekten der Sozialpolitik. Sie rechnen sie in Ihrer Denkschrift zur Kulturpolitik auch zu den sozialpolitischen Gemeinschaftsaufgaben. Warum?

ruhr-student:

Herr Minister, gestatten Sie zunächst die Frage, die wir auch an die Vertreter der anderen beiden Parteien gerichtet haben. Worin unterscheidet sich die Kulturpolitik der CDU grundsätzlich von der der SPD und FDP? Können Sie ein Beispiel für solche Unterschiede anführen?

Prof. Mikat:

Die Kultur- und Schulpolitik der CDU als einer großen Volkspartei hat immer wieder deutlich gemacht, daß für sie fern aller ideologischer Verfestigungen die Sachgerechtigkeit der erste und bestimmende Gesichtspunkt aller kultur- und schulpolitischen Arbeit ist. Nur so können die Fragen und Aufgaben zureichend geklärt und bewältigt werden, die von der Gesellschaft und von jedem einzelnen heute und morgen gestellt werden. Die Zukunft des einzelnen, die geistige und kulturelle Situation der Gegenwart, die politischen Aufgaben unserer Zeit und die wirtschaftlichen Erfordernisse lassen Bildung und Ausbildung zu einem gesellschaftspolitischen Faktum ersten Ranges werden. In diesem Ziel sind sich die drei großen Parteien einig. Wohl aber lassen sich zur Erreichung dieser Aufgabe verschiedene Ansätze und Lösungsmodelle finden, und hier bestehen selbstverständlich Divergenzen. Ein Beispiel dafür ist etwa die Frage, wie schulreformatrische Maßnahmen zu organisieren sind. Jede Neugestaltung des Schulwesens, die einem pädagogischen Perfektionismus oder einem sozialpolitischen Perfektionismus folgt, wird weder den Ansprüchen des einzelnen an eine ihm gemäße

Prof. Mikat:

Die wachsende Verwissenschaftlichung aller Lebensbereiche, die sich ständig ausweitende Fülle an Informationen und deren sachgemäße Erschließung und Verarbeitung, die sich steigende Abstraktheit vieler Arbeitsvorgänge, die ständige Zunahme komplizierter Apparaturen auf allen Gebieten bis in die Bereiche elementarer Daseinsvorsorge verlangen nicht allein die Befähigung der technischen Handhabung dieser Erscheinungen. Ebenso wichtig ist es, für die menschliche Bewältigung der unablässig wachsenden technischen Möglichkeiten zu sorgen und in der kommenden Generation die Fähigkeit zu kritischer Distanz und die Bereitschaft zu sachentsprechender und verantwortlicher Verfügung zu stärken. Der Mensch muß fähig werden, in allen Berufsfunktionen, die er in der modernen Arbeitswelt wahrzunehmen hat, sich selbst und seine Freiheit zu entdecken. Die Voraussetzungen dafür müssen zu einem großen Teil bereits in der Schule gelegt werden. In allen Sachverhalten ist zugleich die Frage nach den Wertgehalten zu stellen, damit auf dem Weg über die Sache der Mensch selbst ins Spiel kommt. Die Hereinnahme politischer, rechtlicher, psychologischer und soziologischer Fragen in den Unterricht ist daher unbedingt geboten, damit den Jugendlichen die Welt, in die sie hineinwachsen sollen, in ihren Strukturen durchschaubar wird.

ruhr-student:

Herr Minister, Sie haben in Ihren Reden immer wieder die Steigerung der Studentenzahl gefordert. Wie soll das erreicht werden?

Prof. Mikat:

Eine Steigerung der Studentenzahl kann nur durch den Ausbau unseres Schulwesens erreicht werden. Dabei denke ich zunächst an die Verstärkung der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen. Wir müssen es erreichen, daß jeder Jugendliche, der die geistige Reife besitzt, ein Hochschulstudium zu absolvieren, zu einem Bildungsabschluß gelangen kann, der ihm die Berechtigung dazu verleiht. Aus diesem Grunde sind besonders die Bildungswege zu fördern, die auch den jungen Menschen, die eine Berufsausbildung begonnen haben, nachträglich noch den Weg zur Hochschule öffnen. Schließlich dienen aber alle schulreformatorenischen Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, auch der Steigerung der Abiturientenzahl.

ruhr-student:

Zu den Schulen:

Sie halten an der Dreigliedrigkeit der Schule fest. Warum? Sind Sie aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Einheitsschule?

Prof. Mikat:

Die moderne Gesellschaft ist von der Tendenz ausgreifender Vereinheitlichung gekennzeichnet, die gesellschaftspolitisch als Ausdruck wachsender Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche zu verstehen ist. Unbeschadet dieser Tendenz ist sie zugleich in sich äußerst differenziert, und zwar hinsichtlich der Berufsfunktionen, die der einzelne innerhalb der Gesellschaft zu erfüllen hat und die das Selbstverständnis des einzelnen nachhaltig bestimmen. Diesen beiden Strukturmerkmalen der Gesellschaft muß das Schulwesen entsprechen, indem es einerseits allen Jugendlichen gleiche Bildungschancen einräumt und andererseits in sachentsprechender Weise in sich differenziert ist. Auf diese Anforderungen ist das bestehende Schulwesen mit seiner Gliederung bezogen. Es steht damit im Gegensatz zu den nivellierenden Tendenzen eines ausschließlich horizontal gegliederten Gesamtschulwesens, das die Strukturmerkmale der modernen Gesellschaft verkennt und weder dem einzelnen noch den gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht wird, weil es eine konsequente Individualisierung des Unterrichts vorsieht und damit auf die Ausbildung und Schulung von Einzelfähigkeiten abzielt. Dahinter steht ein Begriff der Begabtenförderung, der nicht nur pädagogisch, sondern auch soziologisch wie anthropologisch zu eng erscheint. Das vertikal gegliederte Schulwesen steht aber auch in ebenso scharfem Gegensatz zu einem statischen Bildungssystem, das schichtenspezifisch oder gesellschaftsfrei konzipiert ist. Jeg-

liches antinomische Denken, das sich in einem schulpolitischen Entweder-Oder erschöpft, ist daher in seine Grenzen zu weisen, weil es die pädagogische und gesellschaftspolitische Relevanz der Bildung nicht sieht und darüber hinaus den Auftrag und die Aufgaben der Bildung verkürzt, die diese in der modernen Welt zu erfüllen hat.

ruhr-student:

Der Steigerung der Studentenzahl steht die vielleicht mangelhafte Bildungswilligkeit mancher Bevölkerungskreise entgegen. Was kann man tun, um die Bildungsbereitschaft zu steigern?

Prof. Mikat:

Eine intensive Bildungswerbung muß in allen Bevölkerungskreisen Verständnis für die Besonderheit des erzieherischen Auftrags in unserer Gesellschaft wecken und die Bedingungen schulischer Arbeit in unserer Zeit einsichtig machen. Vor allem den Eltern müssen die verschiedenen Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder aufgezeigt werden. Sie müssen begreifen, daß eine bessere, wenn auch verlängerte Bildung dem Kinde selbst und damit auch der Gesellschaft zum Vorteil gereicht. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, daß Schülern und Eltern bei auftretenden Schwierigkeiten rechtzeitig und ausreichend Unterstützung von seiten der Schule zukommt. Zweck dieser Hilfen muß es sein, falscher Entmutigung vorzubeugen und die Bereitschaft zu stärken, momentane schulische Schwierigkeiten im Blick auf das Ziel schulischer Arbeit durchzustehen.

Die Demokratisierung des Bildungswesens verlangt ferner auch den Abbau aller jener Hindernisse und Vorurteile, die in der Öffentlichkeit gegenüber den Fragen und Aufgaben der Bildung noch vorherrschen mögen und welche die Arbeit der Schule oftmals erschweren. Die Bildungswerbung muß daher Schwerpunkte setzen. Es müssen insbesondere jene drei großen Bereiche angesprochen werden, in denen heute nach übereinstimmender Meinung noch viele Begabungen zu finden sind: unter der Landbevölkerung, in der Arbeiterschaft, bei den Mädchen. Außer den Unterrichtsverwaltungen und den Lehrern ist es vor allem den öffentlichen Kommunikationsmitteln (Presse, Funk, Fernsehen) aufgegeben, eine verantwortungsbewußte und sachlich orientierende Bildungswerbung darzubieten.

ruhr-student:

Es bestehen sicher auch finanzielle Hemmnisse. Sie halten in Ihrer Denkschrift am

Honnefer Modell fest. Hat dieses Modell nicht erhebliche Mängel?

Prof. Mikat:

Sie deuten selbst an, daß die finanzielle Frage nicht der Hauptgrund ist, der einen jungen Menschen vom Studium abhalten kann. Das Honnefer Modell ist heute im Prinzip durchaus in der Lage, eine wirksame Unterstützung der Studenten abzugeben, nachdem die Mängel der Anlaufzeit behoben worden sind. Allerdings müßte man die Höhe des Förderungsbetrages immer wieder neu diskutieren.

ruhr-student:

Sie wollen Nordrhein-Westfalen mit einem Netz von Universitäten überziehen. Bedeutet das weitere Neugründungen etwa im Sauerland, am Niederrhein und in Südwestfalen?

Prof. Mikat:

Nein. Über die jetzt geplanten Universitätsgründungen hinaus würden weitere Projekte den Haushalt des Landes überfordern. Der Aufbau einer Universität dauert mindestens 10 bis 20 Jahre. Die weiteren Neugründungen in Dortmund und Ostwestfalen müssen daher von kleinen funktionsfähigen Kernen ausgehen, die sich kontinuierlich durch die Her-einnahme von Disziplinen ausweiten. Ein sofortiger breiter Ausbau aller bestehenden Universitäten und dazu die Neugründungen würden die Finanzkraft des Landes übersteigen.

ruhr-student:

Um die finanziellen Belastungen durch die Hochschulbauten tragen zu können, erwägen Sie neue Investitionsformen. Die Industrie etwa soll sich an den Bauten beteiligen. Wie soll das geschehen? Besteht nicht dabei die Gefahr, daß sich die Universität in gewisse Abhängigkeit begibt?

Prof. Mikat:

Die finanziellen Anforderungen für das Hochschulwesen legen die Frage nahe, ob es möglich ist, die freien gesellschaftlichen Kräfte (Industrie, Gewerkschaften, Verbände) an den Investitionskosten des Hochschulbaues zu beteiligen und ihnen in den Kuratorien der Universitäten entsprechende Wir-

Fortsetzung Seite 4



kungsmöglichkeiten einzuräumen. Weiterhin ist zu überlegen, ob diese Kräfte sich in stärkerem Maße finanziell an der Grundlagenforschung beteiligen sollten im Unterschied zu der heute üblichen Beschränkung auf die angewandte Forschung. Diese Überlegungen sind noch im Gespräch. Eine Beeinträchtigung der akademischen Freiheit läßt sich jedenfalls durch organisatorische und verfassungsrechtliche Regelungen vermeiden. Wir haben in Köln, Düsseldorf und Essen akademische Institutionen, in deren Verwaltung die kommunalen Ebenen beteiligt waren. Die verfassungsmäßige Mitwirkung von außerhalb der Universität stehenden Persönlichkeiten und Organisationen hat sich hier durchaus bewährt, und die Freiheit von Forschung und Lehre wurde in keiner Weise beeinträchtigt.

ruhr-student:

Sie haben konkrete Forderungen zur Hochschulreform aufgestellt. Dazu ein paar Fragen: Wie soll — wie Sie fordern — eine zeitgerechte Organisation der Universität aussehen? Wie soll der Rektor entlastet werden? Sie können als Minister Vorstellungen zur Hochschulreform wohl den Professoren empfehlen, aber mehr auch nicht. Sollte man nicht ein Hochschulgesetz erwägen? Wenn kein Gesetz, dann vielleicht Verordnungen? Wir könnten uns vorstellen, daß zum Beispiel das Berufungsverfahren auf dem Verordnungswege geregelt wird.

Prof. Mikat:

Ich habe bereits in meiner Denkschrift vom 16. Mai 1966 auf die notwendige Entlastung der akademischen Lehrer von Verwaltungsaufgaben hingewiesen. Deshalb ist es so wichtig, daß in jeder Universität für die wirtschaftlichen und personellen Angelegenheiten eine zentrale Verwaltungsstelle errichtet ist oder vorgesehen wird, an deren Spitze ein Verwaltungsbeamter steht. Dadurch kann neben einer rationellen Verwendung der Mittel auch eine Entlastung der akademischen Instanzen erreicht werden. Ich habe bislang davon abgesehen, für Nordrhein-Westfalen gesetzliche Regelungen vorzuschlagen, weil gerade die Neugründungen die Möglichkeit ergeben, neue Organisationsformen zu erproben. Mir ist bekannt, daß für diese Fragen der Hochschulpolitik in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Entwürfe vorgelegt worden sind. Ich glaube aber, daß wir in einer Zeit der dynamischen Entwicklung des Hochschulwesens nicht zu schnell durch gesetzliche Regelungen den natürlichen Entwick-

lungsprozeß einengen sollten. Deshalb halte ich auch eine Neuregelung des Berufungsverfahrens im Verordnungswege nicht für erforderlich.

ruhr-student:

Wie soll das Habilitationsverfahren gestrafft werden? Etwa in der Art, wie es Ihr Kollege Schütte in Hessen geregelt hat?

Prof. Mikat:

Wir sollten, abgesehen von einer zeitlichen Straffung, das Habilitationsverfahren unabhängiger gestalten. Bereits erschienene wissenschaftliche Arbeiten sollten als Ersatz für eine Habilitationsschrift gelten können, so daß das Habilitationsverfahren auf die Probevorlesung und das Kolloquium beschränkt werden kann. Im Prinzip besteht diese Möglichkeit bereits, sie sollte jedoch häufiger wahrgenommen werden.

ruhr-student:

Sie fordern den Ausbau des akademischen Mittelbaus. Wird dadurch nicht die Einheit von Forschung und Lehre durchbrochen? Läßt sich dieses Prinzip überhaupt noch im Zeitalter verstärkter Berufsausbildung an den Hochschulen aufrechterhalten?

Prof. Mikat:

Der Ausbau des akademischen Mittelbaus geht auf eine Anregung des Wissenschaftsrates zurück. Dabei sollten die Stellen des akademischen Mittelbaus an die Institute bzw. Abteilungen gebunden werden. Den Angehörigen des Mittelbaus sollte auch eine relative Selbständigkeit innerhalb ihrer Arbeitsgebiete und hinsichtlich ihrer Stellung in den Instituten und Abteilungen eingeräumt werden; ebenso sind sie an den Organen der Kollegialverfassung innerhalb der Universität zu beteiligen. Die Möglichkeit einer Habilitation ist vorzusehen. Bewährte Angehörige des Mittelbaus sind nach einer gewissen Zeit zu außerordentlichen Professoren neuer Art zu ernennen. Gerade durch den Ausbau des akademischen Mittelbaus wird den Universitäten die Möglichkeit gegeben, die überlieferte und vielfach bewährte Einheit von Forschung und Lehre auch heute noch aufrechtzuerhalten, indem die Professoren in angemessener Weise von bestimmten Lehraufgaben befreit werden.

ruhr-student:

In einem früheren Interview mit dem „ruhr-student“ haben Sie das allgemein-politische Mandat der Studentenschaft unter gewissen Voraussetzungen als selbstverständlich bezeichnet. In Ihrer Denkschrift beschränken Sie dieses Mandat auf den hochschul-politischen Bereich. Dürften wir Sie bitten, dieses zu erläutern.

Prof. Mikat:

Ich meine, daß der Student sich nicht als Mitglied einer isolierten gesellschaftlichen Gruppe verstehen, sondern sich möglichst früh in die gesellschaftstragenden Kräfte unseres Staates integrieren sollte. Damit würde eine politische Mitverantwortung und ein Mitspracherecht der Studenten nicht eingeschränkt, sondern gefördert werden.

ruhr-student:

Eine andere Frage: Sie fordern eine Rahmenkompetenz des Bundes auf kulturpolitischem Bereich. Obwohl der Ministerpräsident Dr. Meyers diesen Überlegungen nicht zustimmen scheint, bitten wir um Präzisierung Ihrer Forderung.

Prof. Mikat:

Wenn ich gelegentlich die Frage einer Rahmenkompetenz des Bundes im Bereich der Kulturpolitik gestellt habe, so ging mein Vorschlag dahin, diese Kompetenz auf diejenigen Gebiete zu beschränken, in denen eine größtmögliche Vereinheitlichung im Interesse der gesamten Nation liegt. Ich denke dabei an den gesamten Bereich der überregionalen Forschung, an das Prüfungswesen und an einzelne Gebiete des Ausbildungswesens.

ruhr-student:

Man hört immer von Schwierigkeiten, die Sie, Herr Minister, mit Ihrer Partei, der CDU, haben sollen. Sie sehen die Kulturpolitik sicher als vorrangig an. Sind Sie sich darin mit der CDU einig?

Prof. Mikat:

Eine Partei lebt von der Auseinandersetzung auch ihrer Mitglieder untereinander. Es wäre der CDU unwürdig, wenn nur eine Ansicht als doktrinär anerkannt und akzeptiert würde. Die Priorität der Kulturpolitik wird daher in der CDU übereinstimmend bejaht.

●● Verschiedenes.

**Wir bauen sieben verschiedene KADETT-Modelle.
Und von jedem dieser Modelle noch verschiedene Versionen.
Mit verschiedenen Motoren. Mit verschiedenen Bremssystemen.
Mit verschiedenen Schaltungen. Verzwickt.**

**Aber nur Mut — in den letzten vier Monaten ist es
immerhin mehr als hunderttausend verschiedenen Leuten geglückt,
sich unter den verschiedenen OPEL KADETT
den richtigen herauszusuchen.**



Sicheres Fahrverhalten durch günstige Gewichtsverteilung (Motor vorn, Antrieb und Kraftstofftank hinten), durch Zentralgelenk-Hinterachse und leichtgängige, exakte Zahnstangenlenkung. Beschleunigung mit 45 PS-Motor von 0 auf 100 km/h in 22 sec, mit 55 PS S-Motor (gegen Mehrpreis) in 18 sec. Weitere KADETT-Vorzüge: Großer Kofferraum, leiser

Motor, wirksame Heizung. Unterbodenschutz. 12-Volt-Anlage. Preise ab Werk Bochum: KADETT 2türig DM 5350.—, KADETT 4türig DM 5710.—, KADETT L 2türig DM 5820.—, KADETT L 4türig DM 6175.—, KADETT Coupé DM 5990.—, KADETT CarAVan DM 5760.—, CarAVan L DM 6140.—. Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

OPEL
Kadett
KURZ GESAGT O.K.

... und wir sind über den Berg!

Der „ruhr-student“ sprach mit Prof. Dr. Leo Brandt (SPD)

6



ruhr-student:

Herr Professor, gestatten Sie bitte zunächst die Frage, die wir auch an die Vertreter der anderen beiden Parteien gestellt haben: Worin unterscheidet sich die SPD in der Kulturpolitik grundsätzlich von der CDU und der FDP?

Prof. Brandt:

Ich würde mich eigentlich gern bei der Beantwortung dieser Frage auf die CDU beschränken. Die FDP hat durch die Erklärung, daß sie auch die nächste Regierung nur mit der CDU zusammen bilden will, sich eigentlich in gewissem Maße in eine politische Eigenständigkeit begeben und deshalb ist wohl die politische Frage hierzulande, worin wir uns von der CDU unterscheiden.

ruhr-student:

Darüber ließe sich diskutieren, aber das gehört nicht zu unserem Thema.

Prof. Brandt:

Nun, wir unterscheiden uns von der CDU darin, daß wir der Ansicht sind, daß die CDU die restaurativen Kräfte umfaßt und diese Kräfte in der CDU ihren Ausdruck finden. Wir repräsentieren Kräfte, die man manchmal als progressiv, als fortschrittlich bezeichnet; ich würde die Bezeichnung vorziehen: „dieser Zeit und der kommenden zugewandt.“

ruhr-student:

Können Sie das belegen? Vor allem ihre Behauptung die CDU sei restaurativ.

Prof. Brandt:

Im westlichen Ausland ist im wesentlichen in der Zeit nach dem Kriege erkannt worden, daß der einzige Reichtum eines Volkes in seinen Begabungen zu suchen ist und daß man diese Begabungen ausschöpfen muß. Man muß jeden talentierten Menschen suchen, um ihn an denjenigen Platz zu bringen, an dem er seine Begabungen am besten für

die Wohlfahrt aller zum Einsatz bringen kann. Das führende Volk in dieser Hinsicht ist das amerikanische. In den USA ist man stolz — der frühere Hoch-Kommissar und Botschafter Professor Conant betont dies — die von der Verfassung vorgeschriebene Chancengleichheit verwirklicht zu haben. Worin besteht diese Chancengleichheit für alle und worin unterscheiden wir uns von den USA? In Amerika gehen 75 Prozent aller Kinder zur Zeit bis zum 18. Lebensjahr in die sog. „senior high-school“. Im gleichen Moment, wo man das in Deutschland jemandem sagt, heißt es: „Sie werden doch nicht diese Schule mit einer deutschen höheren Schule und deren Abschluß nicht mit einem deutschen Abschluß vergleichen!“ Das ist für mich völlig uninteressant, es kommt mir nur darauf an festzustellen, daß 75 Prozent aller Kinder — im Jahre 1970 sind es 80 Prozent — in eine Schule gehen, die bis zum 18. Lebensjahr geht und den Übergang zum College ermöglicht.

ruhr-student:

Worin liegt da der Vorwurf gegen die CDU?

Prof. Brandt:

Der kommt noch, so schnell geht es nicht. Diese Schule vermittelt also mit ihrem Abschlußexamen den Eintritt in das College. 40 Prozent der amerikanischen Jugendlichen gehen in das College. Sie verlassen es mit einem Grad, dem bachelor. Wir haben diesen akademischen Grad nicht. Diejenigen, die ein vertieftes akademisches Studium haben wollen, machen zwei Grade hinterher, einmal den master, der schon ein angesehener akademischer Grad ist, und dann den Doktor, der ein besonders hoch angesehener akademischer Grad ist.

Bevor ich auf den Vorwurf gegen die CDU komme, noch ein Wort: Warum machen die Amerikaner diese ungeheueren Anstrengungen? Sie tun es, weil die Russen es auch tun. Sie haben sehr große Forschungsinstitute, ich habe diese studiert in der Academy of Sciences und an anderen Stellen. Sie haben einen ganz tiefen Einblick in die Situation in Russland gewonnen. Das ist natürlich einer der Hauptgründe.

Der Kongreß hat in öffentlichen Hearings das Problem von allen Seiten diskutiert. Wie sieht es nun also in Deutschland aus? In Deutschland machen etwa 8,2 Prozent der Jugendlichen das Abitur. Dieses muß man mit den 75 Prozent vergleichen, die bis zum 18. Lebensjahr in Amerika in die senior high-school gehen. In Deutschland gehen 4,2 Prozent zum Studium, in Amerika in das College 40 Prozent.

Diese Zahlen muß man noch etwas erhärten und dann kommen die Vorwürfe ganz klar

heraus. In Amerika ist der Anteil der Arbeiterkinder an den Studenten 30 Prozent, in England 25 Prozent, in Schweden 20 Prozent. Bei uns ist er 5 Prozent. Und jetzt kommt der Hauptvorwurf und der Beweis der restaurativen Politik der CDU. Die Zahl der Studenten aus der Arbeiterschaft in Deutschland beträgt 5 Prozent. Diese Schicht entspricht nach dem Statistischen Bundesamt 49 Prozent unserer Bevölkerung. Ein weiterer Teil unserer Bevölkerung, der mit 15 Prozent umrissen ist, sind die Landwirte — diese stellen 2 Prozent unserer Studenten. 64 Prozent unserer Bevölkerung stellen also 7 Prozent unserer Studenten.

5 Prozent unserer Bevölkerung, die Beamten, stellen 34 Prozent unserer Studenten. Die freien Berufe, das sind 2 Prozent unserer Bevölkerung, stellen 15 Prozent — zusammen 49 Prozent. Sie sehen jetzt folgende Ungeheuerlichkeit: 64 Prozent unserer Bevölkerung stellen 7 Prozent der Studenten und 7 Prozent unserer Bevölkerung stellen 49 Prozent unserer Studenten. Das hängt damit zusammen, daß wir das erstarrte Schema unserer Politik nicht durchbrochen haben.

ruhr-student:

Wir fragen uns immer noch, wo da der Vorwurf gegen die CDU ist. Die Kulturhoheit liegt ja bei den Ländern, es gibt viele SPD-regierte Länder und dort sind die Prozentsätze auch nicht höher.

Prof. Brandt:

Es ist doch ganz anders. In Berlin kommen 10,9 Prozent der Jugendlichen zum Abitur.

ruhr-student:

Sie führten als Vorbild die USA mit 75 Prozent an...

Prof. Brandt:

Wir kommen jetzt auf die Unterschiede. In Berlin kommen 10,9 Prozent der Jugendlichen zum Abitur. Man sagt, Berlin ist eine Großstadt und in Großstädten kommt man eben leichter zum Abitur. In dem Flächenstaat der Hessen kommen aber auch 10,2 Prozent der Jugendlichen zum Abitur. In den Flächenstaaten Bayern und Baden-Württemberg kommen 7,2 Prozent zum Abitur. In dem Land Nordrhein-Westfalen, in dem die Großstädte wie an einer Perlenschnur aneinandergereiht sind, kommen 6,5 Prozent der Jugendlichen zum Abitur.

Woran liegt das? Nun, das liegt natürlich daran, daß wir hier Schulsysteme haben, die in ungewöhnlichem Maße veraltet sind. Bei uns ist das Wort „Mittelpunktschule“ ein Schreckgespenst. Das Ergebnis ist, daß wir noch 2000 ein- und zweiklassige Volksschulen bei uns haben, daß 15 000 Lehrer fehlen, daß noch 54 000 Kinder Schichtunterricht haben. Für diese ganze Schulmisere ist voll und ganz die CDU verantwortlich.

Jetzt muß ich eines sehr deutlich sagen. In dem Augenblick, wo man dies ausführt, heißt es dann manchmal, daß die CDU ja die Konfessionsschule vertritt. Dieser Schluß ist falsch.

Ich bin der Ansicht — das ist die offizielle Ansicht der SPD, die Heinz Kühn und Willy Brandt auf dem Dortmunder Parteitag deutlich vertreten haben — daß die rheinische und die westfälische Bevölkerung das Recht hat, nach Entscheidung der Eltern, ihre Kinder einer Konfessionsschule zuzuführen. Es ist einfach ein Fehler, das demokratische Recht der Eltern in Frage zu stellen. Aber wenn ich nun schon einmal dafür bin, dann hat das ja nichts damit zu tun, daß wir gleichzeitig tausende von Zwergschulen haben müssen. Selbstverständlich kann man so etwas auch dann machen, wenn die konfessionellen Schulen alle voll durchgegliederte acht- oder neunklassige Schulen sind.

Dazu braucht man nur eins, man braucht nämlich ein technisches Mittel, das man in der Postkutschenzeit noch nicht hatte und das ich genau in Amerika studiert habe: Schulomnibusse. Man setzt ihn bei uns nicht ein, man hält an der Zwergschule fest, man bezeichnet die Mittelpunktschule als Schul-Kolchosa der Kreisstadt nach DDR-Muster.

Jetzt kommt der nächste Vorwurf. In Amerika bekommen die meisten Kinder in der Schule ein Mittagessen, und dann müssen sie die Schulaufgaben unter der Aufsicht der Lehrer machen. Bei uns ist es eine allgemein verbreitete Auffassung, daß die Schularbeiten unter der Aufsicht und unter der Anleitung der Eltern gemacht werden sollten. Aber Arbeitereltern, die schwer arbeiten, die können nicht gefragt werden. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb aus der Arbeiterschaft so wenig Kinder zum Studium kommen.

Nicht nur aus den alten sozialpolitischen Überlegungen der SPD, sondern aus nationalpolitischen Gründen wollen wir hier bessere Politik. Eine moderne Industrienation kann nur bestehen, wenn sie alle Begabungen herausholt und wenn sie möglichst allen Kindern bis zum 18. Lebensjahr eine gute Ausbildung ermöglicht. Davon sind wir eben ungewöhnlich weit entfernt. Ich möchte noch einmal besonders unterstreichen, daß ich diese Auffassungen nicht nur aus den alten sozialpolitischen Überlegungen der SPD, sondern aus den in der ganzen westlichen Welt völlig klar erkannten Auffassungen heraus vertrete, daß ohne das Herausholen aller Begabten das Überleben einer Industrienation nicht möglich ist.

ruhr-student:

Dürfen wir mal konkret werden, Herr Professor. Können Sie ganz kurz und schlagwortartig sagen, was Ihrer Ansicht nach das geeignete Schulsystem ist?

Prof. Brandt:

So einfach kann man Kulturpolitik natürlich nicht behandeln. — Der Prozeß der Verbesserung unseres Schulsystems wird lange dauern, er hat in Amerika auch etwa 20 Jahre lang gedauert.

ruhr-student:

Der Prozeß wird lange dauern. Die CDU mit ihrem Kultusminister Mikat hat die Verbesserung der Schulen begonnen. Sie können dann doch der CDU nicht zum Vorwurf machen, daß dieser Prozeß nicht schneller geht, wo Sie doch selbst das Gegenteil sagen.

Prof. Brandt:

Ob die CDU diesen Prozeß überhaupt will, das ist ja die Frage; wir glauben das nicht. Sie hat ihren ganzen Kampf gegen die Sozialdemokratie in Härte auf ihr restauratives Denken aufgebaut, gerade im Hinblick auf die Schule.

Wir müssen uns darüber klar werden, wenn wir dieses restaurative Denken verändern und uns dem anpassen wollen, was in Amerika die Grundauffassung ist, daß das ziemlich viel Geld kostet. Erst wenn wir bereit sind, Opfer zu bringen und nicht zu deklamieren, dann können wir uns überlegen, wie man vorgeht. Ich habe eben schon betont, daß man in keiner Weise wieder mit dem Kampf gegen die Konfessionsschule beginnen soll. Sondern ich würde sagen, wir müssen uns ein Verfahren im Aufbau der Schulen überlegen, das es ermöglicht, daß die Jugendlichen ohne Komplikation weiterkommen können bis zum Abitur. Möglichst muß jeder Ausbildungsweg nicht etwa in einer Sackgasse enden. Außerdem muß es auch die Quermöglichkeiten geben.

Wir müssen ein solches Verfahren haben, daß dieses vertikale und horizontale Umsteigen ermöglicht, denn die Begabungen stellen sich nicht sofort heraus. Wir müssen also ein gut übersichtliches horizontal und vertikal ausgleichbares Gesamtschulsystem entwerfen, das die Begabtesten Stufe um Stufe bis auf die Universität führt.

ruhr-student:

Mikat schreibt in seiner Denkschrift genau das gleiche.

Prof. Brandt:

Nun lassen wir den Mikat jetzt mal weg, nicht?

ruhr-student:

Das ist aber eine Tatsache, die Sie sehen müssen!

Prof. Brandt:

Er soll die krassen Unterschiede beheben, die Zahlen sprechen doch die deutlichste Sprache, Fakten stehen gegen Denkschriften.

ruhr-student:

Herr Professor, es ist doch die Frage, ob nicht ein Großteil der jetzt schon bestehenden Möglichkeiten zu einer umfassenden Ausbildung brach liegen, weil viele Menschen aus der Arbeitnehmerschicht einfach nicht daran interessiert sind oder nicht wissen, daß es die Möglichkeit gibt.

Prof. Brandt:

Diese Frage führt uns in den Kern, denn ich halte eben vom Deklamieren nichts. Es ist unbestreitbar, daß die CDU — nicht Herr Mikat, das ist ja ein jüngerer Herr, der jetzt erst da ist — an der Misere, die wir hier haben, ganz einwandfrei schuld ist.

Der Oberbegriff der Arbeit der CDU ist doch der Neoliberalismus. Herr Erhard, der anerkannte Führer der CDU, ist der Hauptvertreter des Röpkeschen Neoliberalismus. Diese Anschauung spricht aus: Jeder muß seines Glückes Schmied sein. Wenn eben die Arbeiter ihre Kinder nicht zum Studium schicken, dann ist das ihre Sache.

Wir müssen uns als Nation die Frage vorlegen, ob wir dem Neoliberalismus huldigen wollen oder ob wir denjenigen, die nun Hemmungen haben, ihren Kindern einen Weg aufzeigen, diese Hemmungen zu überwinden.

Wo liegen die Hemmungen? Einmal darin, daß unsere Schulen es darauf anlegen, daß die Eltern die Schulaufgaben nachsehen. Das ist für die Arbeiterfamilie nicht möglich.

Eine der ganz einfachen Möglichkeiten, etwas zu tun, ist die Ganztagschule. Andere sind Stipendien, eine vernünftige Unterrichtung der Eltern. Aber sicher ist notwendig die Abkehr vom Neoliberalismus. Wenn wir unserem Volke nicht sagen, daß es höhere Ziele als den Konsum gibt, nämlich Bildung für alle, daß das Volk für diese Ziele Opfer bringen muß, wenn wir nur sagen „Konsumiert!“, dann ist unser Schicksal besiegelt.

ruhr-student:

Nun noch zur Hochschulpolitik. Sie haben in den zehn Thesen zur Wissenschaftspolitik der SPD auch Vorstellungen zur Hochschulreform entwickelt. Im Grunde genommen können Sie diese Dinge den Professoren empfehlen, aber mehr auch nicht, denn Sie haben kaum Einflußmöglichkeiten auf die Universität. Sollte man unter diesem Gesichtspunkt nicht an ein Hochschulgesetz denken?

Fortsetzung Seite 8



Fortsetzung

Prof. Brandt:

Wir haben mit unseren zehn Punkten nicht in erster Linie Vorstellungen zur Hochschulreform entwickelt, sondern an die erste Stelle den energischen Ausbau der Universitäten und Hochschulen gestellt. Das ist eine Angelegenheit des kommenden Landtags.

ruhr-student:

Herr Professor, wir haben die Hochschulreform angesprochen...

Prof. Brandt:

Lassen Sie mich erst mal das sagen. Das wichtigste ist folgendes: Wir sind in Nordrhein-Westfalen nicht nur auf dem Schulgebiet ganz besonders weit zurück, sondern wir sind auch auf dem Universitätsgebiet zurück. Dieses kann man nicht der CDU zum Vorwurf machen. Hier handelt es sich nämlich um eine Erbschaft aus der preußischen Zeit. Wir müssen sehen, daß wir vor der Gründung der Bochumer Universität genau so viel Universitäten wie das kleine Land Hessen hatten. Das hat aber nichts mit dem sozialdemokratischen Hessen zu tun, sondern mit der Vernachlässigung dieses Gebietes durch Preußen.

Wir müssen unter allen Umständen die bisherigen Universitäten ausbauen und die neuen schnell errichten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir damit noch keineswegs etwa den Anschluß an die Situation in Amerika gefunden haben, sondern wir haben dann gerade eben die Vernachlässigung durch Preußen ausgeglichen.

Dabei müssen wir den Ausbau der Universitäten in einem finanziellen Rahmenplan betreiben, der den Landtag nicht nur über ein Jahr hinaus auf vier Jahre bindet, sondern der drei Landtage hintereinander bindet für einen Zwölf-Jahres-Plan.

Dazu gehört unbedingt, daß während des Ausbaus der vier neuen Universitäten die bisherigen Universitäten nicht in ihrem natürlichen Ausbau gehemmt werden. Da sind wir aber mitten drin. Das ist die Hauptaufgabe, vor der dieser Landtag und die kommenden stehen.

ruhr-student:

Noch einmal zum Hochschulgesetz. Können Sie unsere Frage jetzt beantworten?

Prof. Brandt:

Ich bin so ketzerisch, der Auffassung zu sein, das nicht das allerwichtigste die Schaffung eines neuen Hochschulgesetzes ist, sondern daß das allerwichtigste darin besteht, auf dem Sektor von Wissenschaft und Forschung viel mehr Mittel als bisher bereitzustellen.

ruhr-student:

Mit dieser Auffassung kommen wir bei der Hochschulreform nicht weiter.

Prof. Brandt:

Ich glaube, daß ein großer Teil der Sorgen, die sich an den Hochschulen akkumulieren, darauf zurückzuführen sind, daß eben zu wenig Mittel da sind. Wissenschaft und Forschung müssen den Rangplatz Nummer 1 in der Landesfinanzpolitik erhalten.

Wir brauchen größere Bibliotheken, wir brauchen viel mehr für geisteswissenschaftliche Ausbildung, wir brauchen sehr viel für naturwissenschaftliche und technische Ausbildung und Forschung.

ruhr-student:

Sie fordern jetzt also mehr Geld für dieses, mehr Geld für jenes. Man hat aber so den Eindruck, daß diese Mittel wegen der mangelnden Hochschulreform nicht effektiv genug angewendet werden. Sollte man nicht gleichzeitig auch auf diesem Gebiete etwas tun?

Prof. Brandt:

Ich bin der Ansicht, daß die Universitäten und Hochschulen ihr Geld gut anwenden. Wir müssen mehr tun, um denjenigen zu helfen, die die geistige Arbeit leisten. Wir haben die Forschungsmittel, die das Land für die naturwissenschaftliche Forschung zur Verfügung stellt, seit der Zeit des Ministerpräsidenten Steinhoff, der diese Mittel verdoppelte, um keine einzige Mark erhöht.

Deshalb geht mein Vorschlag dahin, die Forschungsmittel für die naturwissenschaftlich-technische Forschung endlich wieder einmal zu verdoppeln und zwar auf 40 Millionen. Wir müssen aber auch organisatorische Maßnahmen auf dem Bereiche der wissenschaftlichen Forschung treffen.

Da schlage ich folgendes vor: Nach dem Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft sollen in ähnlicher Form die deutschen Luftfahrtforschungsanstalten vielleicht unter dem Namen „Otto-Lilienthal-Gesellschaft“ zusammengeführt werden. Weiter sollten die Atomforschungsanlagen Deutschlands zu einer „Otto-Hahn-Gesellschaft“ vereinigt werden. Dann würden wir drei im Prinzip gleich organisierte große Forschungsgesellschaften in Deutschland haben.

Wir sind nämlich in Gefahr, auf bestimmten Gebieten zurückzusinken. Heute sind schon 85 Prozent des Marktes der elektronischen Rechenmaschinen in der Hand einer amerikanischen Firma. Deshalb müssen wir neben die Deutsche Atomkommission und die Deutsche Weltraumkommission eine Deutsche Kommission für elektronische Rechenmaschinen setzen.

ruhr-student:

Das beantwortet die Frage nach der Hochschulreform noch nicht.

Prof. Brandt:

Nein. Ich habe aber diese Dinge vorweggestellt, weil es in Deutschland ein gern geübtes

Verfahren ist, durch Fragen nach Reformen — über deren Bedeutung man sehr streiten kann — abzulenken von solchen Dingen, die zu unserer Zukunftssicherung wichtig sind.

ruhr-student:

Meinen Sie nicht, daß die Struktur unserer Ausbildungsstätten genauso wichtig ist?

Prof. Brandt:

Sicher. Ich will also jetzt darüber sprechen. Die Reformen müssen im wesentlichen dazu dienen, Lehre und Forschung zu vertiefen. Wir müssen die Professoren von Verwaltungsarbeit entlasten. Man setze gute Verwaltungsbeamte, etwa Hochschulinspektoren, ein, die den Lehrstühlen beigegeben werden können.

ruhr-student:

Soll es noch Lehrstühle geben?

Prof. Brandt:

Natürlich soll es noch Lehrstühle geben, aber diesen muß Hilfe in verschiedener Form gegeben werden.

ruhr-student:

Sie fordern auch eine Verstärkung des Mittelbaus, der vorzugsweise Lehraufgaben wahrnehmen soll. Im heutigen Zeitalter wird die Universität immer mehr zur großen Berufsausbildungsstätte. Kann man unter diesen Umständen das Prinzip von der Einheit von Forschung und Lehre noch aufrecht erhalten?

Prof. Brandt:

Die Aufrechterhaltung der Einheit von Forschung und Lehre ist die wichtigste Grundlage für das Weiterbestehen unserer gesamten geistigen Forschungsarbeit und der Ausbildung, sie ist ein Lebenselement der geistigen Arbeit unseres Volkes. Nur aus der Forschung zieht der Lehrende seine geistige Kraft.

Die Forscher müssen außerdem sich ihren Nachwuchs selber heranbilden. Daher muß er gleichzeitig Ordinarius sein, damit er seinen Nachwuchs zur Promotion und Habilitation bringen kann.

ruhr-student:

Stellen Sie sich z. B. einen Jurastudenten vor, der Rechtskenntnisse erwerben will, um Anwalt zu werden. Was soll der mit Forschung?

Prof. Brandt:

Die Studenten können ein großes Glück darin sehen, daß sie bei bedeutenden Gelehrten arbeiten können. Sie können die Persönlichkeit eines großen Gelehrten miterleben. Wenn ein Student nicht im Leben der Gelehrten wurzeln will, dann begeht er nicht den Weg, den ein Student an einer deutschen Universität begehen sollte, nämlich den Weg der Wissenschaft.

ruhr-student:

Danke sehr, Herr Professor.



... auch Sie
könnten mal
krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Auch junge Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.

Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!

Fortgeblasen sind die Sorgen: man ist DKV-geborgen!

Auskunft und Anmeldung

Studentenwerk Bochum e.V., dienstags von 12 bis 14 Uhr

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.

Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Postfach 505, Telefon 605 46-48



Einer
von
uns . . .

einer
für
uns

Der „ruhr-student“
im
Gespräch
mit
Ernst Günther Herzberg
(FDP)



ruhr-student:

Für den einfachen Wähler ist es sehr schwierig geworden, zwischen den Parteien zu unterscheiden. Daher als erstes die Frage: Wodurch unterscheidet sich die FDP grundsätzlich im Kulturprogramm von den anderen beiden im Landtag vertretenen Parteien?

Herzberg:

Die grundsätzlichen Unterscheidungen liegen heute noch besonders zwischen CDU und FDP in weltanschaulichen Fragen unseres ganzen Bildungswesens. Das gleiche gilt in gewisser Weise von der SPD. Wir haben es eben leider noch in Deutschland bei diesen beiden großen Parteien mit Weltanschauungsparteien zu tun.

ruhr-student:

Können Sie dafür Beispiele anführen?

Herzberg:

Zum Beispiel die Frage der Lernmittelfreiheit, die in Nordrhein-Westfalen bei der teilweisen Einführung zunächst einmal nur nach fami-

lienpolitischen Gesichtspunkten gelöst worden ist. Die CDU hat sich da mit ihren Vorstellungen sehr stark durchgesetzt. Da waren wir uns von der FDP mit der SPD darüber einig, daß die Lernmittelfreiheit nur nach schulpolitischen Gesichtspunkten hätte eingeführt werden sollen. Es ist so, daß die FDP die reinen Fragen der Bildung in den Vordergrund stellt, während z. B. die CDU Fragen der sozialen Belange in den Vordergrund stellt. Das gilt für die Kindergeldregelung, für das Schülergehalt usw.

Im Ziel unterscheiden sie sich also nicht, also im Weg.

ruhr-student:

Das erweist sich auch daran, daß Sie in Ihrem bildungspolitischen Programm unter dem Punkt „Universitäten“ z. B. Sätze formuliert haben, die auch von der CDU und der SPD unterschrieben werden könnten. Lassen Sie uns an diesem Beispiel die Wege der FDP beleuchten. Es steht hier z. B. gleich im ersten Satz, daß es notwendig sei, die Zahlen der Studenten zu steigern. Wie soll das geschehen?

Herzberg:

Voraussetzung der Steigerung der Studentenzahlen ist natürlich die Steigerung der Abiturientenzahlen. Da müssen wir also schon ganz unten bei unserem Schulwesen anfangen, wir müssen also z. B. das ländliche Schulwesen verbessern. Auf dem Lande fehlen die Bildungschancen, das fängt schon mit der einklassigen Landschule an. Sicher, man kann zwar Bundespräsident werden, wenn man eine solche Schule besucht hat, aber das ist ein Ausnahmefall.

ruhr-student:

Sie behalten bei Ihren Vorschlägen aber auch die Dreigliedrigkeit der Schule bei und gehen nicht — wie es von mancher Seite gefordert wird — zur Gesamtschule über. Warum?

Herzberg:

Die Dreigliedrigkeit betrachten wir nicht — wie z. B. die CDU — als ein organisch gewachsenes System. Wir streben eine modernisierte Dreigliedrigkeit an, mit einer modernen Hauptschule als Oberstufe der Grundschule, mit einer verbesserten Realschule und mit einem in seinen Zweigen vielfachten Gymnasium. Das läßt doch die vielen Bildungswege besser darstellen als in einer Gesamtschule wie sie beispielsweise in Stadtstaaten wie Berlin praktiziert werden kann.

ruhr-student:

Man hat aber sehr gute Erfahrungen damit gemacht.

Herzberg:

Ja, sicher. Aber es steht fest, daß wir ein solches System praktisch gar nicht durchführen können. Eine Gesamtschule nach Berliner Art erfordert eine derartige Differenziertheit des Unterrichts, daß wir einfach vom Lehrermangel her gar nicht in der Lage sind, das zu verwirklichen.

ruhr-student:

Sie sollten sich also doch vielleicht einmal grundsätzlich zur Gesamtschule äußern.

Herzberg:

Ich bin der Meinung, daß wir das noch nicht richtig voll erprobt haben. Da sollte man nichts übers Knie brechen. Man sollte erst die laufenden Versuche beobachten und dann kann man immer noch neue Wege, die erprobt sind, durchdenken. Die Gesamtschule würde ja außerdem einen völlig neuen Lehrertyp erfordern, den wir noch nicht haben.

ruhr-student:

Herr Herzberg, Ihre Äußerungen zu den Schulfragen klingen sehr nach Kultusminister Mikat, denn das was Sie jetzt gesagt haben, würde auch der CDU-Minister Mikat unterschreiben. Und das ist wohl auch die mißliche Lage der FDP.

Herzberg:

Ich glaube nicht, daß wir in dieser mißlichen Lage sind, sondern die CDU ist in dieser Lage, daß erst ein Mikat mit Hilfe der FDP es ermöglichen konnte, daß auch die CDU zu modernen Erkenntnissen im Schulwesen gekommen ist.

ruhr-student:

Das nimmt die FDP für sich in Anspruch. Sie schreiben auch in Ihren Wahlkampfbroschüren, daß Sie, d. h. die FDP die Initiative für die Hochschul-Neugründungen ergriffen haben. Läßt sich das nachweisen?

Herzberg:

Das läßt sich nachweisen aus den Debatten der vorletzten Legislaturperiode. Da gibt es einen Antrag der FDP-Fraktion, eine neue Technische Hochschule in Dortmund zu errichten. Dieser Antrag wurde von der CDU abgelehnt, nachdem der damalige Kultusminister Schütz erklärte, daß wir keine neue Technische Hochschule brauchen. Unmittelbar nach der Wahl erklärte sich dann die Landesregierung bereit, eine neue Universität

zu gründen, weil eben der Einfluß der FDP größer war, da sie mitregierte. Wenn wir also vor vier Jahren gesagt hätten, daß wir 8 Universitäten in Nordrhein-Westfalen haben müßten, hätte man uns damals für verrückt erklärt. Heute sagt selbst die CDU, daß sie es getan hätten. Aber man muß immer deutlich darauf hinweisen, wo die Köche und wo die Kellner bei dieser Frage gesessen haben.

ruhr-student:

Noch einmal zurück zur Steigerung der Studentenzahl. Die Frage, die hinter diesem ganzen Problem steht, ist doch auch die nach der Bildungsbereitschaft der Bevölkerung. Welche Möglichkeiten zur Steigerung der Bildungswilligkeit würden Sie sehen?

Herzberg:

Es gibt zwei Hemmnisse. Das eine liegt bei der Landbevölkerung, begründet in den weiten Schulwegen. Daher müssen gerade auf dem Lande Aufbaugymnasien und Aufbauzüge errichtet werden.

In der Stadt gibt es einen anderen Grund, das betrifft vor allem die Arbeiterbevölkerung. Ein Teil davon befürchtet, daß eine Bildung der Kinder, die über die Allgemeinbildung der Eltern hinausgeht, die Kinder von vornherein ins Hintertreffen geraten läßt, weil diese Kinder von den Eltern nur wenig Hilfe bei der Ausbildung erfahren können. Der zweite Grund ist der, daß immer noch der Irrglaube besteht, es gehöre ein erheblicher finanzieller Aufwand zu einer höheren Bildung, obwohl es ja schon zahlreiche finanzielle Hilfen gibt.

ruhr-student:

Der Grund, den Sie zuletzt angeführt haben, könnte doch dafür sprechen, die sozialpolitischen Maßnahmen der CDU nun auch im bildungspolitischen Bereich noch zu verstärken?

Herzberg:

Nein. Es muß klargemacht werden, daß Bildungsaufgaben keine Sozialaufgaben sind. Wenn wir Bildungspolitik nur unter sozialpolitischen Gesichtspunkten sehen, dann kommen wir zu den Erscheinungen, die wir ja heute schon leider beim Honnefer Modell haben. Daß also der Vater mehrerer Kinder, der in einer höheren Gehaltsgruppe ist, nicht in den Genuß des Honnefer Modells kommt, während der Vater eines Kindes, der in einer geringeren Gehaltsgruppe ist, das Honnefer Modell bekommt. Z. B.: Ein Regierungsdirektor mit drei studierenden Kindern bekommt keinen Pfennig, aber der Regierungsinspektor mit einem Kind bekommt die Mittel aus

dem Honnefer Modell. Das ist Sozialpolitik. Bildungspolitik aber wäre, wenn ohne Rücksicht auf den Geldbeutel des Vaters nur nach den Begabungen diese Bildungsunterstützungen gegeben werden. Das wäre auch liberal, denn Bildungslasten sind nicht Lasten für den einzelnen, sondern dafür ist die ganze Gesellschaft verantwortlich.

ruhr-student:

Das wäre ja ein Plädoyer für das Studienhonorar...

Herzberg:

Soweit würde ich nicht gehen. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Student einen angemessenen Beitrag für seinen Lebensunterhalt aufbringt, denn sonst würde sich eine gewisse Beschränkung der Studiendauer herauskristallisieren müssen. Aber wir sollten auf jeden Fall dem Studenten finanziell ein sorgloses Studium ermöglichen. Daher muß ihm die Hauptlast abgenommen werden, vielleicht durch eine Ausbildungsbeihilfe, die meinetwegen zeitlich begrenzt ist, damit er nun nicht 28 Semester an der PH zubringt, um Volksschullehrer zu werden.

ruhr-student:

Das würde in etwa eine Sockelbeihilfe für alle Studenten bedeuten?

Herzberg:

Ja, so ungefähr kann man es ausdrücken.

ruhr-student:

Sie deuteten eben schon die Beschränkung der Studiendauer an. Das gibt uns das Stichwort „Straffung des Studiums“, die Sie auch fordern. Wie wollen Sie das erreichen?

Herzberg:

Wir müßten schon am Beginn des Studiums eine intensive Studienberatung einführen. Dazu muß eine Konzentration im ganzen Studienplan kommen und auch vielleicht sogar die Festlegung bestimmter Studienzeiten.

ruhr-student:

Bedeutet das befristete Immatrikulation?

Herzberg:

Nein, das nicht. Aber man kann diese Beschränkung schon dadurch erreichen — hätten wir eine solche finanzielle Förderung, wie ich sie eben angedeutet habe — daß die Förderung nach einer bestimmten Zeit aufhört.

Fortsetzung Seite 12



Fortsetzung

ruhr-student:

Die Beschränkung der Studiendauer kann aber nicht nur vom Studenten ausgehen, das ist auch eine Frage der Studienreform.

Herzberg:

Wollen wir hoffen, daß die Universitäten neuen Typs wie z. B. Bochum es fertigbringen, daß wir von der alten Form des Studiums abkommen.

ruhr-student:

Dazu gehört aber auch die Frage nach der Grundkonzeption der Universitäten. Die FDP fordert auf der einen Seite die Erhaltung der „Einheit von Forschung und Lehre“, auf der anderen Seite prägen Sie aber auch die Forderung, daß die Hochschulen in verstärktem Maße die Aufgabe der Ausbildung wahrnehmen müßten. Meinen Sie, daß sich unter diesen Umständen die Einheit von Forschung und Lehre erhalten läßt?

Herzberg:

Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Eine Universität, die — wie es für Ostwestfalen geplant war — eine reine Forschungsuniversität sein soll, kann ich mir nicht vorstellen. Und eine reine Lehr-Universität kann es auch nicht geben. Natürlich gehört aber zur Lehre in verstärktem Maße die Ausbildung, denn der Student kommt doch zur Universität, um für seinen Beruf zu profitieren.

ruhr-student:

Wir haben uns nun mit einem Politiker über Hochschulreform unterhalten, der eigentlich als Politiker damit nichts zu tun hat, denn Hochschulreform soll ja Angelegenheit der Universität selbst sein — das schreiben Sie ja selbst.

Herzberg:

Der Staat hat dabei aber eine ordnende Funktion.

ruhr-student:

Wie soll die aussehen?

Herzberg:

Der Staat darf sich den Empfehlungen der Hochschule selbst nicht verschließen.

ruhr-student:

Man beobachtet aber doch nun, daß die Universität selbst nicht fähig ist, sich selbst zu reformieren.

Herzberg:

Also, das stimmt nicht ganz. Wenn Sie die Gründungsausschüsse unserer neuen Universitäten, die aus Professoren anderer Universitäten zusammengesetzt sind, und deren Empfehlungen ansehen, die aus der Praxis und nicht vom grünen Tisch des Staates kommen, dann muß ich sagen, daß ich das großartig finde.

ruhr-student:

Sicher, die Vorschläge des Gründungsausschusses für die Ruhr-Universität waren reformfreudig, aber von den Professoren in Bochum ist doch recht wenig verwirklicht worden. Diese Hochschullehrer haben scheinbar auf sehr viele Traditionen Rücksicht genommen.

Herzberg:

Also, eine Reform ohne Beachtung der Tradition, wäre nach meinem Dafürhalten eine Revolution und keine Reform. Ich weiß auch nicht, weswegen wir revolutionieren sollten. Vor allem aber können wir ja nicht Universitäten in so unterschiedlicher Struktur haben, weil es ja ermöglicht werden soll, daß man die Hochschulen wechseln kann.

ruhr-student:

Ließe sich die Vereinheitlichung der Reform — wie es in anderen Ländern versucht wird — durch Hochschulgesetze erreichen?

Herzberg:

Ich halte die Möglichkeit, kein Gesetz zu machen für eine bessere Möglichkeit als eben die, ein Gesetz zu machen.

ruhr-student:

Ließen sich nicht vielleicht Teilbereiche etwa auf dem Verordnungswege regeln, z. B. beim Habilitationsverfahren?

Herzberg:

Das ist durchaus möglich. Ich bin auch überzeugt, daß wir in Nordrhein-Westfalen noch zu einem Hochschulgesetz kommen werden. Aber im Moment ist dafür noch keine große Stimmung da.

ruhr-student:

Nun noch zu einem letzten Problem, wo sich die FDP sehr wohl von anderen Parteien unterscheidet, das ist das Verhältnis von Bund und Ländern im kulturpolitischen Bereich.

Herzberg:

Wir brauchen dringend eine Kompetenzerweiterung des Bundes auf diesem Gebiet,

allein schon zur Vereinheitlichung des Schulwesens. Dabei ist die Einrichtung der Kultusministerkonferenz anstelle eines Bundeskultusministers nur ein schwacher Trost. Ich führe nur die Streiterei um den Schuljahresbeginn an.

ruhr-student:

Sie fordern einen Bundeskultusminister. In der gleichen Ausgabe dieses „ruhr-student“ lehnt Ihr Parteifreund Moersch einen solchen Minister ab, da dann das Reichskonkordat wieder in Kraft treten würde (s. Seite 17, die Red.).

Herzberg:

Dieses Konkordat ist nach wie vor in Kraft, denn Konkordate werden ja für die Ewigkeit geschlossen. Ich weiß nicht, warum man gerade das Reichskonkordat als einen Hinderungsgrund für den Bundeskultusminister anführen soll. Dort ist nämlich nichts Schlimmes festgelegt als etwa in dem Konkordat zwischen Niedersachsen und dem Vatikan.

ruhr-student:

Sollte ein solches Bundeskultusministerium die Aufgaben der bisherigen 11 Ministerien der Länder übernehmen?

Herzberg:

Soweit sollte man nicht gehen. Es sollten aber gewisse Fragen der Forschung und der Lehre vom Bund übernommen werden. Sehen Sie sich unseren Torso Jülich an, die Kernforschungsanlage, die jährlich 500 Millionen Mark kostet und die wahrscheinlich in einer größeren Planung noch mehr leisten könnte. Daneben sollten auch die Kompetenzen über die Vereinheitlichung unseres Schulwesens an den Bund gegeben werden. Bestimmte, landschaftlich zu ordnende Dinge müßten dann also beim Landeskultusminister bleiben. Dazu würde z. B. die gesamte Kunstpflege, Landschaftspflege, Naturschutz, Denkmalspflege, das Theaterwesen gehören. Aber das Schulwesen muß einheitlich geregelt werden.

ruhr-student:

Eine letzte Frage: Wird in Ihrer Fraktion die Kulturpolitik als vorrangig angesehen?

Herzberg:

Ja. Das ergibt sich schon allein daraus, daß praktisch das Haushaltsrecht und die Kulturhoheit das einzige ist, was den Ländern geblieben ist.

ruhr-student:

Vielen Dank, Herr Herzberg.



Die Wahl zwischen Taktik Restauration und Ohnmacht

**Versuch eines kritischen Kommentars
zu deprimierenden Interviews
Von Rudolf Walter Leonhardt**

Als die Zeitung der Studenten an der Ruhr mich aufforderte, drei Interviews zu kommentieren, bei denen den Vertretern der drei großen Parteien Fragen zur Kulturpolitik vorgelegt werden sollten, hätte ich mich dieser Aufforderung am liebsten entzogen, denn ich ahnte nichts Gutes. Schließlich stehen Wahlen bevor, und im Wahlkampf geht es ja immer darum, lieber nichts zu sagen, als etwas taktisch Unkluges zu sagen. So schlimm, wie es nun kam, hatte ich es mir dennoch nicht vorgestellt.

Es leiden die kulturpolitischen Diskussionen ohnehin an einer Terminologie, deren konturenlos verquollene Abstraktionen ein Höchstmaß an Unverbindlichkeit, und damit an praktischer Nutzlosigkeit, garantieren.

Die Interviews reizen zu einer Stilanalyse, deren Ergebnis, so fürchte ich, für keinen der Interviewten sehr schmeichelhaft ausfallen könnte. Sie sei empfohlen als aufschlußreiche Übungsarbeit für philologische, soziologische oder politologische Seminare.

Man frage also, beispielsweise, einmal nach der Funktion von Begriffen, die mit Hilfe des Suffixes **-ung** gebildet werden; und dann zähle man die derart gebildeten Wörter in den Antworten der drei Politiker aus (wobei seit langem fixierte Vokabeln wie etwa „**Übung**“ oder „**Zeitung**“ nicht mitzuzählen sind).

Oder man suche einmal die Sätze, die noch eine wirkliche Satzaussage, ein Prädikat enthalten, statt eines Hilfsverbs, oder eines Zeit-

wortes, das nicht im konkreten Wortsinn, sondern „übertragen“, metaphorisch gemeint ist. Man muß lange suchen.

Auf diese Weise kann ein Maßstab für die Präzision von Aussagen gewonnen werden. Man vergleiche etwa Texte, bei denen es

1. um den Start einer Weltraum-Rakete geht,
2. um die Struktur der NATO,
3. um Bildungspolitik
und man wird eine abnehmende Präzision der Aussagen beobachten.

Aussagen über Bildungspolitik wiederum verlieren an Präzision je nachdem, ob sie von einem unabhängigen Sachverständigen stammen oder von einem Parteipolitiker oder von

Fortsetzung Seite 14



Fortsetzung

einem Parteipolitiker kurz vor den Wahlen. Textanalysen müssen unterscheiden zwischen gesprochenen Sätzen (an die ganz strenge Maßstäbe nicht gelegt werden können) und geschriebenen. Der folgende Satz ist zweifellos so nicht gesprochen, sondern geschrieben worden: **„Die Zukunft des einzelnen, die geistige und kulturelle Situation der Gegenwart, die politischen Aufgaben unserer Zeit und die wirtschaftlichen Erfordernisse lassen Bildung und Ausbildung zu einem gesellschaftspolitischen Faktum ersten Ranges werden.“** Warum wohl können sich, wie Professor Mikat zutreffend bemerkt, **„in diesem Ziel ... die drei großen Parteien einig“** sein? Weil der Präzisionsgrad so niedrig ist, daß der Satz beinahe nichts mehr aussagt. Wenn all diese Faktoren, die wir uns noch genauer anschauen wollen, **„Bildung und Ausbildung zu einem ... Faktum ... werden“** lassen — wieso ist das dann ein **„Ziel“**?

Ein richtiger Satz mit Satzgegenstand und Satzaussage hat auch dann noch einen Sinn, wenn man alle möglichen Satzergänzungen wegläßt. Probieren wir das einmal mit diesem — beispielsweise: **„Die Zukunft des einzelnen ... (läßt) Bildung ... zu einem Faktum werden.“** Nicht darum geht es, daß der Satz jetzt einen anderen Sinn hätte als den vom Autor gemeinten; sondern darum, daß er schlechterdings keinen Sinn hat — er hat auch in der vollen, ungestrichenen Fassung keinen.

Was immer **„die Zukunft des einzelnen“** zu einem **„Faktum“** werden lassen mag, wird nicht deutlicher dadurch, daß sich dieser Zukunft **„die politischen Aufgaben unserer Zeit“** und **„die wirtschaftlichen Erfordernisse“** beigesellen.

Um allen zu gefallen, wird der wirkliche Sachverhalt vertuscht: daß beispielsweise in der Wirtschaft sehr gegensätzlich Auffassungen davon bestehen, ob mehr wissenschaftlich-forschende Physiker oder mehr technisch-funktionierende Ingenieure gebraucht werden; daß also **„die wirtschaftlichen Erfordernisse“** Gegenstand eines sinnvollen Satzes nur dann sein könnten, wenn die Satzaussage etwa lautete: **„... sind umstritten, die Unternehmer sehen sie anders als die Gewerkschaften“ et cetera.**

Das weiß der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen natürlich besser als ein Journalist; doch sein Amt und seine Partei zwingen ihn zu Vorsicht und Rücksicht nach allen Seiten. Was soll er machen? Er ist in einer schwie-

rigen Situation und verdient Sympathie. Und dennoch meine ich: jemand wie er sollte einer Studentenzeitung wenn schon, dann besser, präziser Auskunft geben.

Was heißt denn dieser nun wirklich kühn und konkret formulierte Schlußsatz: **„Die Priorität der Kulturpolitik wird daher in der CDU übereinstimmend bejaht“**? Das gibt es doch nirgendwo, das wird auch von keinem Vernünftigen verlangt. Jeder weiß, daß in der Welt, wie sie nun einmal ist, Militärpolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik den Vorrang haben an der einzigen Stelle, wo eine solche Rangfolge mit Sicherheit abzulesen ist: in den Haushaltsplänen nämlich. Wir wären doch schon froh, wenn die Kulturpolitik im Bundes-Budget nicht gar so weit unten rangieren würde.

Warum denn nicht zugeben: ja, so ist es — aber es ist besser geworden in den letzten Jahren — und ich, Paul Mikat, habe das Meine dazu getan, daß es besser wurde?

Professor Mikat ist daran gewöhnt, die Rolle des Bockes spielen zu müssen für Sünden, die nicht die seinen sind.

Die schönste Anerkennung dürfen ihm die Worte seines politischen Gegners Professor Brandt von der SPD bedeuten, wenn der ihn ausdrücklich freispricht von der Misere in Nordrhein-Westfalen, an der, nach Brandts Ansicht, **„die CDU ganz einwandfrei schuld ist“** — **„nicht Herr Mikat, das ist ein jüngerer Herr, der jetzt erst da ist!“**

Professor Brandt hat recht, noch mehr, als er selber meint. Nicht nur erinnern sich viele von uns einiger Vorgänger des amtierenden Kultusministers von Nordrhein-Westfalen mit Unbehagen; sondern wenn ich das wenige, was die Interviews an Substanz enthalten, vergleiche, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren: ein bißchen besser würde es stimmen, wenn die Herren Brandt und Mikat sich dazu entschließen wollten, ihre Parteien zu tauschen.

Im Unterschied zu Professor Mikats schriftlich fixierten Antworten sind die von Professor Brandt offenbar ziemlich frei gesprochen. Aber auch wenn wir darum mildernde Umstände zubilligen, könnten wir uns fragen: spricht so der Vertreter einer Partei, die (nach seinen eigenen Worten) **„dieser Zeit und der kommenden zugewandt“** ist?

„Die Aufrechterhaltung der Einheit von Forschung und Lehre ist die wichtigste Grundlage für das Weiterbestehen ...“, und so weiter. Neu? Diese Zeit? Die kommende?

„Wenn ein Student nicht im Leben der Gelehrten wurzeln will, dann begeht er nicht den Weg, den ein Student an einer deutschen Universität begehen sollte.“ Wer möchte da nicht entwurzelt sein!

Immer dem Neuen, dem Künftigen zugewandt, erklärt Professor Brandt die relative Armut Nordrhein-Westfalens an Universitäten mit — der Vernachlässigung dieses Gebietes durch Preußen! Baden-Württemberg, das mit Universitäten am besten versorgte Bundesland, verdankt dann offenbar solchen Reichtum preußischer Großzügigkeit.

Was soll der Kommentator sagen zu Äußerungen, die jedes Kommentars spotten: eines CDU-Kultusministers, der mit vielen schönen Worten nur wenig zu sagen wagt, da er seine Parteigenossen schonen will; eines SPD-Kultusministerkandidaten, der seine Parteigenossen nun gewiß nicht schon? Was die großen Kulturpolitiker der SPD, was Ernst Schütte in Hessen, was Carl Heinz Evers in Berlin, was endlich Fritz Erler dazu zu sagen hätte, das wäre interessant.

Wende ich mich als letztem dem Vertreter der FDP, Herrn Herzberg, zu, in der Hoffnung, er könnte ein weiterer Zeuge werden für die kulturpolitische Vernunft, die seine Partei oft ausgezeichnet hat, von Theodor Heuss bis zu Hildegard Hamm-Brücher. Die Hoffnung wird nicht ganz und gar enttäuscht.

Alle drei Befragten äußern sich, übrigens in recht bezeichnender Weise, zur Struktur unserer allgemeinbildenden Schulen. Das ist in der Tat die wichtigste Grundfrage für die Schulbildung überhaupt. Sie lautet, um der Deutlichkeit willen stark vereinfacht: Soll es von vornherein drei voneinander grundverschiedene Schultypen geben — man nennt das vertikale Gliederung — mit grundverschiedenen (das heißt unterschiedlich ausgebildeten, unterschiedlich besoldeten, unterschiedlich benannten, unterschiedlich angesehenen) Lehrern, die Volksschule für die Minderbemittelten, die Realschule für den Durchschnitt und das Gymnasium für die Elite? Oder sollte die am Ende unumgängliche Trennung zwischen Minderbemittelten, Durchschnitt und Elite (wollte ich mich diplomatischer ausdrücken, dann sagte ich vielleicht:

zwischen den eher praktisch Begabten, den eher technisch Begabten und den wissenschaftlich Begabten), sollte diese Scheidung der Spreu vom Weizen, so schöne Namen man auch dafür finden mag, nicht während der ganzen Schulzeit — man nennt das horizontale Gliederung — stattfinden in der gleichen Schule?

Fairerweise muß ich anmerken, daß ich selber diesen Fragen gegenüber nicht mehr unvoreingenommen, sondern seit langem davon überzeugt bin: die Zukunft gehört der „Gesamtschule“ — (oder wie immer man sie nennen mag). Das kann nicht heißen, daß nun alle anderen Schulen abgeschafft werden müßten; das soll nur die Richtung einer Entwicklung markieren, die ich für notwendig halte und gut finde.

Spüren wir aus den Antworten der drei Parteipolitiker, daß sie sich über diese Richtung klar sind — es braucht nicht die von mir vertretene, es kann meinetwegen die entgegengesetzte Richtung sein oder auch ein Leugnen jeder Entwicklung, eine Verteidigung des **status quo**?

Wo klare Auskünfte fehlen, haben Vermutungen, deutlich als solche gekennzeichnet, ihren Platz: Ich vermute, daß Professor Mikat die Richtung ähnlich sieht wie alle modernen Bildungspolitiker. Statt davon etwas laut werden zu lassen, verteidigt er die drei Schultypen, diese Erbstücke der Wilhelminischen Ära, mit der Behauptung, sie seien auf die differenzierten Anforderungen von heute **„bezogen“** und stünden in **„scharfem Gegensatz zu einem statischen Bildungssystem, das schichtenspezifisch ... konzipiert ist“**.

„Bezogen“ unterstellt, diese Schultypen seien eigens für unsere Ansprüche gemacht; wahr ist vielmehr, sie wurden geschaffen für die Ansprüche unserer Großeltern. Gewiß sind sie heute nicht mehr **„schichtenspezifisch konzipiert“** — sie sind jedoch, falls ich mich in der gleichen Ausdrucksweise versuchen wollte, **„schichtenspezifisch effizient“**.

Professor Brandt möchte im Grunde, daß alles beim alten bleibt. Warum sollte er über die Schulen anders denken als über die Universitäten? Aber zu einer Verteidigung des **status quo** kann er sich in diesem Falle doch nicht durchringen. So kommt er — nach dem berühmten Muster „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß“ — in der beliebten Bildersprache der Kulturpolitik zu dem ihm selber hoffentlich vorstellbaren Verfahren, bei dem vertikales und horizontales Umstei-

gen sowie „Quermöglichkeiten“ möglich sind. (Ob man die Bundesbahn für das Patent interessieren könnte?)

Dagegen ist die Stimme Herzbergs eine Stimme der Vernunft. Er bekennt sich zur Dreigliedrigkeit, die sie seine Koalitionspartner nun einmal aufrechterhalten wissen wollen. Aber er will nichts verschworen haben. So ganz gottgewollt und unantastbar kann er das System nicht finden. Immerhin ist er, etwas zaghaft, dafür, zu versuchen, zu erproben, auch die Gesamtschule. Und er sieht die Schwierigkeiten an der richtigen Stelle: Sie liegen nicht bei der zu starken Nivellierung (wie Ahnungslose und Demagogen meinen), sondern bei der nicht enden wollenden Differenzierung als Tendenz einer solchen Gesamtschule. Sie liegen beim „Personal“: nicht Studienräte werden da gebraucht, nicht Realschul- oder Oberlehrer oder Pauker — sondern Lehrer.

Allein, hier werden so viele Interessen berührt und so viele wundere Punkte, daß ich es keinem Politiker verargen kann, wenn er sich nur zögernd bewegt **where angels fear to tread**. Und auch den Lehrern kann man den zornigen Schmerzensschrei nachfühlen: Nun laßt uns doch endlich mal in Ruhe mit diesen dauernden Experimenten!

Trotzdem sollte ein Kulturpolitiker die Richtung sehen und darf er den Interviewer einer Studentenzeitung nicht mit Bla-bla-bla oder Hüh-hott einnebeln. Wenn er überhaupt etwas sagt, dann muß er wenigstens andeuten, was er denkt — sonst kann er seinen Wählern den Argwohn nicht verübeln, er dächte vielleicht gar nichts.

Ein CDU-Minister, der sich eher nach rechts als recht schlägt, ein SPD-Professor, der die kulturpolitische Avantgarde seiner eigenen Partei nicht kennt oder nicht anerkennt, ein FDP-Politiker, der es als Repräsentant der quantitativ kleinsten und kulturpolitisch größten Partei leichter hat — das ist allenthalben der nicht sonderlich ermutigende Eindruck dieser drei Interviews auf einen Beobachter, der sich für unvoreingenommen und unparteilich hält.

Prüfen wir den Eindruck noch an einem anderen Thema, das ja auch in Nordrhein-Westfalen niemandem ganz gleichgültig sein kann: Konfessionsschulen. Danach hatte der Interviewer nicht direkt gefragt — warum eigentlich nicht? Trotzdem spielten alle drei Befragten darauf an: Minister Mikat, indem er un-

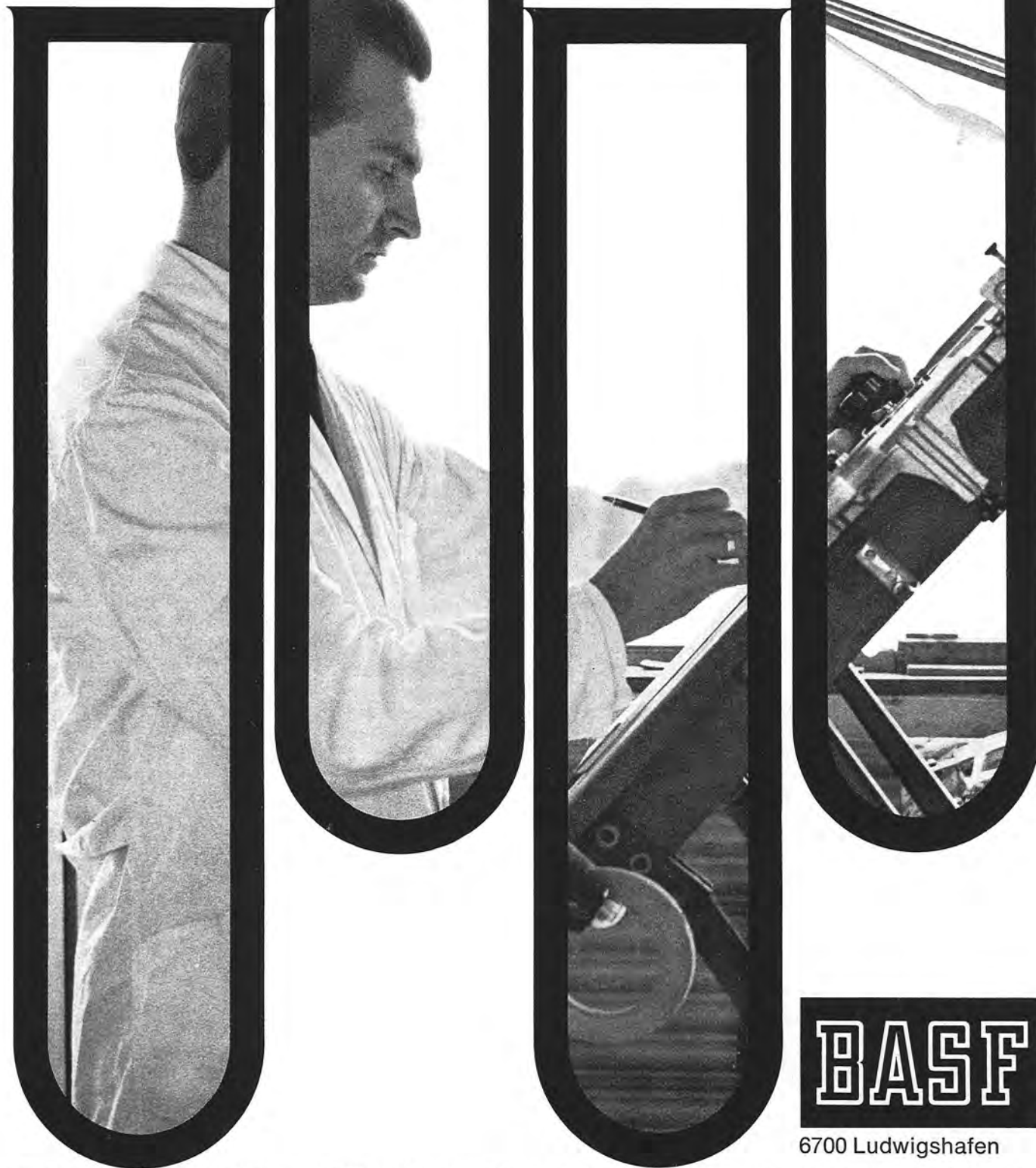
gefragt verkündete, seine Partei sei fern allen ideologischen Verfestigungen (er gebraucht „fern“ mit dem Genitiv, was ich nicht nachahmen möchte); Professor Brandt, indem er ein geradezu rührendes Bekenntnis zur Konfessionsschule ablegt; Herr Herzberg, indem er mit leichtem Seitenhieb auf den Bundespräsidenten die einklassige Dorfschule zum bedauerlichen Anachronismus erklärt.

Ich weiß nicht, ob sich die Haltung der SPD gegenüber der Konfessionsschule geändert hat nach dem Parteitag; vorher konnte man sie am besten mit dem englischen Ausdruck **to lean over backwards** bezeichnen. Die CDU, vor allem ihr protestantischer Flügel, ist da viel freier. Aber nur die FDP und die Humanistische Union wagen zu sagen, was viele denken: Staatliche Konfessionsschulen sind ein durch nichts mehr zu rechtfertigender Anachronismus.

Auch wer es für wünschenswert hielte, daß wir den christlichen Glauben nicht aufgeben (Ich selber halte es für wünschenswert!), kann kein Freund der Konfessionsschule sein. Man sehe sich doch die Generation der aus den ersten Nachkriegs-Konfessionsschulen Hervorgegangenen, der heute also Zwanzig- bis Dreißigjährigen an und rede mit ihnen über Gott und Unsterblichkeit! Nie gab es mehr Atheismus als unter diesen Konfessionsschülern. Und wenn die Kirchen meinen, es seien als Zeichen ihrer Macht und des von ihnen mächtig in die Waagschalen geworfenen „Elternrechts“ Konfessionsschulen zu fordern: keine Kulturorganisation ist reicher als die Kirchen in einem Staat, der für sie Steuern eintreibt und ihnen aus schlechtem Gewissen Machtpositionen einräumt, die sie aus eigener Kraft längst nicht mehr halten könnten. Sie können sehr wohl die dann noch geforderten Konfessionsschulen selber unterhalten. Warum hört man so etwas nicht auch einmal von einem Politiker, in Nordrhein-Westfalen oder anderswo?

Schluß, Schluß, genug. Die drei Interviews, ich kann es nicht leugnen, haben mich deprimiert und geärgert. Mein Mann wäre, trotz der CDU, Paul Mikat. Den Wahlsieg wünsche ich, trotzdem Professor Brandt, der SPD. Meine Partei bleibe die FDP — trotz, weiß Gott, so manchem. Aber diese kleine Partei, die dauernd vor der Gefahr des Ausgelöschtwerdens steht, hat eben doch die vernünftigsten Gedanken vorgebracht auf den beiden Gebieten, die ich für die wichtigsten halte — sei es auch nur, weil sie mich am meisten interessieren: Deutschlandpolitik und Kulturpolitik.

Sie
gestalten
die Welt
von
morgen!



BASF

6700 Ludwigshafen

In vielen hundert Betriebs- und Forschungsstätten der BASF haben Fachleute der verschiedensten Richtungen aus Naturwissenschaft und Technik große Aufgaben zu lösen. Sie arbeiten an Problemen, die in die Zukunft weisen. Die BASF bietet ihren Mitarbeitern volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten – gleichgültig, ob sie an einer Einzelaufgabe oder im Team arbeiten. Die großen technischen und wissenschaftlichen Leistungen der BASF im In- und Ausland geben Zeugnis davon.

Heute zählt das Unternehmen 48.000 Mitarbeiter allein im Werk Ludwigshafen. Davon sind 14.000 Mitarbeiter im Bereich des Ingenieurwesens tätig. Nahe zu 5.000 Erzeugnisse gehen den Weg von der BASF in 130 Länder zur weiterverarbeitenden Industrie und zum Verbraucher. Und ständig wird an Neuem gearbeitet.

Zur Finanzierung der Hochschulen

Ein Rundgespräch

ruhr-student:

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung hat in einem Interview des „ruhr-student“ (Heft 4) die Forderung erhoben, daß die Finanzierung der Hochschulen zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern erklärt werden müsse. Diese These hat intensive Diskussion in der interessierten Öffentlichkeit hervorgerufen. Wir würden Sie, Herr Dr. Dichgans, bitten, ganz kurz Stoltenbergs Forderung für unsere Leser ein wenig zu präzisieren und interpretieren.

Dr. Dichgans:

Wenn ich recht unterrichtet bin, stellt Herr Stoltenberg sich die Sache so vor, die Aufgabe weitgehend auf den Bund zu verlagern, wobei die Zuständigkeit der Länder dadurch gewahrt wird, daß in all diesen Entscheidungen der Bundesrat sehr intensiv mitwirkt. Ich würde es in der Tat für zweckmäßig halten, hier eine Lösung zu finden, obwohl meine persönlichen Vorstellungen davon etwas abweichen. Aber vielleicht kann ich die im Laufe des Gesprächs noch ein wenig entwickeln.

ruhr-student:

Stoltenbergs Vorstellung scheint ja der Forderung der Freien Demokraten nach einem Bundeskultusministerium schon ein wenig näher zu kommen, nicht wahr, Herr Moersch?

Moersch:

Zunächst muß ich sagen, daß es kein Vorschlag der FDP ist, ein Bundeskultusministerium einzurichten. Ich würde mich sehr hüten, das zu fordern. Ein Bundeskultusministerium bedeutet nämlich, daß das Reichskonkordat gelten würde. Daran ist von unserer Seite, von liberaler Seite, niemand interessiert. Wir fordern vielmehr ein Bundesministerium für Bildungsfragen.

Um was es nach unserer Meinung geht, ist ein Hochschulorganisationsgesetz. Dieses Gesetz müßte die volle Mitwirkung des Bundes bei der Finanzierung, aber auch bei der Organisation der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ermöglichen. Das ist meiner Ansicht nach die Interpretation, die wir dem Troeger-Gutachten (auf das sich Stoltenberg in seiner o. a. These stützt, d. Red) geben müssen und die wir auch für sinnvoll halten. Solche Hilfskonstruktionen, wie man sie jetzt über den Wissenschaftsrat gefunden hat, müssen durch eine klare Gesetzgebungskompetenz mit Kompetenz des Bundes vermieden werden. Es muß also eine Kompetenz von Bund und Ländern gemeinsam wahrgenommen werden, etwa in Form einer Art konkurrierender Gesetzgebung. Durch die Einschaltung des Bundesrates, in dem ja die Länder vertreten sind, wäre meiner An-



Die Teilnehmer des Rundgesprächs im Bundeshaus

V. l. n. r.: Hendrik Bussiek vom „ruhr-student“, Dr. Dichgans, MdB (CDU), Herr Moersch, MdB (FDP), Peter Schultz vom „ruhr-student“, Dr. Lohmar, MdB (SPD)

sicht nach der föderative Aufbau in vollem Umfang gewährleistet.

ruhr-student:

Herr Dr. Lohmar, Sie haben sich ja nun scharf (oder weniger scharf) gegen die Vorstellung von Herrn Bundesminister Stoltenberg gewandt. Welche Gründe hatten Sie dafür?

Dr. Lohmar:

Sagen wir nicht scharf, sondern deutlich. Ich meine, man sollte den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Der erste Schritt ist nach meinem Dafürhalten der, daß die Bundesregierung zunächst einmal im Rahmen dessen, was sie ohnehin kann, im Rahmen der Verfassung also, eine Organisationsform innerhalb der Regierung findet, die zweckmäßiger und rationeller ist, als das, was wir heute haben.

Wir haben heute drei Aufgaben, die der Bund wahrnehmen kann oder mit den Ländern gemeinsam wahrnehmen kann: die Wissenschaftsförderung, auf die soeben Herr Moersch seinen Vorschlag abgestellt hat, die Ausbildungsförderung und die Bildungsplanung. Diese Aufgaben sind zersplittert — je nachdem wie weit man es faßt — auf drei bis fünf Ministerien. Eine Mehrheit der Fachausschüsse des Bundestages hatte sich schon in der letzten Legislaturperiode dafür ausgesprochen, diese Zuständigkeiten dem

Wissenschaftsminister zu übertragen, damit wir in der Bundesregierung selbst einen einzigen verantwortlichen Minister haben und nicht drei oder vier oder fünf. Diesen Schritt — meine ich — sollte der Bundeskanzler zunächst tun.

Der zweite wäre dann, zu überlegen, welche Konsequenzen man aus dem sog. Troeger-Gutachten zieht. Ich habe deswegen ein Fragezeichen hinter die Anregung von Herrn Minister Stoltenberg angemerkt, weil es mir sehr schwierig und zeitraubend zu sein scheint, mit den Ländern über eine Verfassungsänderung zu reden. Ich meine, es ist besser, mit den Ländern in Form von Abkommen einerseits und andererseits im Bildungsrat und im Wissenschaftsrat eine Verständigung in der Sache zu erzielen und dabei die Verfassung praktisch zu interpretieren, ohne sie dem Wortlaut nach zu ändern.

ruhr-student:

Denken Sie doch bitte an die Universität Bremen. Für diese Neugründung ist die Finanzierung durch die Ablehnung eines Verwaltungsabkommens durch nur ein Bundesland immer noch nicht gesichert. Man kommt eben wegen dieser Verwaltungsabkommen

Fortsetzung Seite 18



Fortsetzung des Rundgesprächs

nicht weiter. Wäre es da nicht besser, die Finanzierung der Hochschulen tatsächlich gesetzlich zu regeln?

Dr. Lohmar:

Mit Gesetzen kriegen Sie nicht automatisch mehr Geld — das ist die Schwierigkeit. Das Problem liegt darin, wie man Bund und Länder dazu bewegen kann, die Mittel für den Ausbau der Hochschulen, der alten und der neuen, erheblich zu steigern. Dafür ist ein Gesetz nicht notwendigerweise eine Voraussetzung, die man braucht. Entscheidend ist der politische Entschluß, das zu tun. Bremen ist ein trübes Kapitel in der Geschichte der Neugründungen, das sehe ich genauso wie Sie. Aber hier lassen sich vielleicht Lösungen denken, die dem Bund zu einer — wie man so schön mit dem Fremdwort sagt — bilateralen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und einem Bundesland verhelfen kann. Das sind, glaube ich, Fragen, die man sehr pragmatisch lösen kann, ohne daß man sie verfassungsrechtlich neu zu fixieren braucht oder ohne daß man ein Bundesgesetz braucht. Aus anderen Gründen wäre ein Gesetz natürlich möglich — da würde ich Herrn Moersch folgen.

ruhr-student:

Herr Dr. Lohmar sagte eben, daß es zeit- aufreibend wäre, wenn man sich erst über eine Verfassungsänderung unterhalten würde. Herr Dr. Dichgans, meinen Sie, daß man die erforderliche Mehrheit dafür finden könnte?

Dr. Dichgans:

Man muß die kurzfristige und die langfristige Lösung unterscheiden. Kurzfristig bin ich völlig der Meinung von Herrn Lohmar. Es wäre ganz falsch, wenn wir jetzt die Diskussion auf Verfassungsreform konzentrieren würden,

wenn wir dadurch die Kräfte, die wir für den Sachinhalt der Bildungsreform brauchen in diese Gebiete abziehen. Ich bin auch der Meinung, daß man sich da etwas einfallen lassen müßte, daß also Möglichkeiten bestehen, z. B. Verwaltungsabkommen, die einzelnen Fragen kurzfristig zu lösen.

Aber: Wir müssen uns daneben natürlich auch Gedanken über die langfristige Lösung machen. Die langfristige Lösung kann nur darin bestehen, daß wir im Bildungsgebiet Organisationen schaffen, bei denen es Mehrheitsentscheidungen gibt.

Z. Z. ist die Situation ja so, daß elf Kultusminister und der Bund alle „Ja“ sagen müssen, wenn eine einzelne Maßnahme durchzuführen ist. Das ist ein Verfahren, daß einfach unpraktisch ist.

ruhr-student:

Meinen Sie damit Mehrheitsentscheidungen z. B. der Kultusministerkonferenz, die nach Beschluß für alle Länder verbindlich sind?

Dr. Dichgans:

Genau das.

ruhr-student:

Heute müssen die Kultusminister ja noch einstimmig beschließen.

Moersch:

Das ist nie anders möglich.

Dr. Dichgans:

Aber, Herr Moersch, da kann ich Ihnen nicht ganz folgen. Ich gebe zu, daß das weitreichende Projekte sind. Ich habe das Gefühl, wir müssen es überhaupt überdenken, ob die Verfassung, die wir im Jahre 1949 geschaffen haben, den heutigen Bedürfnissen und dem heutigen Status noch entspricht. Warum sollte es nicht möglich sein, aus der Konferenz

der Kultusminister nach Umformung ein neues Verfassungsorgan zu bilden, das einen Teil der Souveränität verwaltet?

Ich würde da anknüpfen an die Montanunion. Die Montanunion ist ja bekanntlich so entstanden, daß die sechs Mitgliedsländer aus ihrer eigenen Souveränität ein kleines Stück herausgeschnitten und nach Luxemburg verlegt haben. In Luxemburg wird also jetzt über Kohle und Stahl entschieden — verbindlich für alle Länder.

Ich halte es für durchaus denkbar, dieses Konzept auch auf das innere Deutschland auszudehnen, also aus der Souveränität aller elf Länder und aus der des Bundes ein Kuchenstück herauszuschneiden und das zu einem neuen Kuchenstück zusammenzufügen und daraus dann ein neues Organ zu machen. Dieses Organ bedeutet dann nicht eine Übertragung der Zuständigkeit auf den Bund, sondern die Bildung einer neuen staatsrechtlichen Form in Zusammenarbeit des Bundes und der Länder — sagen Sie mir, wenn Sie wollen, unsere Staatsrechtslehrer sollten sich da etwas Vernünftiges einfallen lassen.

Moersch:

Herr Dr. Dichgans, ich muß Ihnen da also einfach widersprechen. Ich glaube, daß die Demokratie nur wirklich als parlamentarische Demokratie existieren kann, d. h. wenn sie ganz klar der ganzen Bevölkerung die Verantwortlichkeit für ganz bestimmte Handlungen oder Unterlassungen deutlich macht. Diese Klarheit fehlt bei allen Zwischenformen — dritte Ebene oder Kultusministerkonferenz oder wie immer Sie das nennen. Selbst der Bundesrat blüht ja leider schon im verborgenen. Man muß hier klare Verhältnisse schaffen.

Das Prinzip des Bundesstaates heißt für mich, daß das, was ein Land nicht allein machen kann, in Zusammenarbeit mit dem Bund, nicht aber in einer Ländergemeinschaft geschehen kann.

Es ist meine Sorge, daß wir es nicht schaffen, im Zuge einer Finanzreform zu einer Gesamtrevision der Verfassungsfragen zu kommen. Wenn wir es nicht schaffen, die Verkrampfungen, die 1948 durch Einfluß der Alliierten und der speziellen Situation Deutschlands entstanden sind, auszuräumen, dann wird die Demokratie und ihre Funktionsweise für die meisten einfach immer weniger durchschaubar. Das halte ich für ein entscheidendes Manko. Ich halte nichts von einer Abtretung parlamentarischer Zuständigkeiten an nicht parlamentarisch-verantwortliche Gremien. Das ist immer ein Stück gegen die Demokratie, immer ein Stück für die Bürokratie.



ruhr-student:

In Großbritannien gibt es ja in etwa ein solches außerparlamentarisches Gremium, Herr Moersch. Wir meinen das Grants Comitee, das ungefähr unserer Westdeutschen Rektorenkonferenz entspricht. Dieses Gremium bekommt das gesamte Geld für die Hochschulen und verteilt es auch so, daß es unkontrollierbar ist. Eine solche Konstruktion würden Sie also für die Bundesrepublik ablehnen?

Moersch:

Ich hatte die Gelegenheit mit den Herren vom Grants Comitee darüber zu sprechen und ich kann Ihnen nur sagen, daß sich die Theorie in Großbritannien ganz erheblich durch die Praxis ändert. In England ist heute der Versuch durchaus im Gange, diese Art von Autonomie ein wenig aufzulockern. Mit der jetzigen britischen Methode ist jede Art von Hochschulreform oder von sinnvoller Schwerpunktbildung bei den Hochschulen völlig ausgeschlossen und das geht eben finanziell auch über die englischen Verhältnisse.

Diese Art von Bezuschussung hat zwar sehr vieles für sich, sie stärkt z. B. die Autonomie der Universitäten. Aber sie hindert ganz außerordentlich eine weitreichende differenzierte Schwerpunktbildung im Hochschulwesen, die durch die Expansion der Kosten im naturwissenschaftlichen Bereich unumgänglich ist.

Dr. Dichgans:

Herr Moersch, darf ich noch einmal auf den Vorschlag, doch zu neuen Formen der Zusammenarbeit zu kommen, zurückkommen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß eine Übertragung der Entscheidungen, die dem Parlament gebühren, auf eine Bürokratie ganz schlecht wäre. Aber glauben Sie nicht, daß es Möglichkeiten gäbe, auch bei einer solchen Zusammenfassung zu parlamentarischer Kontrolle zu kommen? Bedenken Sie, wir haben doch in einer Fülle von Fällen Zuständigkeiten auf autonome Körperschaften verlagert, denken Sie an den Postverwaltungsrat und ähnliche Dinge...

Moersch:

Ja, leider...

Dr. Dichgans:

Darüber kann man streiten. Ich bin eben der Meinung, daß das Leben derartig kompliziert geworden ist, daß es schwer ist, den Bundestag mit sämtlichen Aufgaben im Detail zu befassen. Er sollte — meine ich — eine reichlich bemessene Dotation für die Universitäten bewilligen, aber die Aufteilung dieser

Beträge im einzelnen, die Verteilung auf Bochum einerseits und auf Bremen andererseits, die müssen wir durch andere Gremien vornehmen lassen. Das System der Einstimmigkeit scheint mir da nicht praktikabel, wir müssen Systeme von Mehrheitsentscheidungen suchen.

Dr. Lohmar:

Ich möchte bei dieser Gelegenheit an die Existenz des Wissenschaftsrates erinnern, in dem ja Bund, Länder, Wissenschaftler und Wirtschaftler an einem runden Tisch sitzen und jetzt einen langfristigen Bedarfsplan für den Ausbau der bestehenden und der neuen Universitäten zum Frühjahr 67 entwickeln sollen, d. i. der sog. neue Generalplan des Wissenschaftsrates.

Wir haben eine zweite Institution, den Bildungsrat, der sicher in seiner Zusammensetzung mit kritischen Anmerkungen zu begleiten wäre. Für mein Empfinden ist er zu sehr unter regional- und verbandspolitischen Gesichtspunkten zusammengesetzt worden und zu wenig unter Gesichtspunkten einer den Bund als ganzes sehenden personellen Zusammensetzung. Aber er ist nun mal da und er hat — glaube ich — einen großen Vorzug in dem Sinne der Anregung von Herrn Dichgans. Es ist zum ersten Male eine Art runder Tisch entstanden, nicht nur für die Wissenschaftspolitik, sondern auch für die Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern. Dort kann natürlich nicht entschieden werden — insoweit bleibt das hinter dem, was Sie, Herr Dichgans, sagten, zurück — aber es kann sich dort eine vorteilhafte Praxis herausbilden. Der Bildungsrat könnte mit Mehrheit Empfehlungen an Bund und Länder aussprechen und in diesen Empfehlungen das Prinzip der Einstimmigkeit überwinden. Dieses Prinzip hat uns nämlich in den letzten 15 Jahren oft gezwungen, uns nach dem Langsamsten zu richten. Davon wollen wir weg, das ist unser gemeinsames politisches Ziel. Die Frage ist nur, ob man dafür neue Institutionen schaffen soll oder ob man versucht, die vorhandenen mit einem konkreten Verfassungsinhalt zu erfüllen. Das erscheint mir als der näherliegende, weil praktischere Schritt, zur Realisierung dessen, was ich gemeinsam mit meinen beiden Kollegen für notwendig halte.

ruhr-student:

Bundesminister Dr. Stoltenberg scheint dem Wissenschaftsrat, so wie wir den Eindruck haben, nicht den Einfluß geben zu wollen, der ihm nach Ihrer Meinung, Herr Dr. Lohmar, gebührt. Sie hatten ja erst vor kurzem eine Kontroverse mit ihm über die Aufgaben des Wissenschaftsrates.

**Dr. Lohmar:**

Ich bin noch nicht ganz sicher, ob es sich um eine Kontroverse bleibender Art zwischen Herrn Stoltenberg und mir handelt oder ob wir diese Kontroverse ausräumen werden.

Es geht im Grunde genommen um zwei Positionen. Mein Eindruck war aufgrund der Ausführungen von Bundesminister Stoltenberg, daß er von Seiten der Bundesregierung eine feste Summe der Bundesbeteiligung für den Ausbau der Hochschulen für die nächsten drei Jahre zu nennen beabsichtigt und zwar unabhängig davon, welches Finanzvolumen der Generalplan des Wissenschaftsrates erreicht. Wenn man diese Bundesbeteiligung vorher nennt, dann zwingt man — würde ich meinen — den Wissenschaftsrat dazu, sich nach der Decke zu strecken, während nach meinem Eindruck es besser wäre, umgekehrt zu verfahren, indem man den Wissenschaftsrat zunächst einmal völlig sachbezogen sagen läßt, was notwendig ist. Dabei muß natürlich der Bund von vornherein an den Planungen beteiligt sein.

Dann mag der Bund und dann mögen die Länder sagen, ob sie diesen Anforderungen entsprechen wollen und aus welchen Gründen sie glauben, das nicht zu können. Die Beweislast muß bei den politischen Instanzen bleiben. Das ist der Diskussionspunkt, um den es geht.

Moersch:

Vielleicht klärt es den Tatbestand etwas, wenn man davon ausgeht, daß unter den jetzigen Verhältnissen genau genommen von der Verfassung her die Zuschüsse des Bundes illegal sind und daß man eben eine Mitverantwortung des Bundes im großen davon abhängig

Fortsetzung Seite 20



Fortsetzung
des
Rundgesprächs



machen muß, daß eine bessere Kooperation und eine Mitwirkung des Bundes stärker gesichert ist. Ich glaube, das ist der Punkt, auf den es ankommt.

Zum zweiten kommt hinzu, daß die Finanzlage des Bundes — wie immer der Bedarf der Wissenschaft auch sein wird — in den nächsten Jahren wahrscheinlich insgesamt nicht viel besser wird, so daß man also mit festen Steigerungsraten von dieser Seite aus rechnen möchte. Denn man hat ja — wie Sie wissen — nach den ersten Gutachten des Wissenschaftsrates in diesem Punkt einige Überraschungen erlebt: die Summe ist ja sehr viel schneller gestiegen als ursprünglich in den Finanzdispositionen überhaupt vorgesehen war.

ruhr-student:

Sollte man nicht grundsätzlich zunächst einmal feststellen, was gebraucht wird, um dann an den vorhandenen Mitteln abzumessen, was man davon nun verwirklichen kann?

Dr. Dichgans:

Ich glaube, es muß beides nebeneinander laufen. Ich bin mit Herrn Lohmar der Meinung, daß der Wissenschaftsrat ganz abgesehen von allem übrigen einen derartigen Plan aufstellen sollte und daß man daraus hinterher die Möglichkeiten ableitet.

Aber es muß in einem sehr frühen Stadium auch eine Beteiligung des Bundes eingeschaltet werden und zwar noch aus einem zusätzlichen Grunde, nämlich rein aus dem Gesichtspunkt der Baukosten. Die Frage, was die Dinge kosten, hängt ja entscheidend davon ab, wieviel Geld man für den Kubikmeter umbauten Raum ausgeben will. Wir haben festgestellt, daß die Kosten für die Institutsbauten in den Universitäten geradezu abenteuerlich auseinandergehen. Wir haben weiter

festgestellt, daß die ständigen Eingriffe von Professoren in die Bauplanung, die einfach alle drei Monate wieder andere Pläne haben, allmählich lästig und teuer werden. Sie kennen den Fall, wo ein Professor in Göttingen angeblich kurzerhand die Meßplatten aus dem Boden hat ziehen lassen, weil ihm die Lage seines Instituts nicht paßte. Das sind Dinge, die ausgeräumt werden müssen.

Fachleute schätzen, daß wir im allgemeinen in unseren Bildungsbauten etwa um ein Drittel zu teuer — verglichen etwa mit England und Amerika — bauen (siehe S. 3 dieses „ruhr-student“, d. Red.). Wenn wir also von vornherein hier dafür sorgen, daß auch bei der Geldanforderung diese Dinge berücksichtigt werden, dann wird uns das — glaube ich — auch eher die Erfüllung dieser finanziellen Wünsche ermöglichen.

Moersch:

Ganz zweifellos ist es so, daß es doch die Öffentlichkeit außerordentlich überraschen muß, wenn mehrere Jahre nach dem Beginn großer Wissenschaftsbauten der Wissenschaftsrat unter dem Druck auch der Öffentlichkeit nun eine Kommission von Sachverständigen einsetzt, die die Baupreise und die Bauplanung überprüft. Man hätte sich eigentlich vorstellen müssen, daß das zunächst am Anfang stand. Ich kann aus Baden-Württemberg hier einige markante Beispiele von Zahlen nennen, die einfach von verschiedenen Ausgangsbasen ausgehen. Wenn ich von Konstanz Differenzen höre, die in die hunderte von Millionen gehen, dann kann ich nur fragen, was ist hier eigentlich vorher gerechnet worden. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder ich muß die Leute, die vorher die falschen Zahlen gemacht haben, sofort entlassen oder ich muß der Öffentlichkeit sagen, daß ich jetzt ganz andere Dinge bauen will.

ruhr-student:

Das wäre doch vielleicht schon ein Argument für den Vorschlag von Herrn Abelein, der eine Finanzierungs-GmbH aus Bund und Ländern gefordert hat. Vielleicht können wir diesen Vorschlag noch ein wenig diskutieren. Was halten Sie, Herr Dr. Dichgans, als Fraktionskollege davon?

Dr. Dichgans:

Ich finde jeden Gedanken gut, der in die Diskussion eingeführt wird. Ich habe Herrn Abelein zu diesem Vorschlag ausdrücklich beglückwünscht. Man muß das im einzelnen mal durchdenken.

Ich glaube aber, daß man durch bloße Organisation die Probleme nicht lösen kann. Das sind eben Sachprobleme. Ob man das nun besser durch eine Bauverwaltung oder durch eine private GmbH löst, das hängt von der Gestaltung dieser Bauverwaltung ab. Ich könnte mir also durchaus denken, daß auch im öffentlichen Bereich Lösungen gefunden werden können.

Moersch:

...in Form eines mehrjährigen Haushalts etwa...

Dr. Dichgans:

...ja, in Form des mehrjährigen Haushalts.

ruhr-student:

Auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat ja einen dreijährigen Wissenschaftsetat verlangt.

Dr. Dichgans:

Inzwischen laufen da ja auch Dinge.

Ich möchte aber noch einmal betonen, daß natürlich uns als Parlamentariern die Entscheidungen über die Bewilligung von Geld auch leichter werden, wenn wir das Gefühl haben, daß die Professoren dieses Geld auch optimal ausgeben, daß also wirklich das, was wir als Bildungsgeld bewilligen, optimal in Bildungseffekt umgesetzt wird.

Moersch:

Aber nochmal zu dem GmbH-Vorschlag. Das ist nämlich lediglich ein Ausweg, den ich nicht sehr schätze, gerade weil er die Verantwortlichkeit verschiebt. Im Grunde genommen soll es doch heißen, daß neben dem Kapitalmarkt, den entweder der Bund oder die Länder sowieso in Anspruch nehmen, noch eine Gesellschaft existiert, die sozusagen außerhalb unserer Rechnungslegung Kapitalmarktmittel aufnehmen soll. Das würde die Mittel insgesamt ja nicht vergrößern.

Wenn es als Hilfskonstruktion gedacht ist, um Bauverzögerungen auszugleichen, die mit

dem Etatjahr zusammenhängen, dann ja. Aber dafür gerade stellen wir im Etat in ganz erheblichem Umfang Bindungsmächtigungen ein und machen die Mittel übertragbar, so daß also von hier aus die Sache gelöst ist.

Aus einem anderen Grunde erscheint mir der Vorschlag bedenklich. Wenn man nämlich eine Gesamt-GmbH von Bund und Ländern gründen würde, dann würde meiner Ansicht nach das Wettbewerbsprinzip bei den Hochschulbauten weitgehend ausgeschaltet. Man sollte den Wettbewerb auch im baulichen und architektonischen Sektor nicht in dieser Weise vernachlässigen. Da sehe ich eine gewisse Gefahr so gut der Vorschlag sicher im großen und ganzen gemeint war.

ruhr-student:

Herr Moersch, dann sagen Sie doch bitte einmal einen Vorschlag, bei dem die parlamentarische Klarheit, die Sie — sicher zu Recht — verlangen, erhalten bleibt.

Moersch:

Man sollte dem Troeger-Gutachten zur Finanzreform folgen und hier eine Kompetenzergänzung des Bundes einbauen. Damit hat man auch die Möglichkeit, über diese Fragen im Bundestag und Bundesrat durch ein Gesetz zu entscheiden. Das würde einen erheblichen Fortschritt bedeuten und würde diese große Sachaufgabe zu einem wirklichen Thema auch der Entscheidung der Wähler machen, was sie bisher gar nicht sein kann.

Dr. Lohmar:

Ich finde, solche Konstruktionen, wie sie Herr Abelein und andere vorgeschlagen haben, sind für die Diskussion ganz hilfreich, aber sie bringen uns nicht um die Kernfrage herum, daß wir in den nächsten Jahren mit einem maximalen Anstieg des Bruttosozialprodukts von — sagen wir mal — 4 Prozent im Durchschnitt werden rechnen können, während allein die Ausgaben für Wissenschaft und Bildung in einer Progression — die Schätzungen schwanken — zwischen 15 und 25 Prozent steigen werden. Das bezieht sich auch auf andere — um mit dem Bundeskanzler zu sprechen — „Sozialinvestitionen in unsere Gesellschaft“ oder — um es in der Terminologie der SPD auszudrücken — „Gemeinschaftsaufgaben“, die wir lösen müssen. Kurzum: im Kern handelt es sich um die Frage, wie wir den durch Subventionen überlasteten Haushalt des Bundes und der Länder umschichten können, umstrukturieren zugunsten von mehr Spielraum für die sog. Infrastrukturinvestitionen unter denen die für Bildung und Wissenschaft jedenfalls nach der offiziellen Aussage aller Parteien den ersten Rang haben sollen.

Um diese Entscheidung kann sich, glaube ich, weder der Bundestag, noch irgendein Landesparlament noch lange herumdrücken. Der Verschiebeparkhof „Finanzreform“ ist dafür keine Lösung. Es handelt sich darum, daß man den Verwendungszweck der verfügbaren öffentlichen Mittel im ganzen nach anderen Maßstäben entscheidet als das in den vergangenen 15 bis 20 Jahren jedenfalls in der hauptsächlich politischen Richtung der Fall gewesen ist. Das ist eine Frage, vor der alle Parteien stehen und ich finde, je eher man sich über diese notwendige Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte des Bundes und der Länder klar wird, um so eher kommt man auch davon ab, auf Verschiebeparkhöfe und Nebengleise auszuweichen, die diese Kernfrage eben nicht lösen können.

Moersch:

Wir müssen wirklich einen größeren Anteil für Wissenschaft und Bildung haben. Da muß dann eben woanders gestrichen werden. Das ist die Frage, vor der jedes Land steht.

ruhr-student:

Darüber scheinen sich die Kulturpolitiker aller Parteien einig zu sein. Wie sieht es aber innerhalb der Parteien aus? Wird dort tatsächlich so viel Opposition gegen das Streichen bei anderen Haushaltstiteln gemacht, Herr Dr. Dichgans?

Dr. Dichgans:

Ich glaube, der Wille, auf der Bildungsebene etwas zu tun, ist bei allen Parteien da.

Moersch:

Es ist leichter geworden als es früher war. Dabei darf man nie verkennen, daß eben der Austrag von Interessengegensätzen in jeder Partei außerordentlich schwierig ist, weil die Frage nach dem Schwerpunkt eben sozusagen vom Blickpunkt des jeweiligen abhängt. Außerdem hat die außerordentlich schnelle und manchmal auch sehr umfangreiche Ausdehnung der Hochschulbauten natürlich auch starke Gegenkräfte auf anderen Bildungsbereichen gefördert.

ruhr-student:

Dürfen wir Sie vielleicht zum Schluß bitten, ganz kurz in Schlagworten zu umreißen, was in der nächsten Zeit Ihrer Ansicht nach zu tun ist?

Dr. Dichgans:

Wir müssen uns zunächst energisch darum bemühen, daß die Bildungsfragen stärker in das Bewußtsein der gesamten Fraktionen einrücken. Das ist, glaube ich, eine Aufgabe, die in allen drei Fraktionen gegeben ist. Ich habe das Gefühl, daß wir in allen Fraktionen ganz gut vorankommen. Wir müssen uns ferner

darum bemühen, daß wir neben den Aufgaben des Tages auch die langfristigen Lösungen sehen und betreiben, d. h. also für mich, daß wir jetzt formulierte Vorschläge für eine Verfassungsreform vorlegen.

Moersch:

Ich wünsche mir soviel Klarheit und Übersichtlichkeit auch im Haushalt — auch durch Zusammenfassung der Kompetenzen wie Herr Lohmar —, daß es für uns künftig leichter wird, zu operieren. Ich möchte nur anmerken, daß die gesamten Ausgaben des Bundes im Jahre 1966 für Bildungsaufgaben im weitesten Sinne 2,4 Milliarden Mark betragen. Das ist eine ganze Menge ...

ruhr-student:

Wie hoch ist der Forschungsetat des Verteidigungsministeriums, dessen Mittel sicher in diesen 2 Milliarden enthalten sind?

Moersch:

600 Millionen. Die Frage ist also, wie effektiv diese bereits vorhandenen Mittel eingesetzt werden. Wenn es uns gelingt, zu beweisen, daß das mit der höchsten Effektivität bereits geschieht, wird es wesentlich leichter sein, in Zukunft mehr Geld zu bekommen.

ruhr-student:

Ein Appell an die Professoren ...

Dr. Lohmar:

Ich würde meinen, eine Verständigung der Parteien über die Rangordnung der innenpolitischen Aufgaben ist das zunächst Wichtigste, weil das eine Vorentscheidung ist für die Umgestaltung der öffentlichen Haushalte. Das kann nur auf der Führungsebene der drei im Bundestag vertretenen Parteien geschehen. Eine solche Verständigung muß rasch erfolgen.

Ich möchte mir wünschen, daß die vielen Einzelmaßnahmen, die wir in der Wissenschafts- und Bildungspolitik zum Teil schon realisieren, im Laufe der nächsten beiden Jahre in ein Gesamtkonzept eingefügt werden können, das man einen Nationalen Bildungsplan nennen kann, in dem wir nicht nur die Bundesrepublik sehen, sondern zugleich auch die Entwicklung in Mitteldeutschland und auch die in den westeuropäischen Nachbarstaaten. Denn Bildungspolitik läßt sich nicht nur in der Bundesrepublik nicht mehr in elf verschiedene Arten von Politik aufspalten, wir müssen auch sehen, daß sie nach Westeuropa hin verzahnt werden muß und daß wir die Entwicklung in Mitteldeutschland dabei immer im Auge behalten müssen.

ruhr-student:

Vielen Dank, meine Herren!



DIE FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

die im Bundesgebiet fast gleichmäßig verteilt ist, sollte, so beschloß man eines Tages, einen Werbespruch haben, der allenthalben die Leser ansprach. Den ersten Anhaltspunkt für das, was da das Richtige sein konnte, gab eine Fotografie: sie zeigte einen Mann, der eine Frankfurter Allgemeine Zeitung zum Studium ausgebreitet vor sich hielt. Man ließ dieses Sujet zeichnen und setzte darunter: „Wes Geistes Kind er ist, das zeigt die Zeitung, die er liest“.

Darauf kamen Briefe: die einen glaubten da einen falschen Genitiv entdeckt zu haben, den anderen mißfiel die Metrik. Aber das Interesse war offenbar so groß, daß es sich lohnte, weiter darüber nachzudenken. Der grammatischen und logischen Richtigkeit des Satzes war man gewiß, aber konnte man es nicht noch einfacher sagen? Sollte man auf den anmutigen Relativsatz verzichten, der auf Lukas 9,55 „Welch Geistes Kinder ihr seid . . .“ zurückzuführen ist? Das Ergebnis der Überlegungen war schlicht und bejahend. So schrieb man unter die Zeichnung: DAHINTER STECKT IMMER EIN KLUGER KOPF.

Der Widerhall dieses Satzes war erstaunlich, in mancherlei Beziehung. Es kamen sehr viele zustimmende Zuschriften. Und es kamen einige, die etwas einzuwenden hatten; von Frauen, die meinten, daß man nicht nur einen Mann, sondern auch eine Frau abbilden müsse. Sie hatten recht, denn in der Tat, jeder dritte Leser der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist eine Frau.

Und dann war da noch eine andere Resonanz dieses Satzes mit dem klugen Kopf zu bemerken. Wenn eine gute Idee nachgeahmt wird, so ist das immer ein gutes Zeichen. Aber es kann auch leicht des Guten zuviel werden. Man versuchte, diese Figur mit dem treffenden Werbespruch in Abwandlungen zu imitieren. Dem mußte rechtlich vorgebeugt werden. Der Verlag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ließ die Figur und den Werbespruch beim Patentamt in München als Warenzeichen eintragen. Das wurde mit der abgebildeten Urkunde bestätigt.

Bildungswerbungskampagne „Student aufs Land“

Ein Zwischenbericht von der Freiburger Aktion

Seit Beginn der Bildungswerbungskampagne „Student aufs Land“ der Freiburger Studentenschaft am 27. September 1965 in den Landkreisen Freiburg und Emmendingen wurden bisher 500 Informationsvorträge veranstaltet, in denen rund 20 000 Personen angesprochen wurden. Die besuchten Gemeinden lagen in acht Landkreisen Südbadens. Die Bevölkerung setzte sich etwa zu gleichen Teilen aus Landwirten und Industriearbeitern (Pendlern) zusammen. Sie war überwiegend katholisch. Die größten Veranstaltungen fanden in Breisach (400), Bötzingen (300) und Kirchzarten (200) statt.

Der schlechte Besuch in einigen wenigen Gemeinden war nicht auf einen falsch gewählten Zeitpunkt für die Veranstaltungen zurück-

zuführen, sondern auf die Meinung der angesprochenen Bevölkerung, sie sei über Fragen der Bildung hinreichend informiert, was sich als falsch erwies. Auch war infolge der Haltung mancher Bürgermeister und Lehrer die Bekanntmachung nicht gleich intensiv. Im großen und ganzen haben die Bürgermeister und Lehrer die Arbeit der Studenten in erfreulichem Maße unterstützt.

Bei der Bekanntmachung der Veranstaltungen stützten wir uns auf

1. die Gemeinde (Gemeindemitteilungsblatt, Plakate an den Anschlagtafeln, Laufzettel);
2. die Schule (Handzettel, die der Lehrer an die Kinder verteilt);
3. die Pfarreien (Kanzelverkündigung, Pfarrbrief);
4. die öffentlichen Nachrichtenmittel (regionale Presse und Rundfunk).

Die Informationsvorträge fanden in Schulen, Bürgersälen oder Gasthäusern statt, wobei sich zeigte, daß die Veranstaltungen in den Gaststätten, von Ausnahmen abgesehen, die besten Teilnehmerzahlen und die aufglockertesten Aussprachen brachten.

Zu den Vorträgen erschienen in der Regel Bürgermeister, Lehrer und Pfarrer. Einer dieser Herren eröffnete die Veranstaltung und gab in der Einleitung einen Überblick über die besonderen örtlichen Schulverhältnisse. Die Vorträge der Studenten dauerten bis zu $\frac{3}{4}$ Stunden; an sie schloß sich regelmäßig eine fruchtbare Aussprache an. Viele Bürgermeister und Lehrer bestätigten den Studenten, daß sie über erstaunliche Sachkenntnis in Bildungsfragen verfügten, und die Vorträge — zusammen mit den Lichtbildern — ein hohes Maß an Anschaulichkeit besäßen. So erklärte ein erfahrener Schulleiter im Anschluß an einen Vortrag, er habe noch nie einen so klaren Überblick über den Ersten und Zweiten Bildungsweg erhalten. Ein Vater meinte, wenn seine vier Söhne gekommen wären, hätte er sich zwei Jahre Bildungswerbung in der Familie sparen können.

Ergebnisse der bisherigen Veranstaltungen

Die Befürchtung, daß Studenten von der Landbevölkerung abgelehnt würden, hat sich als unbegründet erwiesen. Man war vielmehr überrascht und erfreut, daß gerade Hochschüler aus eigener Initiative Bildungswerbung auf dem Lande betreiben. Die Vertrautheit der Studenten mit den Problemen des Landes beeindruckte die Bevölkerung, besonders aber die Lehrerschaft.

Auch eine zweite Befürchtung, daß anschließend an die Vorträge keine Diskussion zustandekommen würde, erwies sich als unbegründet: Wie bereits oben angegeben, war die Aussprache meist sehr rege und fruchtbar, wobei es überraschte, daß in Einzelfällen die Bevölkerung Bildungsfragen gegenüber interessierter war als Bürgermeister, Lehrer und Pfarrer.

Das große Interesse an der Arbeit der Studenten spiegelte sich in dem häufig geäußerten Wunsch, sie sollten die Vorträge turnusmäßig wiederholen oder etwa darin, daß einige Besucher den Vortrag ein zweites Mal in der Nachbargemeinde hörten.

Haupthemmnisse gegen den Besuch weiterführender Schulen

Die Hemmnisse gegen den Besuch weiterführender Schulen sind vielfältig. Allgemein ist die Bevölkerung den angeschnittenen Fragen gegenüber durchaus aufgeschlossen, aber oft, in Unkenntnis der Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden, zu passiv und resigniert. Man wartet, bis „von oben“ etwas angeordnet wird. Das kommt auch teilweise in den Argumenten zum Ausdruck, die gegen den Besuch weiterführender Schulen vorgebracht werden.

Ein wesentlicher Grund für viele Eltern, ihre Kinder nicht auf weiterführende Schulen zu schicken, ist die völlige Unkenntnis sämtlicher Schularten, mit Ausnahme der Volksschule, der Lehrpläne und -ziele dieser Schulen und der Berufsmöglichkeiten, die sie erschließen. Man ist nicht informiert über die drei Zweige des Gymnasiums (altsprachlich, neusprachlich, naturwissenschaftlich) — die geläufige Assoziation zu Gymnasium ist Latein und Griechisch —, über die Fächer, die in der Mittelschule gelehrt werden, und über den gesamten Zweiten Bildungsweg. Selbst der Besuch der Mittelschule gilt in weiten Kreisen schon als „Studium“, vor dem man zurückschreckt.

Die Informationsvorträge der Freiburger Studenten waren für den größten Teil der Bevölkerung eine günstige, oft die erste Gelegenheit, in einer Gesamtübersicht etwas über die verschiedenen weiterführenden Schulen und vor allem über den Zweiten Bildungsweg zu erfahren.

Fortsetzung Seite 24



Fortsetzung

Das Argument, das am häufigsten vorgetragen wurde, lautete, es könne bei den augenblicklichen Verkehrsverhältnissen und Standorten der Schulen den meisten Landkindern der Besuch einer weiterführenden Schule nicht zugemutet werden. In der Tat gibt es heute noch viele Landgemeinden, die weder über eine eigene Bahn- oder Bushaltestelle verfügen. Die Schulkinder dieser Gemeinden, die eine weiterführende Schule außerhalb der Gemeinde besuchen wollen, sind gezwungen, zu Fuß oder mit dem Fahrrad erhebliche Entfernungen zurückzulegen.

Hinzu kommt, daß die Fahrpläne von Bundesbahn und Bundespost nur selten auf die Unterrichtszeiten der Schulen abgestimmt sind. Dies gilt im gleichen Maße für private Busunternehmen, die sich vorwiegend auf den Berufsverkehr einstellen. So kommt es, daß Fahrschüler vor Beginn oder nach Schluß des Unterrichts auf Bahnhöfen, in Gaststätten usw. längere Zeit warten müssen, was von vielen Eltern für unhaltbar gehalten wird.

Eng mit dem behandelten Argument hängt die Angst vieler Eltern zusammen, ihre Kinder würden den weiten Schulweg und die Umstellung auf den Lehrbetrieb physisch nicht verkraften. Ihnen erscheint der Sprung von der wenig gegliederten Dorfschule in den Klassenverband der weiterführenden Schulen zu schwierig.

Ein wesentliches Hemmnis für viele Eltern ist die Angst, daß ihre Kinder von vornherein mit verminderten Startchancen auf eine weiterführende Schule gehen würden. Sie wiesen darauf hin, daß das Landkind schon durch die Grundschulzeit in der unegliederten Dorfschule gegenüber dem Stadtkind benachteiligt sei. Das zeige sich schon bei der ersten möglichen Gelegenheit, der Aufnahmeprüfung der weiterführenden Schulen. Außerdem sei das Landkind nicht gewandt, es lebe sich deshalb schlecht in die ungewohnte Klassengemeinschaft ein. Das ist auch der Grund, warum man nur Hochbegabten zum Besuch weiterführender Schulen geraten hat.

Die Eltern stellten zudem oft fest, daß das Landkind an Gymnasien immer noch diskriminiert werde. Der Anlaß dieser Äußerung waren zwar Einzelfälle, die man verallgemeinerte, doch befremdete es die Studenten zu hören, daß noch heute Kinder vom Lande mit „Bauernbüble“ und sogar „Schweinehirt“ angeredet werden sollen.

Die Studenten wiesen, unterstützt von den Lehrern, darauf hin, daß die Diskriminierung von Landkindern höchstens noch bedauerliche

Ausnahmen seien, daß im übrigen nach der Verfassung des Landes jedes Kind ein Anrecht auf eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung habe.

Nicht zuletzt ist der Mangel an weiterführenden Schulen auf dem Lande der entscheidende Grund für viele Eltern, ihren Kindern die ihrer Begabung entsprechende Ausbildung zu versagen. Die Tatsache, daß im Landkreis Breisburg Ostern 1965 nur 3,3% der Schulkinder zum Beispiel auf eine Mittelschule überwechselten, kann dadurch erklärt werden, daß es bislang im Landkreis Freiburg (Einwohnerzahl 85 000) nicht eine einzige Mittelschule gab. Viele Eltern halten daher die Errichtung einer Mittelschule für noch vorranglicher als die Errichtung der Nachbarschaftsschulen. Das wurde besonders in den Gemeinden des östlichen Dreisamtales um Kirchzarten deutlich.

Wie sehr sich die Eltern nach dem vorhandenen Angebot an weiterführenden Schulen richten, zeigt deutlich ein Vergleich zwischen Breisach im Landkreis Freiburg und Kollnau im Landkreis Emmendingen. Im Breisach gibt es ein Progymnasium, die Zahl der Gymnasiasten aus dem Breisacher Raum ist erfreulich hoch. Es besucht dagegen kaum ein Schüler des gleichen Gebietes eine Mittelschule, weil die nächste Mittelschule in der Stadt Freiburg liegt. Umgekehrt wurde in Kollnau eine Mittelschule errichtet. Dort ist dann der Anteil der Mittelschüler hoch, während kaum ein Schüler ein Gymnasium besucht. Es liegt auf der Hand, daß in beiden Fällen ein erheblicher Teil der Schüler nicht die seiner Begabung entsprechende weiterführende Schule besucht.

Bis hier ein entscheidender Wandel eintritt, sehen viele Eltern und mit ihnen viele Lehrer die einzige Hoffnung in den Aufbaugymnasien, besonders in solchen Gemeinden, die verkehrungünstig liegen. Hierbei wurde vielfach darauf hingewiesen, daß zwei Aufbaugymnasien (eines für Jungen in Meersburg, eines für Mädchen in Lahr) für den südbadischen Raum nicht ausreichen. Auch wurde starke Kritik an den Aufnahmeverfahren dieser Schulen geübt, die sich nicht nach der Eignung der Schüler, sondern nach der Zahl der vorhandenen Plätze richten.

Neben den staatlichen Aufbaugymnasien bieten sich die privaten Internate an. Allerdings werden hier die Mädchen benachteiligt, da ein großer Teil der katholischen Internate des südbadischen Raumes nur Jungen aufnimmt.

Ein immer wieder lebhaft diskutiertes Thema war die Errichtung der Nachbarschaftsschulen, die künftig ebenfalls als weiterführende Schulen vorgesehen sind. Während der größere Teil der Gemeinde die Errichtung der Nachbarschaftsschulen begrüßt, wurde in einem geringeren Teil der Gemeinden Bedenken bis heftige Kritik gegen die Nachbarschaftsschulen laut. Die Kritik der Bürgermeister und Gemeinderäte richtete sich vielfach dagegen, daß das — oft mit großem Aufwand — neuerrichtete Schulgebäude künftig halb leer stehen solle. Allerdings sah man den Vorteil von Jahrgangsklassen ein.

Andere Bedenken, wie sie zum Beispiel der Bürgermeister der höchstgelegenen Gemeinde im Landkreis Freiburg vorgetragen hat, lauten

- der Höhenunterschied: Es könne dem kindlichen Organismus nicht ein täglicher Höhenunterschied von 1200 m (600 m hinab und wieder hinauf) zugemutet werden.
- Absterben des kulturellen Lebens im Dorf: Die Schüler der 7. und 8. Volksschulklasse bildeten bisher das entscheidende Nachwuchereservoir für Musikkapelle und Gesangsverein im Dorf.
- Entvölkerung der Berggebiete: Wer einmal die Umgebung der größeren Ortschaften und Städte kennengelernt hat, sei über kurz oder lang nicht mehr an der Arbeit und am Leben im Dorf interessiert. Viele wandern dadurch in die Städte ab.

Auffallend an der Diskussion um die Nachbarschaftsschule war jedoch in vielen Gemeinden, daß die Eltern sich unter Zurückstellung rein lokaler Interessen sehr viel mehr für die Nachbarschaftsschulen einsetzten als die Gemeindepolitiker. Für die Eltern stand die bessere Ausbildung der Kinder im Vordergrund. Es dürfte deshalb eine Umfrage bei den Eltern oft ein anderes Ergebnis erbringen als bei den Gemeinderäten.

Ebenso gaben die Vorträge der Studenten konkrete Auskünfte über die finanziellen Fragen, die mit dem Besuch einer weiterführenden Schule verbunden sind. Viele Eltern suchen erst gar nicht nach Möglichkeiten, ihrem Kind eine weiterführende Schulausbildung zukommen zu lassen, weil sie diese mit unüberwindlichen finanziellen Belastungen verbunden glauben. So weiß man weitgehend nicht, daß Schulgeld- und Lernmittelfreiheit besteht, wie man die Ausbildungsbeihilfe nach dem entsprechenden Bundesgesetz („40-DM-Gesetz“) bekommt, daß darüber hinaus eine Begabtenförderung im Lande Baden-Württemberg besteht, was die Fahrtkostenerstattung für Schüler auf auswärtigen Schulen bedeutet, und daß Familien, deren Kinder über das 15. Lebensjahr hinaus zur Schule gehen, weiterhin die vorher gewährten Steuervergünstigungen (Lohn- und Einkommensteuer) genießen.

Haltung der Bürgermeister, Lehrer und Pfarrer

Einen maßgeblichen Einfluß auf die Meinungsbildung am Ort haben Bürgermeister, Lehrer und Pfarrer. Über die Haltung dieser Schlüsselpersonen zu den Bildungsfragen machten die Studenten folgende Erfahrungen:

Die Bürgermeister standen Bildungsfragen und der Aktion meistens positiv gegenüber. In einigen Fällen konnte man hinsichtlich des Informationsgrades Unterschiede zwischen den hauptamtlichen und den ehrenamtlichen Bürgermeistern feststellen. Die letzteren waren kaum besser unterrichtet als die Bevölkerung, außer wenn sich der Lehrer besonders um die Information bemüht hatte.

Die Lehrerschaft setzte sich energisch für die Beseitigung des ländlichen Bildungsdefizites ein. Sie begrüßte lebhaft, daß die Bildungswerbung auch einmal von einer anderen Seite unterstützt werde. Sie zeigte sich durchweg überrascht, wie vertraut die Studenten mit den angesprochenen Problemen waren. Eine gewisse Zurückhaltung in Ausnahmefällen war unter anderem darauf zurückzuführen, daß die Lehrerschaft nicht wie die Bürgermeister und Pfarrer von ihrer übergeordneten Behörde über die Kampagne der Studenten informiert

worden war. Manche Lehrer wußten nicht, wie sie sich den Studenten gegenüber verhalten sollten, umgekehrt bedauerten es andere, daß sie den Informationsvortrag in Ermangelung einer Stellungnahme der Schulbehörde nicht mit einem Elternabend verbinden konnten.

Das Gebiet, das von den Studenten bisher besucht wurde, war überwiegend katholisch. Daher kann im Augenblick nur etwas über die Haltung der katholischen Ortsgeistlichen ausgesagt werden.

Die Stellungnahme der katholischen Geistlichkeit zur Bildungswerbung war unterschiedlich. Auf der einen Seite gab es, vor allem unter der jüngeren Generation der Geistlichen, einen echten Eifer, über die bestehenden Bildungshemmnisse hinwegzuhelfen. Diese Geistlichen setzten sich energisch für die Verbesserung der Schulsituation auf dem Lande ein und zeigten Verständnis für die Errichtung der Nachbarschaftsschulen. Ihr Interesse an der Ausschöpfung der Begabungsreserven auf dem Lande deckt sich in der Regel auch mit guten Kenntnissen über die heutige Bildungssituation.

Eine andere Gruppe von Geistlichen stand anfänglich der Bildungswerbung passiv gegenüber. Soweit sie sich jedoch mit den Fragen des katholischen Bildungsdefizits beschäftigt hatten, zeigten sie ein zunehmendes Interesse an den übrigen Bildungsfragen. Mancher Geistliche, der sich vor einem Vortrag der Studenten noch sehr zurückhaltend gezeigt hatte, setzte sich in der Diskussion für eine Verbesserung der ländlichen Schulsituation ein.

Die dritte Gruppe von Geistlichen, meist der älteren Generation angehörend, sah in dem verstärkten Besuch weiterführender Schulen und in der Errichtung von Nachbarschaftsschulen ausschließlich negative Folgen für die Dorfgemeinschaft. Diese Geistlichen befürchteten, daß durch den Besuch von Schulen außerhalb der Dorfgemeinde die Kinder ihrem Dorf und der festgefügtten dörflichen Lebensweise entfremdet würden und damit auch der Einfluß der Kirche auf die Erziehung der Kinder geschmälert würde. Für sie heißt Ausschöpfung der Begabungsreserven vielfach Überwindung des Priestermangels durch Werbung für den Besuch katholischer Schulen und Internate. Es zeigte sich jedoch in der Diskussion immer wieder, daß diese Haltung nur zu oft auf mangelnde Information über die heutige Schulsituation auf dem Lande und deren Folge zurückzuführen war.

Anregungen und Vorschläge

Die Information über die augenblickliche Lage und die Reformen auf dem gesamten Bildungssektor ist unzureichend, selbst bei Bürgermeistern, Lehrern und Pfarrern, die aus eben diesem Grund die Bevölkerung nicht aktivieren. Es wußten zum Beispiel viele Lehrer nichts Konkretes über die Erziehungsbeihilfen oder den Zweiten Bildungsweg. Auf die ständige aktuelle Unterrichtung gerade der Bürgermeister, Lehrer und Pfarrer müßte gesteigerter Wert gelegt werden, weil es hauptsächlich in ihren Händen liegt, den Besuch weiterführender Schulen durch Landkinder zu beleben.

Die Bildungswerbung der Studenten kann nur eine einmalige Informationsmöglichkeit sein.

Vielfach ist der Wunsch geäußert worden, es in der Bildungswerbung nicht bei einmaligen Veranstaltungen bewenden zu lassen. Darum ist eine intensive Nacharbeit zu wünschen. Hierzu ist die Hilfe der öffentlichen Hand unerlässlich. Folgende Einzelmaßnahmen schlagen wir vor:

- Schautafel: In jeder Schule und in jedem Bürgermeisteramt sollte eine Schautafel mit einer Übersicht über den Ersten und Zweiten Bildungsweg ausgehängt werden.
- Faltblatt: Sämtlichen Eltern sollte ein Faltblatt an die Hand gegeben werden, das sie in kurzer und bündiger Form über die verschiedenen Schultypen des Ersten und Zweiten Bildungsweges unterrichtet.
- Broschüre: Für Lehrer, Bürgermeister und Pfarrer ist eine ausführliche Broschüre empfehlenswert.
- Film: Es wurde von vielen Eltern angeregt, über die verschiedenen Bildungsgänge und die auf sie aufbauenden Berufsmöglichkeiten einen anschaulichen Film zu drehen und diesen in allen Gemeinden zu zeigen. Man verspricht sich von einem Film, auch solche Personen im Ort zu erreichen, die zu Vorträgen und Diskussionen nie erscheinen.
- Bildungsberatung: Neben die Berufsberatung sollte in Zukunft vor allem für die Eltern schulpflichtiger Kinder die Bildungsberatung treten. Diese sollte durch hauptamtliche Pädagogen und Psychologen auf Kreisebene erfolgen.
- Vermerk im Schulzeugnis: Nachdem sich herausgestellt hat, daß die individuelle Beratung der Eltern von seiten der Schule über die Eignung ihres Kindes für eine weiterführende Schule sehr ungleichmäßig in den verschiedenen Gemeinden gehandhabt wird, ist von Lehrern der Vorschlag gemacht worden, in das Zeugnis des 4. Schuljahres einen Vermerk aufzunehmen, für welche weiterführende Schule (Hauptschule, Mittelschule, Gymnasium) der einzelne Schüler geeignet ist. Man erhofft sich hiervon, viele Eltern erst einmal auf den Gedanken zu bringen, daß ihr Kind für einen bestimmten Schultyp geeignet ist.

Erhöhung der Zahl der Landkinder an weiterführenden Schulen

Der Zugang der Landkinder zu weiterführenden Schulen wird maßgebend gehemmt von der augenblicklichen Verkehrssituation. Der Einsatz von Schulbussen würde viele Bedenken von Eltern und auch besonders von Lehrern ausräumen, die in der augenblicklichen Lage vorziehen, die Kinder bis zum Hauptschulabschluß in der Gemeinde zu halten und sie dann, trotz der höheren finanziellen Belastung, in das Aufbaugymnasium zu schicken. Wir möchten zu diesem Punkt anregen, die Erfahrungen des Auslandes mit Schulbussen und Landtaxi eingehend zu prüfen und darüber hinaus abzuwägen, welche Mehrausgaben gegenüber dem augenblicklichen Fahrtkostenausgleich die Schulbusse mit sich bringen würden.

Neben die Argumente, die im letzten Abschnitt aufgeführt wurden, treten noch die Bedenken der Landbevölkerung, ihre Kinder paßten nicht in die Stadtschulen, weil sie sich nur schwer in die neue Umgebung eingewöhnen könnten.

Es würde begrüßt werden, wenn „die Schule aufs Land“ käme. Dort würden den Kindern, die aus der gleichen Schularart (wenig gegliederte Grundschule) und dem gleichen Milieu kommen, bessere Startchancen gegeben als an einer weiterführenden Stadtschule, vor der man die oben erwähnten Bedenken hat. Es käme also darauf an, das ländliche Schulwesen beschleunigt auszubauen.

Die Progymnasien sollten deshalb in verstärktem Maße zu Vollgymnasien ausgebaut werden, soweit möglich mit allen drei Zweigen (neusprachlich, naturwissenschaftlich, humanistisch). Vordringlich erscheint indessen Aufbau von Mittelschulen, von denen im Landkreis Freiburg im Augenblick nicht eine besteht.

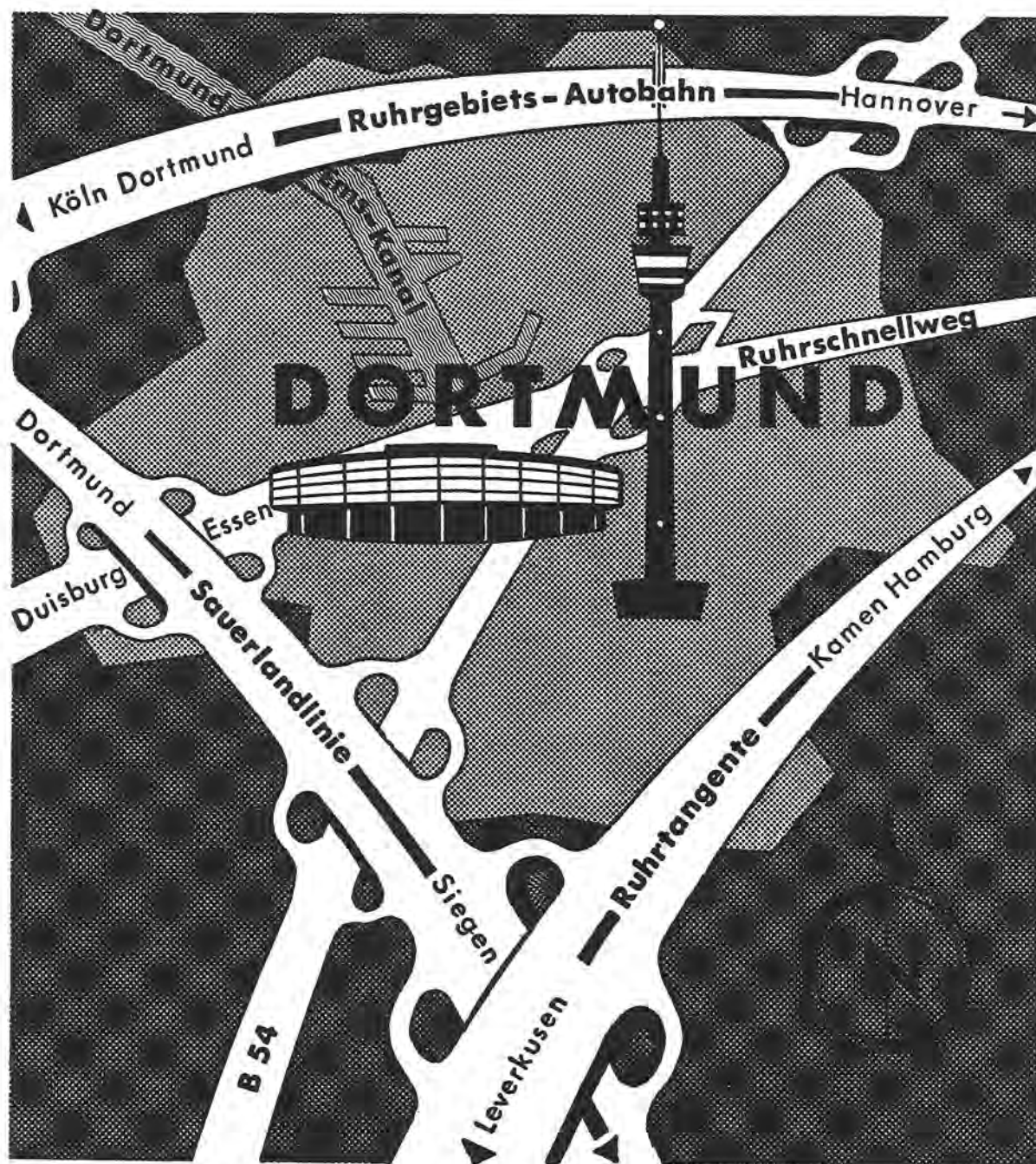
Der Aufbau von Mittelschulen erfordert darüber hinaus, daß der Ausbildung der Mittelschullehrer endlich eine feste Form gegeben wird. Die Aufbaugymnasien, die für viele Landkinder, besonders aus Gebieten mit Streusiedlung, noch auf lange Zeit der beste Weg zu einem weiterführenden Schulabschluß bleiben werden, sollten ausgebaut werden, und zwar sollten sie nicht, wie ihnen häufig vorgeworfen wurde, einseitig auf den Lehrerberuf hinführen. In Räumen, in denen die Errichtung von Gymnasien und Mittelschulen nicht möglich ist, sollte erwogen werden, Aufbauzüge an die Nachbarschaftsschulen anzugliedern.

Mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß die Nachbarschaftsschule, die erst ab dem 5. Schuljahr Jahrgangsklassen führe, nur „ein halber Schritt“ sei, da die Kinder, die für den Besuch von Mittelschulen in Frage kämen, weiterhin die ungegliederte Dorfschule besuchen müßten. Wir möchten deshalb die Anregung weitergeben, die Versuche mit vollausgebauten Landschulen im Ausland und in anderen Bundesländern sorgfältig zu prüfen und selbst einen Versuch mit einer Nachbarschaftsschule vom 1. bis 9. Schuljahr auf dem Lande zu unternehmen. Dieser Wunsch wurde auch von vielen Eltern geäußert. Wir möchten dabei anregen, eine genaue Kalkulation darüber aufzustellen, ob Nachbarschaftsschulen vom ersten bis letzten Schuljahr nicht wirtschaftlicher arbeiten können als das geplante Nebeneinander der als Nachbarschaftsschule geführten Hauptschule und der im Dorf verbleibenden Grundschule (Unterhaltungskosten, Lernmittel, Ausnutzung von Schulbussen usw.).

Für den Augenblick sind ferner Überlegungen darüber anzustellen, wie man die Landkinder, die mit Verkehrsmitteln zu den weiterführenden Schulen fahren, in der Zeit zwischen Unterrichtsschluß und Heimfahrt sinnvoll beschäftigen kann. Das gleiche Problem wird sich in abgeschwächter Form bei dem Einsatz von Schulbussen stellen. Für die Schulen im Freiburger Raum ist vorgeschlagen worden, daß Studienreferendare und Studenten in dieser „toten Zeit“ mit den Fahrschülern in Schulräumen einen Teil der Hausaufgaben erledigen können.

Die Aktion, die die Freiburger Studenten im Augenblick durchführen, hat sich als notwendig erwiesen, um die Landbevölkerung über Bildungsfragen und alle damit verbundenen Probleme zu informieren, sie auf die geplanten Reformen zum Ausbau des Schulwesens aufmerksam zu machen und sie zu eigener Initiative auf dem für sie so wichtigen Gebiet anzuregen.

Im Zentrum schneller Straßen



Dortmund hat bereits vor vielen Jahren als Handelsstadt seinen wirtschaftlichen Aufstieg durch seine Lage inmitten günstiger Verkehrsverbindungen begründet.

Doch wird Dortmund mit der Fertigstellung der „Sauerlandlinie“ an 3 Autobahnlinien liegen — eine selten günstige Verkehrslage.

Dortmunds Wirtschaft wird davon Gewinn haben.

Aber Dortmund, das als Bildungs- und Ausbildungszentrum immer mehr an Bedeutung gewinnt, wird durch diese günstige Verkehrslage für viele junge Menschen in seiner näheren und weiteren Umgebung erreichbar sein. Vom Schulkindergarten bis zur Universität, von der Laienspielbühne bis zum weithin bekannten Theater, das am 1. März diesen Jahres im modernen „Großen Haus“ eine neue Wirkungsstätte erhielt, von der Vorortsbibliothek bis zur großen zentralen Volksbücherei und Stadt- und Landesbibliothek bietet Dortmund alles das, was man von einer modernen Universitätsstadt erwartet.

Höhere Bildung — bessere Zukunft

Versuche zur Bildungswerbung

Ein Bericht von Prof. Dr. Hitpass

Die Analyse unserer bundesdeutschen Gegenwart unter dem Aspekt von Bildung und Ausbildung sowie der Vergleich mit unseren Nachbarn in West und Ost auf diesem Sektor lassen erkennen, daß wir zur Bewältigung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben immer mehr und immer besser gebildeter Menschen bedürfen.

Die anhaltende Diskussion um die Ausschöpfung und Pflege aller im Volke vorhandenen Begabungen und die dadurch bedingte Umstrukturierung unseres Schulwesens von der Volksschule bis hinauf in unsere Hohen Schulen haben u. a. dazu geführt, daß man sich mehr und mehr um eine Versachlichung des Bildungsbegriffes bemüht. D. h., es wird eine Verschiebung des Bildungsdenkens von einer rein wertbezogenen zu einer auch zweckgebundenen Einstellung spürbar. So ist es heute nicht mehr befremdlich, Bildung auch unter wirtschaftlichem Aspekt zu betrachten und Begriffe wie Ökonomie, Angebot und Nachfrage, Investition, Planung usw. in das Vokabular, das im Raum der Bildung die Akzente setzt, aufzunehmen.

Mithin kann es als eine ganz natürliche Entwicklung angesehen werden, wenn man sich nun anschickt, auch Werbung für Bildung zu betreiben. Nach KROPFF kann Werbung definiert werden als „Ökonomisches, sozialpsychologisches und soziales Phänomen, die planmäßige Beeinflussung eines Einzelnen oder einer Vielzahl von Menschen (Schicht, Gruppe) zur Erreichung der freiwilligen Annahme eines Angebots von Waren oder Dienstleistungen sowie zur Verbreitung von nützlichen Ideen für die Allgemeinheit vorzunehmen“.

Voraussetzung jeder Art von Werbung für Waren oder Dienstleistungen oder Institutionen (hier Bildungseinrichtungen) sollte der Nutzen (ideeller und materieller Art) sein, den der potentielle Konsument (hier Bildungswillige) mit dem Angebot verbinden kann.

Da Bildung heute und in Zukunft sowohl für den einzelnen als auch für die Allgemeinheit zur Voraussetzung für eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit der immer komplizierter werdenden Sachwelt wird, ist eine Werbung für Bildung nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig.

Dies umso mehr, als sich für unsere demokratische Staatsform eine zwangsweise, dirigistische Aushebung von begabten Kindern aus den dem Bildungsgeschehen distanziert

gegenüberstehenden Familien verbietet. Aufgabe und Verpflichtung des Staates kann lediglich darin gesehen werden, Angebote zu schaffen und Chancen zu eröffnen.

Ziel der Bildungswerbung sollte also sein, den Bevölkerungskreisen, die einer gehobenen Bildung ihrer befähigten Kinder mit Vorbehalten begegnen, in gediegener Form die Vorteile und die Notwendigkeit von Bildung sowohl für den einzelnen als auch für unser Gemeinwesen nahezubringen und sie dadurch zu bewegen, ihre Kinder zunächst in eine weiterführende Schule und später auf die Universität zu schicken.

Seit geraumer Zeit werden die größtmöglichen Anstrengungen darauf gerichtet, den Anteil der Abiturienten und Studienanfänger pro Geburtsjahrgang anzuheben. Wenngleich der Prozentsatz derer, die das Gymnasium mit der Hochschulreife verlassen, im Bundesdurchschnitt bei 7,4 Prozent liegt, so erlangen in den westlichen und östlichen Nachbarländern etwa zwei- bis dreimal so viel junge Menschen eine Hochschulreife. Bei uns hingegen wird mit Sorge beobachtet, daß die Anzahl der Anmeldungen für die weiterführenden Schulen stagniert oder gar zurückgeht.

Der erste und zweifellos gewichtigste Ansatz für Werbemaßnahmen muß daher in einer Aktion „Mehr Kinder auf weiterführende Schulen“ gesehen werden.

Die einzige bisher (im Manuskript) vorliegende Arbeit zur Bildungswerbung wurde von der „AKTION GEMEINSINN“ der LINTAS G.m.b.H., Hamburg, mit dem Thema „Die Stärkung des Bildungswillens als Aufgabe aller Staatsbürger“ in Auftrag gegeben, wobei die LINTAS in ihrem Ansatz von der Annahme ausgeht, daß die anzusprechende Zielgruppe Eltern von in der Ausbildung befindlichen bzw. zur Ausbildung anstehender Kinder sein sollten.

So stützt sich die von dieser Werbeagentur entwickelte Konzeption auf zwei Gruppendiskussionen mit jeweils 5 Elternpaaren, die Kinder zwischen 12 und 18 Jahren haben und auf zwei Gruppendiskussionen mit 7 weiblichen bzw. 8 männlichen Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren, die bereits im Beruf stehen. Fazit der Analyse: Das Wort „Bildung“ wird in der Bildungswerbung nicht gut ankommen. Deshalb wurde es in der Kampagne möglichst ausgespart und die Maßnahmen unter den Slogan „Schick Dein Kind länger auf bessere Schulen“ gestellt.

Danach wurden u.a. folgende Werbemittel erstellt: Inserate für Tageszeitungen und Illustrierte, Funkdurchsagen in Form von Kurzdialogen sowie eine umfangreiche Broschüre. Dem „Jahresbericht 1965“ der AKTION GEMEINSINN kann entnommen werden, welche Aufwendungen finanzieller Art für die Kampagne aufgebracht und welche Interessenten erreicht worden sind. Die Tabellen 5 und 6 auf Seite 29 sind dem Bericht entnommen.

Der Wert dieser Aktion ist wohl in erster Linie darin zu sehen, daß sie dazu beitragen wird, die Diskussion um Bildungsprobleme in unserer Zeit ganz allgemein wach zu halten und neue Impulse zu setzen.

Bei einer kritischen Würdigung der Kampagne muß jedoch auch festgestellt werden, daß mit dem Werbeaufwand von DM 3 631 211,— primär die Bevölkerungsschichten erreicht worden sind, die sich ohnehin durch hohe „Bildungswilligkeit“ — ausgewiesen durch den überproportional großen Anteil ihrer Kinder an der Schülerschaft weiterführender Schulen — auszeichnen, während die Bevölkerungskreise, deren Merkmal „Bildungsdistanz“ ist (Arbeiter und Bauern) nur zu einem geringen Teil angesprochen werden konnten. Neben diesen Maßnahmen der Aktion Gemeinsinn sind vor allem die Bemühungen der Studentenschaft der Universität Freiburg mit ihrer Bildungswerbungskampagne „Student aufs Land“ bekannt geworden.

Einem Zwischenbericht des AStA ist zu entnehmen, daß die Studenten durch Vorträge und Diskussionen zumindest eine Herabminderung der Informationsdistanz über Bildungsprobleme und den Anreiz zur Eigeninitiative bei Landwirten und vom Lande auspendelnden Industriearbeitern erreicht haben.

Ein eigenes Modell zur Bildungswerbung geht auf einen Forschungsauftrag des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen, Herrn Prof. Dr. P. Mikat, zurück.

Da die Voraussetzung für eine erfolgreiche, durch Messung zu kontrollierende Werbung die genaue Beschreibung des Personenkreises (Zielgruppe) ist, der mit den Werbemaßnahmen erreicht werden soll sowie die Erhellung der Faktoren, die im Erleben dieser

Fortsetzung Seite 28



Fortsetzung

Bevölkerungsschichten im Zusammenhang mit dem Bildungsgeschehen ihrer Kinder bedeutsam sind, damit vorhandene — auf rationaler, emotionaler oder unbewußter Basis ruhende — Vorbehalte durch entsprechende Werbemaßnahmen neutralisiert und in Bereitschaften umgewandelt werden können, sind zunächst 1 741 Mädchen und Jungen einer Industriegroßstadt und 1 222 Mädchen und Jungen aus wenig gegliederten Landschulen Nordrhein-Westfalens mit einem äußerst strengen, empirisch erprobten Maßstab auf ihre Oberschulfähigkeit untersucht worden. Ergebnis: 20 Prozent bis 25 Prozent aller Oberschulfähigen Stadtkinder und 5 Prozent aller Oberschulfähigen Landkinder verbleiben trotz vorhandener Befähigung in der Volksschule.

Diese zur Begabungsreserve zu zählenden Kinder stammen fast ausnahmslos aus Arbeiter- und Bauernfamilien. Damit sind die Zielgruppen, die es mit den Werbemaßnahmen zu erreichen gilt, klar umschrieben: Arbeiter und Bauern.

In einem zweiten Untersuchungsgang sind sodann 179 Eltern aus diesen Gruppen, die ihr nachgewiesenermaßen begabtes Kind nicht in eine weiterführende Schulform eingeschult und 172 Eltern derselben Schichten, die ein oder mehrere Kinder einem gehobenen Bildungsweg zugeführt hatten, in eine motivanalytische Untersuchung einbezogen worden, die in 1½- bis 2stündigen Einzelgesprächen zu klären suchte, welche Faktoren auf höhere Bildung ihrer Kinder hemmend oder fördernd wirkten.

Die Tabellen 1 bis 4 auf Seite 29 geben die Ergebnisse wieder, wobei die Rangordnung auf das Gewicht der Faktoren zurückgeht.

Es fällt auf, daß die so oft apostrophierte „Bildungsunwilligkeit“ bei Industriearbeitern in der Stadt und bei Bauern bzw. auf dem Lande lebenden Arbeitern erst an letzter Stelle rangiert, während eine latent vorhandene Bildungsbereitschaft vornehmlich durch innere Unsicherheit beeinträchtigt wird.

Hinzu kommt, daß die Distanz zu Bildungsfragen innerhalb dieser Bevölkerungsschichten auf eine gewisse Motivarmut zurückgeht, weil in den allermeisten Fällen in der gesamten Familiengeschichte kein Bezug zu gehobener Bildung besteht und somit keine Erfahrungswerte zur Verfügung stehen.

Dennoch zollt ein nicht unbeträchtlicher Teil der Industriearbeiter unserer Stichprobe der Bildung als Selbstwert Anerkennung. Es überwiegen jedoch Überlegungen mehr pragmatischer Zielsetzungen, die davon ausgehen, daß der Gebildete in der Zukunft einfach mehr Chancen haben wird.

Der Begriff Bildung ist keineswegs mit Resentiments besetzt, sondern weckt Assoziationen, die in folgende Richtung laufen:

Höhere Bildung — bessere Zukunft,

Bildung — die Chance für Dein Kind,

Höhere Bildung — Aufstieg und Sicherheit,

Bildung ist die beste Kapitalanlage.

Insgesamt kann gesagt werden, daß das Umfeld Bildung in den Zielgruppen durchaus positiv besetzt ist und die Verwendung dieses Begriffes in Werbemitteln geradezu geboten erscheint.

Nach Analyse aller Ergebnisse und der Erfahrungen, die im persönlichen Kontakt mit den Versuchspersonen der Zielgruppen gemacht werden konnten, sind inzwischen zwei Werbemittel produziert worden, die innerhalb eines Modellversuchs in den direkten Einsatz gelangen werden: ein Film und eine Broschüre.

Das Schwergewicht liegt in beiden Werbemitteln im Aufweis der Notwendigkeit gehobener Bildung für die Bewältigung der Zukunft (als Motivierungshilfe) und im Abbau der Angst vor dem Wagnis Bildung (zur Beseitigung der Milieusperre).

Der Film „HÖHERE BILDUNG — BESSERE ZUKUNFT“ ist in Zusammenarbeit mit der PETER-VON-ZAHN-FILMPRODUKTION hergestellt worden und hat eine Laufzeit von 20 Minuten. Er wendet sich in der Form von Spielhandlung und Dokumentation an die Industriearbeiterschaft.

Ein weiterer Film, der soeben — wiederum mit Peter von Zahn — in die Produktion gegangen ist, wird die Verhältnisse auf dem Lande zum Gegenstand haben.

Der Film „HÖHERE BILDUNG — BESSERE ZUKUNFT“ und die Broschüre „ELTERN — NUTZT DIE CHANCE FÜR EURE KINDER“

werden im Herbst dieses Jahres nach einem direkten Einsatz einer Erfolgskontrolle unterzogen.

Die Broschüre wird an die Eltern des 4. und 5. Schuljahres in zwei Industriegroßstädten des Ruhrgebiets verteilt. Derselben Gruppe wird auf Eltern-(beratungs)-abenden innerhalb der Volksschule ihres Kindes auch der Film vorgeführt. Die Anmeldequoten an den weiterführenden Schulen dieser beiden Städte im Vergleich mit den Übergangszahlen zweier ähnlich strukturierter Städte des Ruhrgebiets, in denen jedoch keine Werbemaßnahmen erfolgt sind, können sodann als Kriterium für den Erfolg dieser Art von Bildungswerbung herangezogen werden.

Nach Auswertung der Bewährungskontrolle werden die Maßnahmen auf das Land NRW ausgedehnt.

Neben der hier in Umrissen dargestellten Konzeption zu der Aktion „Mehr Kinder auf weiterführende Schulen“, die nach etwa 2jährigen Vorbereitungsarbeiten erstellt werden konnte, sind weitere Arbeiten zur Grundlagenforschung, aus denen wiederum Werbemaßnahmen entwickelt werden, angelaufen. So hat eine Erhebung die Gründe für den Studienabbruch weiblicher und männlicher Studenten in NRW zum Gegenstand. Hier ist in einer Totalerhebung (N-7 100) der gesamte Immatrikulationsjahrgang 1958 erfaßt worden.

Nach einer Verlaufsanalyse des Studienschicksals dieses Jahrgangs über 16 Semester werden solche Werbemaßnahmen erarbeitet und durchgeführt, welche die unverhältnismäßig hohe Anzahl von Studienabbrüchen — die nach dem jetzigen Stand der Untersuchung bei etwa 50 Prozent zu liegen scheint — aufzufangen vermögen, damit die dringend notwendigen akademischen Nachwuchskräfte erhalten und Fehlinvestitionen vermieden werden können.

Außerdem wird eine Trendanalyse durchgeführt, die sich der Entwicklung der Studienziele der Immatrikulationsjahrgänge 1958, 1960, 1962, 1964 und 1966 zuwendet, um im Zusammenhang mit einer Motivuntersuchung über „Das Image akademischer Berufe“ an Abiturienten und Studenten des Landes Nordrhein-Westfalen auf weiblicher Basis mit Blick auf das Jahr 1980 für das Gleichgewicht von „Angebot und Nachfrage“, das ja nicht durch eine staatliche Studienreglementierung herbeigeführt werden kann, Sorge zu tragen.

Hemmend

1. Angst vor physischer und psychischer Überforderung der Kinder
2. Minderwertigkeitsgefühle
3. Egoismus und Gleichgültigkeit

Fördernd

1. Sicherheitsbedürfnis
2. Aufstiegswille
3. Streben nach besserer Zukunft der Kinder

1

Äußere Faktoren, die sich bei den Eltern

begabter Bauernkinder für die Wahl oder Ablehnung gehobener Bildung als hemmend oder fördernd erweisen

Hemmend

1. Mangelnde Bildungsmöglichkeit wegen räumlicher Ferne höherer Bildungseinrichtungen
2. Finanzielles

Fördernd

1. Information über Begabung des Kindes durch den Lehrer
2. Rat und Vorbild von Verwandten und Freunden

2

Äußere Faktoren, die sich bei den Eltern

begabter Arbeiterkinder für die Wahl oder Ablehnung gehobener Bildung als hemmend oder fördernd erweisen

Hemmend

1. Mangel an Information über Begabung und Bildungschancen der Kinder
2. Milieu
3. Finanzielles
4. Anspruch auf Konsum

Fördernd

1. Information über Begabung und Bildungschancen der Kinder
2. Verzicht auf Konsum

3

Innere Faktoren, die sich bei den Eltern

begabter Arbeiterkinder für die Wahl oder Ablehnung gehobener Bildung als hemmend oder fördernd erweisen

Hemmend

1. Angst vor dem Wagnis Bildung
2. Mangel an Selbstvertrauen und Unterschätzung des Leistungsvermögens ihrer Kinder
3. Furcht vor Blamage
4. Bildungsunwilligkeit

Fördernd

1. Aufstiegswille, Streben nach Geltung und Prestige durch Bildung
2. Anerkennung der Bildung als Selbstwert
3. Bemühen, den Kindern durch Bildung bessere, angenehmere Lebensbedingungen zu schaffen
4. Einsicht, daß Bildung Sicherheit bedeutet

4

Relation der Kupon-Bestellungen zu der Personenzahl in den einzelnen Berufsgruppen

	Berufsstruktur der Kupon- Einsender	Berufsstruktur laut Statistischem Jahrbuch 1963		Berufsstruktur der Kupon- Einsender	Berufsstruktur laut Statistischem Jahrbuch 1963
Akademiker, Gruppe I	11,1%	2,2%	Ingenieure und technische		
Akademiker, Gruppe II			Angestellte, ausgenommen		
(Lehrberufe)	8,8%	0,6%	Diplom-Ingenieure	8,2%	0,1%
Beamte des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes,			Handwerker, Facharbeiter	16,5%	31,2%
Verwaltungsangestellte	10,3%	3,0%	Ungelernte Arbeiter	1,5%	3,0%
Kaufmännische Angestellte			Landwirte	1,1%	2,9%
(davon leitende			Hausfrauen	12,8%	25,4%
Angestellte 2,4%)	22,0%	0,9%	Verschiedene Berufe	5,7%	4,8%
Selbständige Kaufleute	2,0%	6,0%		100,0%	

5

Werbeleistungen in Zahlen (vom 8. 3. 1965 bis 7. 3. 1966)

Anzeigen in:

Publikumszeitschriften	DM 799 687,—
Tages- und Wochenzeitungen	DM 2 458 466,—
Fachzeitschriften	DM 125 298,—
Werbefunksendungen	DM 10 840,—
Leistungen	
der Werbeagentur	DM 175 000,—
Graphische Betriebe	DM 15 000,—
Spenden der Wirtschaft	
für Druck, Porto und Versand	
von Schulbroschüren	DM 45 000,—
Verschiedenes	DM 1 920,—
Gesamtleistungen	DM 3 631 211,—

6

Handelsblatt

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG · VEREINIGT MIT
Deutsche Zeitung

Vorzugspreis für Studierende

DM 4,50 bei freier Zustellung an Studien- bzw. Ferienadresse.
Auf Wunsch kostenlose Probeflieferung.

VERLAG HANDELSBLATT · DÜSSELDORF

Wir	betreiben	Bankgeschäfte jeder Art, unter anderem
	nehmen	Gelder als Einlagen herein
	gewähren	Kredite in jeder Form
	erledigen	Börsenaufträge an in- und ausländischen Börsen
	verkaufen	Anteile der
		ALLFONDS, Gesellschaft für Investmentanlagen m. b. H., München
		ADIG, Allgemeine Deutsche Investmentgesellschaft
		m. b. H., München
verwahren und verwalten		Wertpapiere
	beraten	in allen Vermögensfragen
kaufen und verkaufen		Gold und Reisezahlungsmittel
	bieten	unseren Kunden
		Schließfächer, Stahlkammern, Nachttresoranlagen und . . .
		einen modernen Autoschalter
halten Kontakt		mit allen führenden Banken der Welt
		Darum ein Bankkonto für Sie bei der

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstraße

Westfalenbank
Aktiengesellschaft

Bochum · Huestraße 21-25

Zweigstelle
Ruhrpark-Einkaufszentrum
am Ruhrschnellweg



Durst löscht man mit **Schlegel Bier**

**Auch die Studenten der Ruhr-Universität
Bochum werden schnell erkennen, daß
dieser edle, würzige Gerstentrunk nicht
nur gut schmeckt sondern anregt und
sehr bekömmlich ist.**

... ergo bibamus **Schlegel**

**SCHLEGEL-SCHARPENSEEL-BRAUEREI AG
BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN**

Etwas vorsichtiger als die Gewerkschaften

Der „ruhr-student“ unterhielt sich mit Josef A. J. Simons, dem Sprecher der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens

ruhr-student:

Erschreckende Meldungen gingen in der letzten Zeit durch die Presse: es fehlt trotz oder wegen der Bergbaukrise akademischer Nachwuchs für den Bergbau, es fehlen Chemiker, in fast allen Industriezweigen klagt man über zu wenig Akademiker. Ist das tatsächlich so?

Simons:

Sicherlich benötigt die Industrie und die gesamte Wirtschaft noch mehr Akademiker als bisher, d. h. es besteht akademischer Nachwuchsmangel. Ein typisches Beispiel ist es, daß der Bergbau — von dem man heute sagt, er sei in einem Schrumpfungsprozeß — gleichzeitig akademischen Nachwuchs mehr braucht als je. Zur Zeit studieren an den Bergbauakademien in Berlin, Clausthal und Aachen nur 32 Studenten.

ruhr-student:

Wer soll es einem Abiturienten verdenken, wenn er sich im Zeichen der Kohlenkrise nicht für das Bergbaustudium entschließt?

Simons:

Das stimmt natürlich. Der Student will ja einen Beruf erlernen, der Zukunft hat. Aber ich glaube, hier hat eine gewisse Presse sensationell und emotionell Entwicklungstendenzen aufgezeigt, die die wirkliche Entwicklung übertreiben. Dadurch wurde bei den Studenten eine Auffassung hervorgerufen, die einfach nicht der wirklichen Lage im Bergbau entspricht.

ruhr-student:

Gibt es Zahlen, die aussagen, wieviel Nachwuchs in welchen Industriezweigen benötigt wird? Gibt es also eine Art Berufsforschung?

Simons:

Nein, die gibt es nicht. Darüber ist niemand unglücklicher als die Industrie und die Wirtschaft selbst. Alle Untersuchungen, die wir in der Bundesrepublik haben, krankten daran,

daß wir im Bund keine zentrale Stelle haben, die wissenschaftliche Berufsforschung für alle Berufe betreibt.

ruhr-student:

Könnten Sie den Begriff „Berufsforschung“ definieren?

Simons:

Die Berufsforschung ist eine Wissenschaft, die feststellt, welche Berufe in den nächsten Jahren gefragt und benötigt werden unter Berücksichtigung der Veränderung in diesen Industrie- und Wirtschaftsbereichen.

ruhr-student:

Gibt es Beispiele für diese Wissenschaft?

Simons:

Ja, wir haben in Frankreich das bureau universitaire an der Sorbonne. Das ist ein statistisches Büro, das nur für Akademikernachwuchs die Zahlen erfaßt. Hier wird u. a. festgestellt, was für ein Bedarf bei den Unternehmungen aller Größenordnungen vorhanden ist. Gleichzeitig wird wissenschaftliche Forschungsarbeit betrieben, d. h. es wird untersucht, welchen Bedarf die Wirtschaft in den nächsten Jahren hat. Diese Ergebnisse gehen auch an die Gymnasien in Frankreich.

ruhr-student:

Es ist ja gut und schön, wenn man weiß, welche Berufe gefragt sind. Aber wie soll man einen Abiturienten dazu bringen, daß er z. B. Chemie studiert? Wir meinen das Problem einer eventuellen Berufslenkung.

Simons:

Es gibt da zwei Dinge. Einmal gibt es ja so eine gewisse modische Strömung. Es hat sich gezeigt, daß sich diese Strömung mit dem Bedarf der Wirtschaft deckt. Ich will jetzt nicht in „Laissez-faire“ machen, wir brauchen natürlich eine Beobachtung und als Folge der Beobachtung natürlich Hinweise. Meinetwegen sagen Sie Lenkung. Wichtig ist aber die Freiheit der Entscheidung bei dem Abiturienten.

ruhr-student:

Wie soll das in der Praxis aussehen?

Simons:

Ich glaube, daß eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaft und der Schule durchaus für den Abiturienten von Vorteil wäre. Aber es gibt natürlich keine Möglichkeit, den Abiturienten in irgendeiner Form zu zwingen. Ich bin auch dagegen, mit sehr hohen Gehältern und Sicherungsmöglichkeiten Werbung zu treiben. Denn an erster Stelle muß natürlich das altmodische Wort „Berufung“ stehen.

ruhr-student:

Könnte man nicht einen gewissen Reiz dadurch ausüben, daß die Industrie Stipendien für Studiengänge ausschüttet, die wichtig für sie sind?

Simons:

Wahrscheinlich wäre die Industrie am besten in der Lage, Stipendien auszuschütten, der es sehr gut geht. Das muß nicht immer der Zweig sein, der auch gleichzeitig den größten Bedarf hat.

Daß, was wir möchten, ist eine natürliche Regelung der Berufswünsche, der eine Beratung vorausgeht, um danach die freie Wahl herrschen zu lassen. Dazu bedarf es aber Analysen der Berufsforschung. Diese Analyse müßte zugänglich sein für den Interessenten, für den Studenten selber und für die Schule und zwar für die Lehrer und nicht etwa für das schwarze Brett, damit die Lehrer die Schüler beraten können.

Die Ausbildungsinstitute müßten so eingerichtet werden, daß dort, wo auf Jahre hinaus besonderer Bedarf besteht Schwerpunkte gebildet werden. Schließlich möchten wir gern, daß auch für den Zweiten Bildungsweg Möglichkeiten geschaffen werden, die dem zukünftigen Studenten die Sicherheit gibt, daß er in seinem gewählten Beruf später auch arbeiten kann.

ruhr-student:

Wo ist denn der Nachwuchsmangel am akutesten? Kann man das sagen?

Simons:

Nein, leider nicht. Einige Werke, z. B. die Firmen Krupp und Siemens haben zwar solche Untersuchungen durchgeführt. Aber die Betriebe wollen natürlich auf diesem Gebiete ihre Freiheit behalten, daher wollen sie auch nicht ihre Anforderungen preisgeben. Damit würden sie nämlich den anderen Firmen zu deutlich zeigen, wie sie ihre innerbetriebliche Entwicklung selber sehen.

ruhr-student:

Das Zentrale Institut für Berufsforschung, das Sie fordern, steht doch vor der gleichen Schwierigkeit. Die Betriebe würden doch auch einer solchen Stelle ihre Zahlen nicht geben?

Simons:

Ich glaube doch. Wir haben auf verschiedenen anderen Gebieten Körperschaften des öffentlichen Rechts, die die Möglichkeit ha-

Fortsetzung Seite 32



Fortsetzung

ben, diese Zahlen anzufordern. Wenn sich da eine Firma versagen würde, dann wäre sie ja nachher die Leidtragende.

ruhr-student:

Unter diesem Gesichtspunkt ist es wohl auch nicht möglich, daß die Industrie von sich aus ein solches Institut einrichtet und finanziert?

Simons:

Das ist keine Frage der Finanzierung, sondern eine Frage unserer Organisationsstruktur. Bei der hundertprozentigen Freiwilligkeit bei uns haben wir nicht das Recht, diese Zahlen von unseren Firmen zu erfahren.

ruhr-student:

Noch einmal zum Nachwuchsproblem direkt. Es scheint doch so zu sein, daß nicht nur Mangel herrscht, scheinbar gibt es in anderen Zweigen Überfluß, wenn man den Pressemeldungen der verschiedenen Berufsverbände Glauben schenken darf.

Simons:

Da gibt es doch gewisse Zweckmeldungen. Wenn es z. B. nach dem Hartmannbund, der Ärzteorganisation, geht, dann sind viel zu viel Medizinstudenten da. Wenn es nach den Untersuchungen der Krankenkassenanstalten geht, dann sind zu wenig Ärzte da. Die Medizinische Wochenschrift hat festgestellt, daß bis 1975 93 000 Ärzte zu wenig da sind. Hier muß man also ganz klar unterscheiden, inwieweit solche Dinge Zweckmeldungen sind.

ruhr-student:

Welches Interesse könnten denn die Berufsverbände daran haben, solche Zweckmeldungen herauszugeben?

Simons:

Man möchte natürlich das Angebot relativ gering halten, um sich so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Berufsverbände handeln genauso wie die Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt.

An diesen Zweckmeldungen sieht man natürlich wieder die Wichtigkeit einer zentralen Berufsforschung.

ruhr-student:

Gut, die Berufsforschung ist ja praktisch nur ein Teilgebiet der Bildungsökonomie, der Bildungsplanung.

Simons:

Das Wort „Planung“ ist ja immer gefährlich. Aber wir wissen von anderen Staaten in Ost und West, daß dort mit Erfolg solche Planung

durchgeführt wird. Aber wir scheuen natürlich diese Planung etwas aus der Nazizeit. Wir möchten beim Menschen, der seinen Beruf wählt, eine gewisse Freiheit haben.

Aber die Planung von Universitäten und Schulen ist die Grundvoraussetzung. Die Industrie bejaht diese Art Planung daher hundertprozentig.

Die Industrie hat ja immer wieder kritisiert, daß wir zu wenig Schulen haben, daß wir zu wenig Universitäten und vor allem unmoderne Universitäten haben. Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß wir gerade mit modernen Professoren und auch mit den Aussagen der Studentenvertreter und studentischen Körperschaften übereinstimmen.

ruhr-student:

Nach allem, was Sie, Herr Simons, bisher sagten, haben Sie konkrete Vorstellungen über die Bildungspolitik in Ihrem Bereich. Weshalb engagieren Sie sich eigentlich nicht mehr auf der bildungspolitischen Ebene?

Simons:

Das hängt weniger mit dem Engagement als mit einer gewissen Bescheidenheit zusammen. Es geschieht auf diesem Gebiet sehr, sehr viel, nur liegt es an unserer Organisationsstruktur, daß das bei uns auf fachlicher und lokaler Ebene geschieht. Zentral geben wir lediglich Empfehlungen.

Die Arbeitgeberverbände haben einen sehr engen Kontakt zu den Schulen und Hochschulen. Wir hoffen auch von der Ruhr-Universität, daß wir in einen sehr engen Kontakt kommen.

ruhr-student:

Die Bildung und Wissenschaft benötigt doch dringend Lobby. Deswegen könnten wir uns vorstellen, daß sich kulturpolitisch Engagierte freuen würden, wenn einmal eine Schlagzeile in der Zeitung stehen würde: „Arbeitgeberverband fordert bessere Schulen!“

Simons:

Seit 15 Jahren beklagen sich die Arbeitgeberverbände und die Industrie- und Handelskammern aufgrund der Gesellen- und Meisterprüfungen sehr oft über den Ausbildungsstand der jungen Menschen. Wir stellen auch fest, daß die Studenten durchaus nicht immer den Ansprüchen der Wirtschaft genügen.

Die Industrie muß aber auf diesem Gebiet etwas vorsichtiger sein als z. B. die Gewerkschaft. In dem Augenblick, wo die Industrie fordert, muß sie auch von sich aus praktikable Lösungen vorschlagen. Die Gewerkschaft ist in der wunderbaren Lage, zu fordern und die Erfüllung dieser Forderung vom Staat und Wirtschaft einfach zu erwarten.

ruhr-student:

Kann das die Industrie nicht auch?

Simons:

Nur bedingt. Denn sie würde sofort vom Staat auf Selbsthilfe zurückverwiesen werden.

ruhr-student:

Der Staat wendet sich ja auch an die Industrie. Prof. Mikat hat jetzt in seiner Denkschrift zur Kulturpolitik einen interessanten Gedanken geäußert: Die Industrie solle sich an den Universitätsbauten beteiligen. Sehen Sie dort Möglichkeiten für ein praktisches Engagement der Industrie?

Simons:

Im Grundsatz möchte ich die Vorstellung des Herrn Kultusminister bejahen. Aber für eine praktische Lösung hat der Kultusminister bisher noch keine Vorschläge gemacht. Es sind auch noch keine Gespräche mit Vertretern der Industrie geführt worden. Dieser Vorschlag ist mehr einer dieser bewunderswerten und anerkannten Ideen, die immer eine gewisse Zeit brauchen bis sie in die Praxis umgesetzt werden.

ruhr-student:

Das Grundübel des Nachwuchsmangels in der Industrie — um darauf abschließend noch einmal zurückzukommen — ist doch wohl der Mangel an Studenten?

Simons:

Ja, wir brauchen unbedingt mehr Studenten und wahrscheinlich mehr Universitäten, die differenziert auf den Beruf vorbereiten. Damit will ich mich nicht gegen die große Aufgabe der Universität, die eine universale Bildung vermitteln will, wenden.

ruhr-student:

Können wir die Universalbildung im Zeitalter der Berufsausbildung an den Hochschulen noch aufrecht erhalten?

Simons:

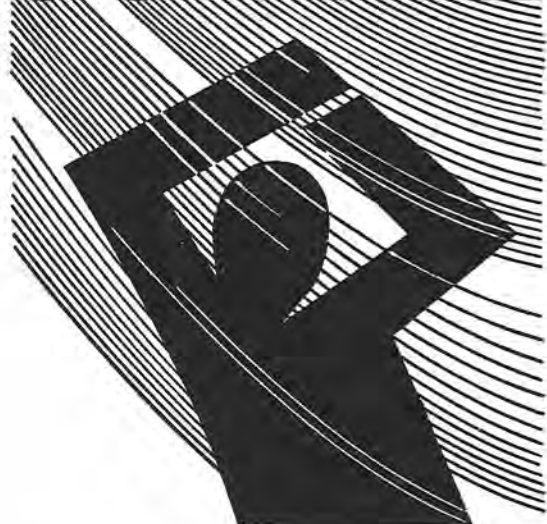
Bitte sehen Sie jetzt meine Antwort nicht als ein schwächliches Ausweichen an. Ich glaube nämlich, daß beides möglich sein muß. Ich sehe das nämlich vom jungen Menschen selber.

Es gibt sicher viele Damen und Herren, die in erster Linie den Wunsch nach einer Berufsausbildung haben. Das muß die Universität ihnen anbieten und auch garantieren. Gleichzeitig sollte man aber auch ein Studium generale anbieten.

ruhr-student:

Danke sehr, Herr Simons.

SCHUTZ



muß man haben

wenn man vorankommen will. Das beruhigende Gefühl, gegen unerwartete Schicksalsschläge abgeschirmt zu sein, gibt Kraft. Und Sicherheit. Tüchtige Menschen riskieren gern etwas. Aber niemals Dinge, die sie umwerfen können. Die für zwei Schultern zu schwer wären. Das ist der Sinn des Versicherungsschutzes: Verteilung des Risikos auf viele Menschen.

Beim DEUTSCHEN RING sind es Millionen, die hier ihren Schutz gesucht und gefunden haben. Gegen die Gefahren, die ihrer Existenz drohen. Heute, morgen, übermorgen.



DEUTSCHER RING

Lebens-, Renten-, Kranken- und Sachversicherungen

Unser **Sondertarif für Studierende** bietet für nur 7,50 DM Monatsbeitrag einen umfangreichen Schutz gegen Krankheitskosten. Garantierte Beitragsrückgewähr von drei Monatsbeiträgen bei Nichtinanspruchnahme von Leistungen im Kalenderjahr.

Auskunft durch **Deutscher Ring** in

Bochum: Kortumstraße 17, Ruf 6 13 54/55

Dortmund: Mönchwordt 5, Ruf 3 04 53/54

Essen: Huyssen-Allee 15, Ruf 23 92 41/42

Pachulke



Pachulke - Bachulke,
eine etwas geringschätzig
Bezeichnung für einen
stets hilfsbereiten Setzer,
dem man alle Arbeit aufhalst,
die man selbst nicht
gerne machen will.*

Schürmann & Klagges

Bochum - Hans-Böckler-Str. 12-16

*Die vorliegende Zeitschrift haben wir gerne gemacht.
Die Setzer



„dsr“ ist die Reiseorganisation der deutschen Studentenschaft, ein von sieben Studentenverbänden Deutschlands getragener gemeinnütziger Verein. Der Deutsche Studenten-Reisedienst ist ein Organ der studentischen Selbstverwaltung.

Unser Programm* 1966:

ARBEITSLAGER: Internationale Gemeinschaftsprogramme in europäischen und außereuropäischen Ländern (England, Frankreich, Italien, Portugal, Israel), bei denen außer den subventionierten Reisekosten und einer Verwaltungsgebühr keine Kosten entstehen;

FERIENREISEN: Von Reiseleitern begleitete Erholungsprogramme von zwei- und dreiwöchiger Dauer, bevorzugt in unbekannten europäischen und außereuropäischen Feriengebieten; Transportmittel Bahn, Bus, Schiff und Flugzeug mit verschiedenen Abfahrts- und Abflugsorten mit Anreiseermäßigung;

SKIREISEN: Von Reiseleitern begleitete Erholungsprogramme in den österreichischen, italienischen, französischen u. schweizerischen Alpen, im deutschen Voralpengebiet, in der Tschechoslowakei, Polen und in skandinavischen Ländern; mit Ausnahme einiger Expertenprogramme überall mit verbilligten Möglichkeiten zur Skischule;

STUDIENREISEN: wissenschaftlich geleitete Exkursionen in europäische und außereuropäische Länder mit dem Charakter von Bildungsreisen;

PASSAGE-PROGRAMME: Schiffs- und kombinierte Schiffs-Flugpassagen mit außereuropäischen Zielen (überwiegend USA), Schiffs-Erholungsprogramme im Mittelmeer („Baukastenreisen“) und in der Nord- und Ostsee („Urlaub als beinahe echter Seemann“);

FERN-TOURISTIK: Studienreisen der Sonderklasse in außereuropäische Länder (West- und Ostafrika, Mittlerer Orient, China, Japan, Mittelamerika);

IT-FLUGREISEN: Ferienreisen auf individueller Basis („Inclusive Tours“) mit freier Wahl des Ferienzeitraumes und des Abflugortes;

USA-REISE-BAUKASTEN: Flug-, Schiffs- und Kombinationsreisen für Individualreisende und geschlossene Reisegruppen mit kombinierten Aufenthalts- und Besichtigungsprogrammen, verbilligten Rundreisen und Rundflügen bei freier Wahl von Reisedauer und Reiseroute;

STUDENTENFLUGE: Im Teilnehmerkreis beschränkte Gruppenflüge von verschiedenen deutschen Flughäfen nach England und in die Nah-Ostländer;

SONDERFLUGE: Gruppenflüge für alle Teilnehmerkreise von verschiedenen deutschen Flughäfen nach Griechenland, Südafrika und Nordamerika;

INNERDEUTSCHE SAMMELFAHRTEN: Stark verbilligte Gruppenreisen in Studenten- und Jugendsonderzügen als Anreise- und Gemeinschaftsprogramme der Arbeitsgemeinschaft Jugend- und Studentenreisen (AJS) Bonn, entweder als Zielfahrten in deutsche Feriengebiete oder als Zubringerfahrten zu weit entfernten Abgangsbahnhöfen außerdeutscher Sammel Fahrten;

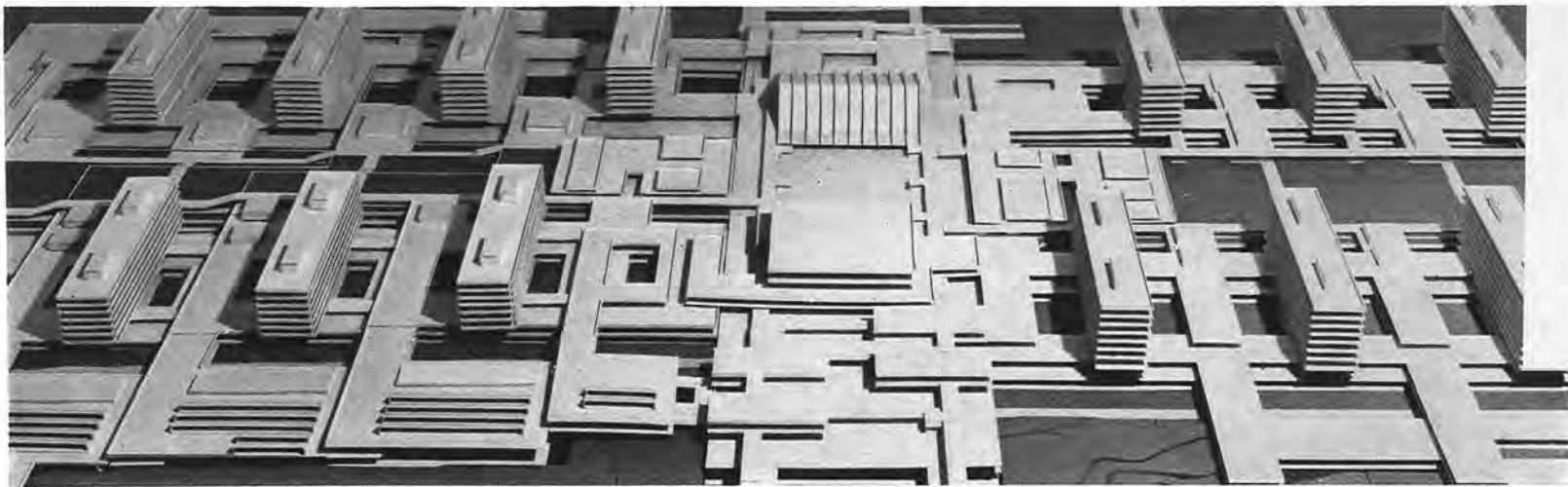
AUSSERDEUTSCHE SAMMELFAHRTEN: Gruppenreisen mit den Zielen ausländischer Feriengebiete in Skandinavien, England, Frankreich, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei, entweder als Individualreise oder als Anschlußfahrt in einen Ferienprogrammort; Anschlußermäßigung von 50 % im 200-km-Umkreis um alle deutschen Abgangsbahnhöfe;

EUROPABUS-REISEN: Verbilligtes Individual-Reiseprogramm in Verbindung mit der Deutschen Touring Gesellschaft Frankfurt/Main; stark verbilligte Studentenfahrräder zu vielen europäischen Hauptstädten.

AUSLANDSSTELLE DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES E.V.
53 BONN - KAISERSTRASSE 71

* Programmhefte erhalten Sie in unserer Zweigstelle an der Ruhr-Universität:

STUDENTEN-REISEDIENTST BOCHUM, Ruhr-Universität, Lennerhofstraße,
Baracke 8 (Studentenwerk)



Wie baut man eine Universität billiger?

Dr. Klaus Herzog
beantwortet diese Frage für den ruhr-studenten



Das Institut für Bildungsforschung in Berlin, das unter der Leitung von Prof. Edding steht, traf die Feststellung, daß der Schulbau in der Bundesrepublik zu teuer sei. Zu oft werde die Planung unter architektonischen Prestige Gesichtspunkten gesehen und nicht unter wirtschaftlichen und finanziellen. Gilt diese Feststellung auch für den Hochschulneubau? Diese Frage legte „der ruhr-student“ einem Mitarbeiter des Instituts, Herrn Dr. Herzog, vor. Denn: gerade zu dem Zeitpunkt, in dem Hochschulneugründungen in einem nie gekannten Maße vorgenommen werden, ist dieses Problem für den Kulturpolitiker brennend. Besonders wichtig sind die Überlegungen von Dr. Herzog für die Planer der Universität Dortmund, denn dort könnten sie noch verwirklicht werden.

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Kurt-Georg Kiesinger, erklärte mit dem Gewicht seines Amtes und seines Ansehens, daß man Universitäten billiger bauen könne. Mit Recht stützte er sich in seiner Argumentation auf den internationalen Vergleich. Den vier Quadratmetern Nutzfläche, die im Raumprogramm der Handelshochschule St. Gallen in der Schweiz je Student als Maßzahl zugrundegelegt wurden, stellte er die 50 Quadratmeter gegenüber, die bisweilen im deutschen Universitätsbau je Studienplatz gefordert werden und den 15 Mill. Franken Investitionsaufwand für die Hochschule im Nachbarland die veranschlagten 400 Mill. DM für Konstanz.

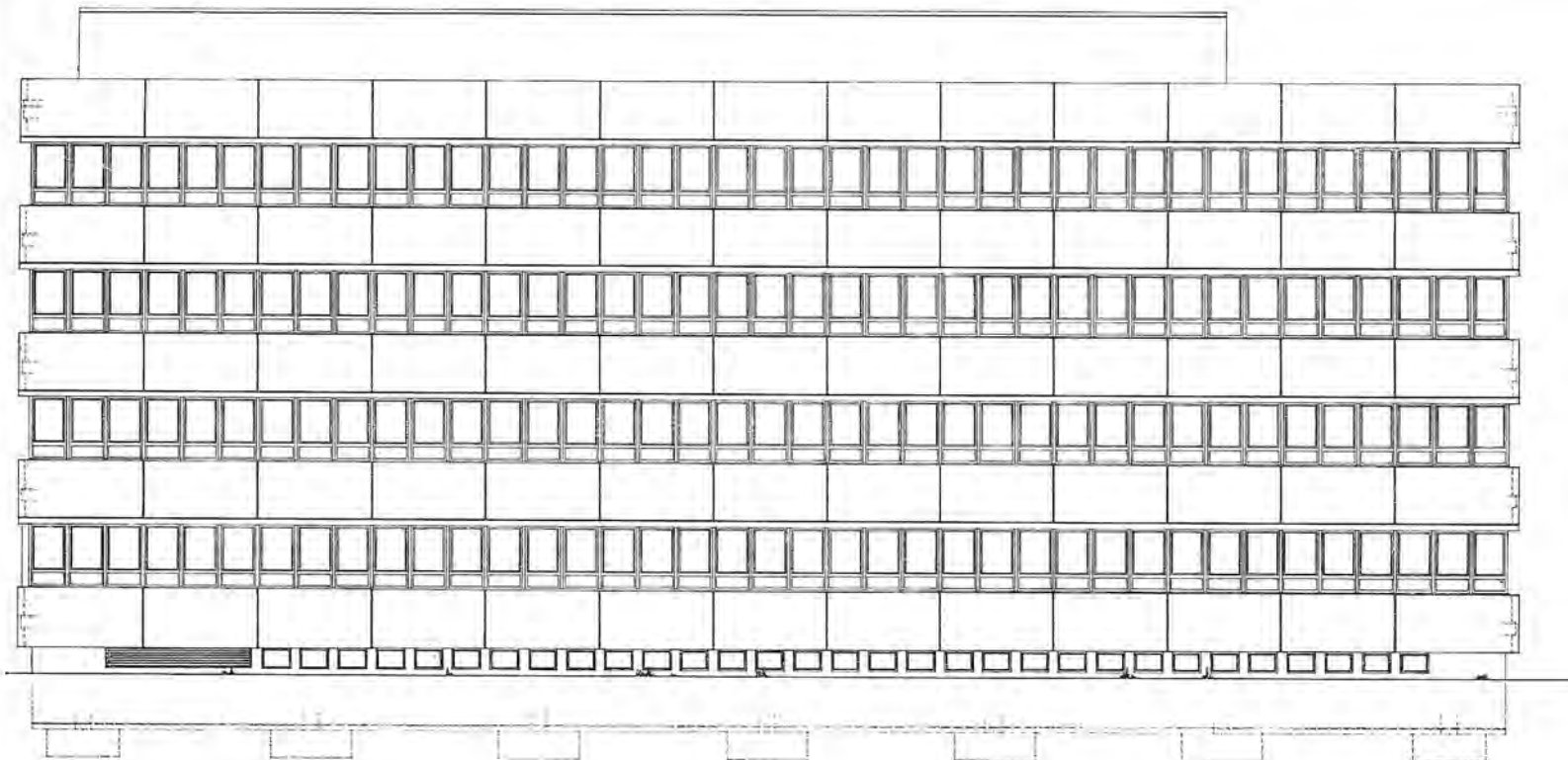
Die Feststellung des Ministerpräsidenten kann eine Wende zur Besinnung auf die gegenwärtigen Möglichkeiten im deutschen Hochschulbau sein. Seit Jahren werden immer astronomischer anmutende Kostendaten für den Ausbau und Neubau von Hochschulen in der Presse veröffentlicht. Aus den einmal veranschlagten 800 Mill. DM Baukosten für Bochum sind längst über 2 Mrd. DM geworden. Die Göttinger Aufbau GmbH, die der Universität ab 1964 mit einem Finanzvolumen von 800 Mill. DM zu neuen Gebäuden verhelfen sollte, besteht nicht mehr. Für den Ausbau der Hochschule werden heute gleichfalls über 2 Mrd. DM genannt. Selbst für Konstanz, das mit mehr als 500 Mill. DM für 3000 Studenten einmal vorkalkuliert war, wollte die Opposition von wahrscheinlich eher anfallenden Baukosten von 1 Mrd. DM wissen.

Damit wäre das Projekt aller Voraussicht nach begraben oder wenigstens in eine ferne Zukunft verschoben worden und mit ihm auch das der Medizinischen Akademie in Ulm; denn nur so hätte bei der derzeitigen angespannten Finanzsituation des Landes Baden-Württemberg und des Bundes entschieden werden können. Von einer derartigen Entscheidung sind schon zu Beginn des Jahres 1966 in abgeschwächter Form 116 Hochschulbauvorhaben betroffen worden. Sie mußten vom Wissenschaftsrat auf die sogenannte Negativliste gesetzt werden, weil die Bundesregierung statt der erforderlichen 530 Mill. DM Bauzuschüsse nur 350 Mill. DM im Bundeshaushalt dem Hochschulbau zuweisen konnte.

Ministerpräsident Kiesinger erreichte, daß die Planungsansätze für die neuen baden-württembergischen Hochschulen entsprechend den ökonomischen Gegebenheiten bescheidener konzipiert wurden. Die einmal in Betrieb genommene Universität wird zeigen, ob

Fortsetzung Seite 36





Fortsetzung von Seite 35

diese Selbstbeschränkung im baulichen Aufwand zu einem schlechteren Ergebnis führt als bei den anderen teureren Planungsansätzen. Einen wertvollen Ertrag hat die Entscheidung auf jeden Fall schon erbracht: Die Wissenschaftler und Hochschullehrer, die bereit sind, in Konstanz und Ulm neue Formen der wissenschaftlichen Kooperation und Lehre zu entwickeln und zu erproben, sind zur weiteren Arbeit ermutigt. Eine neue Generation von Studenten erhält bereits in der Gegenwart die Studienplätze, auf die sie für ihre Ausbildung angewiesen ist. Diese Plätze sind vielleicht in der Anlage und Ausstattung bescheidener, als sich manche Planer und Architekten diese in der Welt von morgen vorstellen. Aber sie sind vorhanden. Die junge Generation kann dort schon heute lernen. Wenn sie jedoch einmal in die Funktion von Wirtschaft und Gesellschaft hineingewachsen ist, wird sie kraft ihrer Qualifikation auch reich genug und fähig sein, diese Bauten durch dann moderne Einrichtungen zu ersetzen. Sie wird sich weniger durch die Baudenkmäler unserer Zeit gehemmt fühlen. Wahrscheinlich würde sie diese doch nicht achten können, wie so manche heute hoffen mögen; denn es ist zweifelhaft, ob wir mit der Technik von heute der Vorstellungswelt von morgen entsprechen. Wenn diese Gedanken angenommen werden, ist der Weg frei, um die Frage zu beantworten: „Wie baut man eine Universität billiger?“

Im folgenden werden die Instrumente und Einrichtungen detaillierter dargestellt, die für erforderlich gehalten werden, die Kostenprobleme im Hochschulbau zu lösen. Als Instrumente werden genannt:

1. Kritik der Planungsansätze,
2. Architekturkritik,
 - dar.:
 - a: Baukostenanalyse,
 - b: Baukostenplanung,
3. Kostenlimitierung.

Als neue Einrichtung wird ein Amt für langfristige Hochschulbauplanung und Begutachtung anstehender Bauprojekte vorgeschlagen.

Kritik der Planungsansätze:

Es ist vielleicht schwieriger, zunächst die Bauaufgabe für eine neue Universität zu formulieren, als dann die architektonische Gestaltung zu finden. Doch die Bauaufgabe braucht im ersten Planungsstadium nicht bis in die Details festgelegt zu werden. Es genügt, wenn die Grundstruktur mit dem Abmessen der generellen Lehr- und Forschungseinrichtungen und den ersten veranschlagten Baukosten grob umrissen wird. Allerdings muß bereits aus diesen Daten ein Gleichgewicht zwischen Bauvorhaben und verfügbaren Mitteln ersichtlich sein. Kritische Einstellung gegenüber allen Bauplanungen ist daher bereits auf dieser Stufe geboten. Kriterien können sein:

1. das Bewußtsein von der Größe der Leistungen, die man vom Staat als dem Bauträger für die Universität verlangt;
2. die Bedeutung der Bauvorhaben der Universität im Rahmen der Verpflichtung und der verfügbaren Mittel des Staates;
3. der Nutzen, den man aus der Verwirklichung des Baus der Universität erwartet.

Wenn es sehr schwierig ist, die Universitätsbauidée in ihrer ganzen Komplexität an diesen Kriterien zu messen, so läßt sich das Problem auf einfachere Maßstäbe reduzieren. Der Bau der Universität wächst Institutsgebäude um Institutsgebäude. Die Verhältnisse erscheinen denjenigen, die in diesen Gebäuden arbeiten sollen, übersichtlich genug, so daß sie zu gesicherten Urteilen kommen können, die den folgenden Kriterien genügen sollten:

funktions- und sachgerecht,
geeignet für eine gute Arbeitsatmosphäre,
wirtschaftlich.

Gute und baulich ansprechende Gestaltung sei ein weiteres Anliegen, Pracht und Ein-

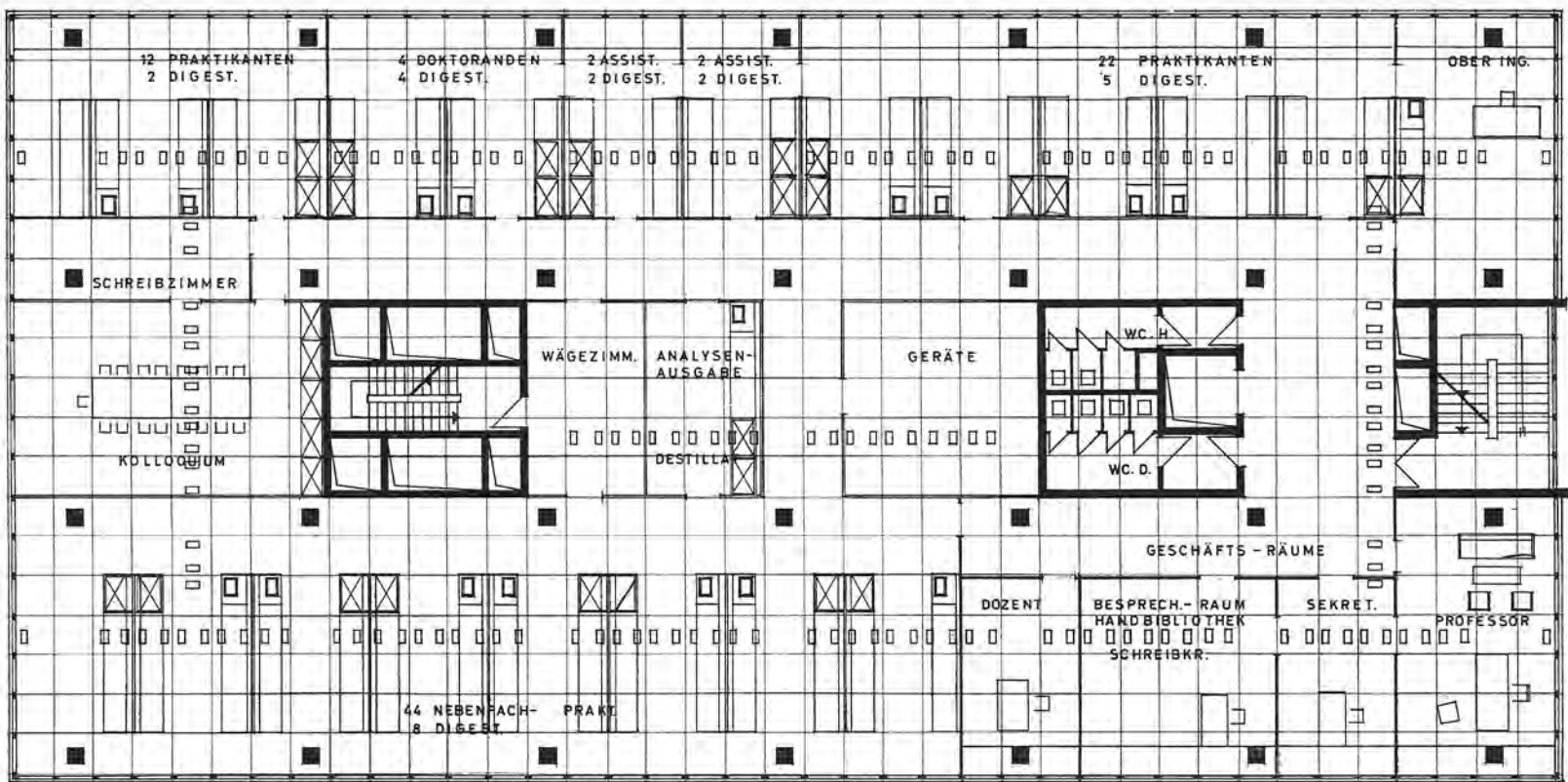
maligkeit sind dagegen nicht gefordert. Wir sollten keine Universitäten bauen, um Denkmäler zu schaffen und um Prestigebedürfnissen zu genügen. Die großen Forscher und Lehrer sind in ihren baulichen Forderungen bescheiden. Ihnen kommt es eher darauf an, möglichst viele der knappen Mittel für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zu erhalten.

Gerade die Kritik an den Planungsansätzen scheint das Mittel zu sein, das am ehesten und entscheidend zur Verbilligung des Hochschulbaus beitragen kann. Alle sollten sich daran beteiligen. Professoren und Assistenten, wenn es darum geht, die eigenen Institute zu gestalten, Studenten, wenn Gemeinschaftseinrichtungen und Studentenheime geschaffen werden.

Architekturkritik:

Ein Gebäude kann im doppelten Sinn sehr teuer zu stehen kommen: einmal, wenn es weiträumig, komfortabel und repräsentativ entworfen wird. Hohe Baukosten und entgegen manchen gegenteiligen Behauptungen hohe Bewirtschaftungskosten werden anfallen. — Zum anderen durch Fehler in der Architektur und Baukonstruktion wie z. B. durch eine Gestaltung des Grundrisses, die den Funktionen des Gebäudes nicht gerecht wird, oder durch Verwendung falschen Baumaterials, das den auftretenden Belastungen nicht widersteht und einen hohen Unterhaltungsaufwand erfordert; durch unvollkommene Temperaturisolierung (im Sommer zu heiß, im Winter zu kalt) und schlechte Schallisolierung (zu laut), so daß die Arbeitsatmosphäre empfindlich gestört wird. Diese Mängel können meistens nur durch sehr kostspielige technische Hilfseinrichtungen ausgeglichen werden, wenn überhaupt. Sie kommen allenthalben und ebenfalls im Hochschulbau immer wieder vor. Mit der Architekturkritik ist es den Architekten aufgegeben, diese Fehler aufzudecken und bei ihren Entwürfen darauf zu achten, daß sie behoben werden.

Unter Architekturkritik wird jedoch noch etwas anderes verstanden: Manche interessierten Architekten und Techniker glauben, daß vor



allein durch das Bauen mit Fertigteilen Hochschulbauten verbilligt erstellt werden können. Bis jetzt ist erwiesen, daß sich durch diese Technik die Bauzeiten erheblich verkürzen lassen. Der Beweis für die Kostengünstigkeit kann dagegen aus den vorliegenden statistischen Daten im Durchschnitt nicht erbracht werden. Vielmehr muß man beobachten, daß mit den heute gängigen Fertigbausystemen erst ökonomisch gearbeitet werden kann, wenn ein bestimmtes Mindestproduktionsvolumen erreicht wird. Dies liegt noch über den bisher üblichen Auftragsvolumen, die die einzelnen Universitätsbauverwaltungen im Jahr zu vergeben hatten. Daraus erwächst die Gefahr, daß eine Landesbauverwaltung, die ein ihr genehmes System favorisiert, die anderen Mitbewerber majorisieren muß, um die Kostengünstigkeit ihres Systems zu sichern. Das kann aber nicht Anliegen und Aufgabe irgendeiner staatlichen Bauverwaltung oder gar eines Bauforschungsinstitutes sein; denn das bedeutete, Bemühungen um Kostengünstigkeit, die gerade in privaten Unternehmungen zur Verstärkung der Wettbewerbsposition immer wieder unternommen werden, systematisch zu unterdrücken und auszuschalten.

Architekturkritik wird daher hier in dem Sinne verstanden, daß man allen Bauentwürfen und Bautechniken vorurteilsfrei und sachgerecht gegenüber zu stehen habe. Im Sinne der Architekturkritik habe man aber mit Hilfe der Bau- und insbesondere der Baukostenanalyse jedes größere, vollendete Hochschulgebäude daraufhin zu untersuchen, wie es im Hinblick auf die Nutzung gebaut worden ist, was hätte besser entworfen und gestaltet werden können, und wo sich Einsparungen hätten erzielen lassen, ohne daß den sachlichen Anforderungen geschadet worden wäre. Die Ergebnisse dieser Analyse wären systematisch mit Hilfe einer entwickelten Bauentwurfs- und Baukostenplanung für neue Gebäude anwendbar zu halten. Gerade aus den Erfahrungen, die Bauherren, Architekten und Bauunternehmer an jedem einzelnen Gebäude machen, das sie erstellen, ließe sich ein Schatz von Kritik und Verbesserungsvor-

schlägen gewinnen. Es ist eigentlich nicht zu begreifen, warum diese Erfahrungen nicht mit einer adäquaten Technik wissenschaftlich erschlossen und nutzbar gemacht werden. Halten sich hierzu unsere Architekten für zu gut? Oder versagt hier kritisches Denkvermögen und Selbstbescheidenheit vor dem Anspruch, sich die Denkmäler für die Zukunft zu schaffen, verbunden mit Aussicht auf lohnenden Gewinn?

Kostenlimitierung

Das englische Beispiel zeigt, daß im Schulbau erhebliche Kosten eingespart werden könnten, ohne daß die sachlichen Anforderungen gesenkt werden müßten. Der Verfasser hat das System dargestellt, mit dessen Hilfe es möglich war, das Ziel bei einem fairen Wettbewerb aller interessierten Architekten und Bauunternehmer zu erreichen. (Herzog, K.: Das Arbeiten mit Kostenlimits im englischen Schulbau. In: Studien und Berichte des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4, Berlin 1965)

Im englischen Schulbau wird mit Kostenlimits und Mindeststandards gearbeitet. Das bedeutet: Bei der Ausschreibung eines Schulneubaus werden dem Architekten einige wenige, doch klar formulierte Auflagen erteilt, die er einzuhalten hat. So dürfen die Baukosten für eine Schule bestimmter Größe einen vorher kalkulierten Betrag nicht übersteigen. Gleichzeitig sind notwendige Anforderungen (Mindeststandards) an Räume und Einrichtungen unbedingt zu erfüllen. Zwischen Kostenlimits und Mindeststandards liegt aber ein relativ weiter Spielraum der Gestaltungsfreiheit, den die Architekten im Wettbewerb um die „optimale“ Schularchitektur nutzen können und nutzen.

Die Verhältnisse im Hochschulbau sind erheblich anders als im Schulbau. Im Schulbau läßt sich die Bauaufgabe für eine Vielzahl noch übersichtlicher Bauprojekte verhältnismäßig abstrakt und in der Form eines Standards formulieren. Entsprechend gibt es das „Kostenlimit je Schülerplatz“. Gleichartige Hochschulbauprojekte fallen seltener an. Es fehlt die standardisierte Bauaufgabe in einer grö-

ßeren Anzahl von Bauvorhaben, wenigstens soweit es sich um die speziellen, differenzierten Bauten für naturwissenschaftliche und technische Institute, Laboratorien, Hörsäle, studentische Gemeinschaftseinrichtungen etc. handelt. Die schwierige Aufgabe der Formulierung von Mindeststandards und der Festsetzung von Kostenlimits würde ständig von neuen Anforderungen überholt und wäre deshalb unökonomisch.

Dennoch gibt es auch im Hochschulbau Bereiche, in denen mit dem System der Kostenlimitierung sinnvoll gearbeitet werden kann. Ein Beispiel ist der Bau von Studentenwohnheimen. Die Formulierung des Mindeststandards und das Feststellen der Kostenlimits dürfte hier kaum schwieriger als im Schulbau sein. Zur Überprüfung der ökonomischen Relevanz mag aber folgende Rechnung dienen: Angenommen, an den westdeutschen Hochschulen wäre jedes Jahr ein Bedarf von 10 000 Wohnheimplätzen zu decken (der Bedarf der Berliner Universitäten wird derzeit allein auf 8000 Wohnheimplätze geschätzt). Bei Kosten von 15 000 bis 20 000 DM je Wohnheimplatz bedingte dieser Baubedarf einen Finanzbedarf von 150 bis 200 Mill. DM jährlich — allein 50 Prozent des Betrages den der Bund 1966 für den Hochschulbau bereitstellen will. Könnten von diesem durch die systematische Anwendung bauökonomischer Techniken 30 Prozent eingespart werden — ein Anteil, der nach den verschiedensten Indizes für den Schul- und Hochschulbau generell nicht mehr als zu hoch angesehen wird —, wären das nicht weniger als 50 bis 60 Mill. DM, die in jedem Jahr anderen Zwecken zugeführt werden könnten.

Die Finanzierung der erforderlichen Entwicklungsarbeiten würde nur einen Bruchteil davon kosten. Würden diese Arbeiten parallel zu entsprechenden Untersuchungen im Schulbau eingeleitet, wäre endlich zu erwarten, daß die Bauökonomie aus ihrem vorwissenschaftlichen Stadium in die wissenschaftliche Zeit einträte. Und um Folgewirkungen etwa auf den Bau von Altersheimen, Kran-

Fortsetzung Seite 38



kenhäusern, Bürohäusern oder Wohnungen abzusehen, dazu bedarf es dann keiner großen Phantasie.

Die Wirkung des Systems, mit Kostenlimits und Mindeststandards zu arbeiten, ließe sich innerhalb des Wohnheimbaus sogar verhältnismäßig kurzfristig und mit einem geringen Mitteleinsatz überprüfen. Beispiel: Die Studentenschaft und die Studentenwerke einigten sich auf Kostenlimits und Mindeststandards für die Möblierung der Studentenzimmer. Sie forderten dann die Möbelindustrie auf, unter Beachtung der Auflagen entsprechende Leistungsangebote zu machen. Es ist zu erwarten, daß sich schon innerhalb kurzer Zeit ein Wettbewerb der Industrie um diese Aufträge ergäbe. Wegen ihrer Höhe würde sich die Industrie bemühen, Wünschen der Studenten nach einer zweckmäßigen, soliden und doch individuell differenzierenden Grundausstattung ihrer Zimmer gerecht zu werden.

Ein Amt für langfristige Hochschulbauplanung und Begutachtung anstehender Bauprojekte

Wenn wir heute und morgen vor der Aufgabe stehen, das Kostenproblem im Hochschulbau zu bewältigen, dann kann schon übermorgen das Kapazitätsproblem auf uns zukommen; denn Kosten- und Kapazitätsprobleme sind, langfristig gesehen, unmittelbar aufeinander bezogen: jetzt der dringende Bedarf, die ungenügenden Kapazitäten, die überhöhten Baupreise — dann die befriedigte Nachfrage, die ausgebauten Kapazitäten, die niedrigen Konkurrenzpreise. Die Perspektive der Gegenwart kann unter diesem Gesichtspunkt von der Industrie her noch als glücklicher angesehen werden; denn sie ist wachstumsorientiert. In späterer Zukunft würde man sich aber mit dem Problem der Kapazitätsanpassung und Strukturbereinigung auseinandersetzen müssen, was nach allen bisherigen Erfahrungen sehr viel schwieriger ist. Deshalb wird hier ein Amt für langfristige Hochschulbauplanung und Begutachtung anstehender Bauprojekte vorgeschlagen. Mit der „Begutachtung anstehender Bauprojekte“ hätte es dazu beizutragen, das heutige Kostenproblem des Hochschulbaus zu lösen, und mit der „langfristigen Hochschulbauplanung“ hätte es zu verhindern, daß sich infolge einer ungenügenden Voraussicht und Planung auch im Hochschulbau einmal die Kapazitätsprobleme zu schweren Krisen auswachsen.

Die Idee des „Amtes für langfristige Hochschulbauplanung und Begutachtung anstehender Bauprojekte“ mag dabei nicht als ganz neu erscheinen. Die Vorstellungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung,

der Rektorenkonferenz und des Wissenschaftsrates von einer mittelfristigen Planung für den Ausbau der Hochschulen beinhalten ja bereits einen Teil der Leistungen, die das Amt zu übernehmen hätte. Sie fügte sich auch in den Rahmen eines Zeitplanes für den gesamten öffentlichen Hochbau ein. Doch ist hier auf die umfassende Konzeption hinzuweisen, die sich aus der Frage ergibt: „Wie baut man eine Universität billiger?“

Wenn vorher von der Kritik der Planungsansätze, der Architekturkritik mit Kostenanalyse, Kostenplanung und Kostenlimitierung als den Instrumenten einer Ökonomie des Hochschulbaus die Rede war, so bleiben selbstverständlich alle am Hochschulbau Beteiligten aufgefordert, diese so gut und sinnvoll wie möglich einzusetzen: Rektoren, Professoren und Studenten als Nachfrager nach Bauleistungen ebenso wie Bauverwaltungen, Architekten und Bauunternehmer als Anbieter der Bauleistungen. Das Amt für langfristige Hochschulbauplanung und Begutachtung anstehender Bauprojekte sollte die Institution sein, die Wünsche und Anforderungen an den Hochschulbau sowie die Ergebnisse der Planungs- und Architekturkritik sammelt und geltend macht.

In einer Sektion hätte das Amt laufend die Wünsche der Hochschulen zum weiteren Ausbau zu erfassen, in eine gewisse Prioritätsordnung zu bringen und in ein Verhältnis zu den voraussichtlich verfügbaren Mitteln zu stellen. Es sollte damit schon in der Lage sein, die ersten Planungsansätze der Hochschulen derart zu lenken, daß eine bessere Konsistenz zwischen dem, was gewünscht, und dem, was erfüllbar ist, erkennbar wird.

In einer zweiten Sektion hätte es aber Kriterien ähnlich den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Aufstellung von Raumprogrammen für Bauvorhaben der wissenschaftlichen Hochschulen von 1963 zu entwickeln, die es ihm gestatten, von sich aus eine systematische Planungs- und Architekturkritik zu betreiben. Die einzelnen Hochschulen hätten ihre Bauprojekte von dieser Sektion in jedem Falle nach diesen Kriterien begutachten zu lassen. Das Amt würde dadurch in absehbarer Zeit umfassende Erfahrungen gewinnen, die es ihm möglich machen, schnell die Bauentwürfe zu erkennen, die funktions- und sachgerecht, geeignet für eine gute Arbeitsatmosphäre und wirtschaftlich sind. Es müßte aber auch die Kompetenz haben, bei Bauentwürfen, die in ihren Anforderungen weit über die üblichen Normen hinausgehen, eingehende Untersuchungen über die Notwendigkeit und sachliche Rechtfertigung bei den Bauherren und Architekten vorzunehmen und, falls die Pläne nach sachlich fundierten Er-

örterungen nicht freiwillig reduziert werden, sie einer wissenschaftlichen Schiedskommission, etwa im Wissenschaftsrat, zur Genehmigung vorzulegen. Dadurch könnte nach Meinung des Verfassers der ungünstige Einfluß auf die Baupreise wirksam eingedämmt werden, der heute von dem Zusammenspiel ausgeht zwischen Architekten und Bauunternehmern einerseits, die nur zu gern ihren künstlerischen Ambitionen, ihrem Verlangen nach großen Bauvolumen und hohem Gewinn nachgeben und Bauherren andererseits, die ihrem Prestigebedürfnis frönen, sich aber ihre Bauten aus der Kasse des Staates bezahlen lassen.

Es wird nicht erwartet, daß dieses Amt sich zu einer Superbehörde auswachsen muß. Bei der täglichen Arbeit kommt es sehr darauf an, daß die Prüfungsunterlagen bereits in einer leicht handlichen Form eingereicht werden. In seinem Personal wird es sich daher auf wenige Sozialwissenschaftler und Architekten (Diplom-Ingenieure) beschränken können. Standortgemäß könnte es etwa als eine Unterabteilung einer obersten Baubehörde, des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung oder des Wissenschaftsrates geführt werden. Sehr entscheidend dürfte allerdings für die Funktionsfähigkeit des Amtes sein, daß seine Leitung ein hochqualifizierter Wissenschaftler übernimmt, der

sich die notwendigen Sachkenntnisse über die Engpässe und Prioritäten des Hochschulbaus aneignet;

langfristig zu denken vermag;

vom Wettbewerbssystem überzeugt ist;

aufgeschlossen den Anliegen der Hochschulen, der Architekten und den übrigen am Hochschulbau Beteiligten gegenübersteht;

sich aber mißtrauisch gegenüber zu großen künstlerischen Ambitionen und Prestigeansinnen verhält.

Das Ergebnis könnte sein: Universitäten und sonstige Hochschulen würden in einem erheblich angemessenen Verhältnis zu den Mitteln ausgebaut, die uns gegenwärtig zur Verfügung stehen. Das bedeutet nicht zuletzt: billiger.

Seite 35 oben:

Modell-Ansicht der Ruhr-Universität Bochum

Seite 36:

Längsansicht eines Geschoßbaues des Aufbau- und Verfügungszentrums (AVZ) der Universität Dortmund

Seite 37:

Grundriß einer Ebene des AVZ der Universität Dortmund

Seite 38:

Baustelle der Ruhr-Universität Bochum

Die Hochschulen

Die deutsche Hochschulpolitik hat davon auszugehen, daß unsere Hochschulen in ihrer heutigen Form der dynamischen Expansion der Wissenschaften, den steigenden Studentenzahlen und dem ständigen Anwachsen des wissenschaftlichen Arbeitsapparates nicht mehr gewachsen sind. Einschneidende Reformen sind unaufschiebbar geworden.

Die Reform der Hochschulstruktur

Dank der Arbeit des Wissenschaftsrates ist die Gesundung unserer Hochschulen nicht mehr in erster Linie ein finanzielles Problem. Wenn die Verbindung von Forschung und Lehre erhalten oder wieder ermöglicht werden soll, sind Strukturwandlungen erforderlich. Sie sollen erlauben, das Forschungspotential der Hochschulen voll auszunutzen und die Verbindung von Forschung und Lehre für die Ausbildung der Studenten wieder fruchtbar zu machen. Dieses Ziel erfordert folgende Maßnahmen:

1. Das System der Parallelordina-
riate ist konsequent auszubauen,
um das Verhältnis der Zahl der
Ordinarien zu der der Studierenden
zu verbessern.

Dies setzt eine Besoldungsreform
voraus, die das Einkommen der
Hochschullehrer von der Zahl ihrer
Vorlesungen und ihrer Studenten
unabhängig macht.

Ein bezahlter Forschungsurlaub gibt
dem Hochschullehrer alle 5 Jahre
für ein bis zwei Semester die Mög-
lichkeit eigener Forschung.

Die Leitung der Institute muß kolle-
gial geregelt und gehandhabt wer-
den.

2. Der „akademische Mittelbau“
muß neu konstruiert und differen-
ziert werden, um die Professoren
von allen Aufgaben zu befreien, die
ebensogut oder besser von anderen
Hochschulangehörigen wahrgenom-
men werden können.

Assistenten sollen für eine begrenzte
Zeit persönliche Mitarbeiter der
Professoren sein.

Tutoren beraten die Studierenden
bei der Anlage und Durchführung
ihres Studiums und leiten Einfüh-
rungs- und Übungskurse.

Kustoden pflegen und verwalten als
wissenschaftliche Beamte den Sach-
bestand der Institute.

Lektoren übernehmen als Lehrkräfte
ohne Forschungsauftrag einen we-

sentlichen Teil des akademischen
Unterrichts, insbesondere während
des Grundstudiums.

3. Die organisatorische Gliederung
der Hochschule muß die starren
Fakultätsgrenzen überwinden und
neue Sachzusammenhänge berück-
sichtigen. Einige Fakultäten sind zu
groß, andere so zusammenhanglos
geworden, daß eine sinnvolle Ar-
beit gefährdet ist. Andererseits zer-
schneiden Fakultätsgrenzen häufig
Zusammengehöriges.

Die gemeinsame Methode oder der
gemeinsame Gegenstand ermög-
lichen Querverbindungen und Zu-
sammenfassungen. Neue Gliede-
rungen (Abteilungen, Departemen-
ts) sollen erprobt werden.

Zentralinstitute und Doppelmit-
gliedschaften verbessern die wis-
senschaftliche Zusammenarbeit.

4. Die Hochschulverwaltung muß
langfristig planen können. Die
oberste Verantwortung für die aka-
demische und wirtschaftliche Ver-
waltung der Hochschulen kann nicht
länger vom jährlich wechselnden
Rektor getragen werden. Diese Auf-
gaben sind entweder zwischen
einem selbständigen Kanzler in
Dauerstellung und dem wechseln-
den Rektor aufzuteilen oder in der
Hand eines Rektors oder Präside-
nten zu vereinen, der langfristig oder
auf Lebensdauer bestellt wird.

(Aus „Bildungspolitische Leitsätze“ der SPD,
vom Juli 1964.)



Studentenball an der Ruhr-Universität



5 Kapellen · Freilichttheater · Außenkino · Große Tombola · Raum: Mensa und Umgebung
Zeit: 22. Juli 1966, 19.30 Uhr

Eintritt 10,- DM
Schüler und Studenten 4,- DM
Gesellschaftskleidung

GOCKEL+NIEBUR

Baugesellschaft m. b. H., Bochm

Münster · Hagen

Erdbau
Betonbau
Eisenbahnbau
Wasserbau
Tunnelbau
Straßenbau
Industriebau
Rammarbeiten



Schultheiss Bier

BEKANNT UND BELIEBT

Schultheiss - Brauerei AG · Berlin - Bochum



Die Bilanz ist passiv

**Versuch
einer Würdigung
des ersten
Jahres
Ruhr-Universität**

**Von
Heinz Krone**

Die Ruhr-Universität Bochum ist das geworden, was sie nach dem Willen ihrer Initiatoren erst in zweiter Linie werden sollte: eine Entlastungsuniversität. Die „einzigartige Möglichkeit“, die „eine Neugründung bietet“, nämlich „auch die strukturellen Probleme zu lösen, vor die die Universität durch die Entwicklung der Wissenschaften und die veränderte Lage gegenwärtig gestellt ist, in der sie ihre Bildungsaufgabe zu erfüllen hat“ — so der Gründungsausschuß in seinen „Empfehlungen“ vom Dezember 1962 — diese Möglichkeit wurde zum großen Teil nicht genutzt.

Nach einem Jahr Ruhr-Universität muß gesagt werden: Die Hochschulreform findet nicht oder fast nicht statt. Anders ausgedrückt mit den Worten des Prorektors Prof. Dr. Johann Schwartzkopff: „gemäßigt reformfreudig.“ Und der Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat, der sich früher energisch gegen die Bezeichnung „Entlastungsuniversität“ wehrte, da er für Bochum die Chance der Reform sah, gebraucht heute — resignierend möchte man sagen — oft eben diese Vokabel.

Mikat, selber Hochschullehrer in Bochum, soll ja auch eine Verfassung genehmigen, die deutlich erkennen läßt, daß die Bastion Bochum von Traditionalisten eingenommen ist. An der Verfassung wird erkennbar, wie eng das Maß der „gemäßigten Reformfreudigkeit“ ist.

Dort spricht man z. B. bei der Aufgabenstellung der Universität nur von der „Pflege von Forschung und Lehre“, kein Wort von Berufsausbildung, die gerade für das Ruhrgebiet wichtig wäre, kein Wort auch von der wissenschaftlichen Fortbildung Berufstätiger, wie sie vom Wissenschaftsrat unter der Bezeichnung „Kontaktstudium“ gefordert wird. Das althergebrachte hierarchische System des Lehrkörpers ist auch beibehalten worden, das Berufungsverfahren bleibt so starr wie ehedem. Der Gründungsausschuß hatte in seinen schon zitierten Empfehlungen noch eine Amtszeit von fünf Jahren für den Rektor erwogen, davon sind in der vorläufigen Verfassung zwei Jahre übriggeblieben. Und der Passus über den Kanzler ist von einem solchen Mißtrauen gegen diese Institution geprägt, daß man fast meinen möchte, die Bochumer Professoren hätten am liebsten gar keinen Kanzler.

Ist schon die Struktur konservativ, so ist es mit der vielgepriesenen Studienreform auch nicht weit her. Gewiß — man hat klare und gegliederte Studienordnungen entwickelt, aber hinter manchen Überlegungen mancher Professoren steht doch ein Pferdefuß und der heißt: Befristete Immatrikulation. Daß jeder Ruhr-Student in seinem Studienbuch unterschreiben mußte, er sei darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine befristete Immatrikulation an der Ruhr-Universität möglich sei, ist nicht so tragisch. Daß aber z. B. im Entwurf der Studienordnung für die Wirtschaftswissenschaftler ein Gummiparagraph stand, hinter dem zweifellos eben gerade dieses Damoklesschwert für den Studenten hing, läßt doch nachdenken. Mit Ach und Krach konnten die Studentenvertreter diesen Paragraphen abändern; hoffentlich haben sie keine Hintertür übersehen, durch die die befristete Immatrikulation doch noch hereinschlüpfen kann.

Und wenn wirklich ein paar Reformen auf dem Studiengbiet begonnen wurden, so bleibt doch die Tatsache, daß der Student bisher davon noch nichts bemerkt hat. Aus einer soziologischen Untersuchung, die Prof.

Fortsetzung Seite 42



Dr. Johannes Chr. Papalekas nach dem ersten Semester, dem Ur-Semester, durchgeführt hat, ergibt sich, daß — nach den Vorteilen der Bochumer Neugründung befragt — keiner die Studienreform nannte, 70 Prozent aber die günstige Lage der Hochschule betonten. Entlastungsuniversität: so vergeht der Ruhm der Reform. Oder — wie Horst Köpke in der liberalen „Frankfurter Rundschau“ schrieb — „die Vorschußlorbeeren welken“.

Doch Bochum hat noch die Chance auf Lorbeeren, aber nur, wenn es gelingt, die technischen Wissenschaften — wie geplant — in die Gesamtuniversität zu integrieren (ohne zur Konkurrenz Dortmunds zu werden). Doch je mehr sich die Aufnahme dieser Wissenschaften verzögert, aus bautechnischen und vor allem finanziellen Gründen (der Innenausbau des dritten Gebäudes ist gerade aus diesen Gründen abgestoppt worden), je mehr bleiben auch diese Lorbeeren Utopie und Illusion.

Die Frage ist nämlich, ob die schon jetzt für die naturwissenschaftlichen, medizinischen und technischen Abteilungen berufenen Professoren so lange Geduld haben und nicht

wieder einen Ruf an eine andere Hochschule annehmen. Man könnte es ihnen nicht verdenken, denn diese Hochschullehrer müssen tatsächlich Pionierarbeit unter härtesten Umständen betreiben. Man kann sie nur bewundern, wenn sie z. B. in verlassenen Zechengebäuden nicht nur arbeiten, sondern in der Woche auch leben und wohnen müssen, um übers Wochenende nach Hause zu fahren. Folgt man den Verfechtern der Einheit von Forschung und Lehre in der Universität, dann müssen diese Professoren mangels Lehre bis 1970, 1971 „verkümmern“.

Und auch die Kooperation zwischen den Wissenschaften ist gefährdet. Bedenkt man, daß die Abteilungen für Maschinenbau, konstruktiven Ingenieurbau und Elektrotechnik zuletzt errichtet werden sollen, so sieht man die Gefahr, daß sich die seit 1965 bestehenden Abteilungen inzwischen so weit etablieren, daß sie gar nicht mehr zur Zusammenarbeit mit den „newcomers“ gewillt sind.

Aber auch zwischen den schon bestehenden Abteilungen vermißt man die Kooperation, zumindest in der Lehre, denn die Zusammenarbeit soll doch wohl in Forschung und Lehre geschehen. Keine Ringvorlesungen, keine ge-

meinsamen Lehrveranstaltungen zweier Abteilungen etwa, nein, jede Abteilung zieht ihr eigenes Lehrprogramm auf ohne Koordination und Absprache. Sieht man diese Entwicklung, so kann man dem Senat nur die Vernachlässigung seiner „wichtigsten Aufgabe“ (so der Gründungsausschuß) vorwerfen, nämlich für diese Koordination zu sorgen.

Positiv ist jedoch anzumerken, daß alle Institutsbibliotheken — bei allen Vorbehalten gegen ihre Existenz überhaupt — allen Studenten gleich welcher Fachrichtung offen stehen.

Schade nur, daß der vom Gründungsausschuß empfohlene Zentralkatalog aller Bibliotheken noch nicht erstellt ist. Zu begrüßen sind weiter die beiden ersten interdisziplinären Institute, das Ostasieninstitut und das Institut für Entwicklungsforschung, dessen erste Zweigstelle in Indien an der Universität Haiderabad errichtet wurde. „Ruhr-Universität in Haiderabad — bald vielleicht schon in Afrika, Japan, Korea . . .“ schrieb die Westdeutsche Allgemeine Zeitung am 1. März 1966 überschwenglich. Mit Recht, denn die Aktiva in der Bochumer Jahresbilanz müssen betont werden, damit sie in der Reihe der Passiva nicht untergehen.

Und diese Passiva kulminieren geradezu, wenn man das Verhältnis der Professorenschaft zur Studentenschaft beleuchtet.

„Zunächst sollten sie (die Studenten, d. Verf.) anerkennen, was da für sie vorbereitet wurde, was der Staat an Geld und gutem Willen und die Professoren an Aufbauarbeit investiert haben, und sie sollten bei den mit dem Aufbau zusammenhängenden Mängeln und Improvisationen nicht aufs Räsonieren verfallen“, so schrieb Prof. Dr. Joachim H. Knoll in den „Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität“ und in der Tagespresse. „Anerkennen“ sollen die Studenten, nicht „räsonieren“ . . .

Solche Forderungen sind verständlich, wenn man bedenkt, daß die Professoren durch ihre tägliche Arbeit sich in einem solchen Maße mit ihrer Aufbauarbeit und ihren Ideen identifizieren, daß sie Kritik, und mag sie noch so konstruktiv sein, nur als „Räsonieren“ beurteilen können. Aber sollte nicht gerade ein Hochschullehrer in der Lage sein, Kritik, die aus bewußter Mitverantwortung für eine neue Universität entsteht, zu erkennen?

Scheinbar sind es die Bochumer Professoren nicht, denn sonst hätte man nicht ewig zwischen den „Studenten“ und den „Studenten-



funktionären" unterschieden. Mit den „Studenten“ habe man ein gutes Verhältnis, aber die bösen Funktionäre... Aber gerade diese „Funktionäre“ — übrigens gewählte Vertreter der Studentenschaft — haben im Laufe ihrer studentenschaftlichen Arbeit ein solches Verantwortungsgefühl für die Gesamtuniversität entwickelt, daß sie zu Erscheinungen, die ihrer Meinung nach schädlich für die Hochschule sind, einfach nicht schweigen können.

Dann müssen sie einfach „räsonieren“. Die „Studenten“ aber — um in der Terminologie der Professoren zu bleiben — sehen nur die wirklich großartige Aufbauleistungen in Bochum ohne das Gesamtkonzept dahinter zu sehen. Und dann kommt es eben zu Mißverständnissen zwischen Professoren und Studentenschaft einerseits und den Studenten und ihrer Vertretung andererseits. Man könnte tatsächlich hier der Studentenschaft einen Vorwurf machen, nämlich den, daß sie nicht genügend für die Information der Vertretenen gesorgt hat. Aber das entlastet die Professoren in keiner Hinsicht, denn sie haben es mit den Vertretern der Studenten, den „Funktionären“ also, zu tun. Und diesen Vertretern sollte auch Anerkennung für ihre Aufbauarbeit gebühren.

Aber nun noch zu einem anderen Problemkreis. Von der Ruhr-Universität erwartete man einen bildungswerbenden Effekt, eine bildungswerbende Ausstrahlung auf das Ruhrgebiet. Die Aufgabe der Neugründung war also nicht nur Reform und Entlastung, sondern auch Bildungswerbung. In diesem Sinne veranstaltete man eine Aktion „Offene Tür“ für Abiturienten, die sich eine Woche lang in der Universität umsehen dürfen. Diese Aktivität sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit für alle Hochschulen sein, der Bochumer gebührt aber Anerkennung für ihre Initiative. Eine Frage aber: Warum soll die Universität nicht immer für alle offen stehen, nicht nur eine Woche für Abiturienten?

Außerdem errichtete man ein Studienbüro, das Veranstaltungen zur allgemeinen Einführung in das Universitätsstudium für Erstimmatrikulierte und Individualberatungen durchführt. Auch hier — trotz mancher Kinderkrankheiten — Anerkennung auch für die Professoren, die im Rahmen einer groß angelegten Berufsberatungsaktion des Bochumer Arbeitsamtes Vorträge aus ihren Fachbereichen hielten.

Doch all diese Aktivitäten richten sich an Personen, die bildungswillig sind, d. h. an Primaner. Man vermißt die Aufklärung über die Bildungschancen für die Arbeiter, unter

deren Kindern sicher zahlreiche Begabungen unentdeckt verkümmern. Hier hätte die Ruhr-Universität eine große Aufgabe, für die sie einfach prädestiniert ist. Außerdem muß sich eine Ruhr-Universität auch im starken Maße bildungspolitisch engagieren, denn was nützen alle Initiativen auf dem Gebiet der Bildungswerbung, wenn das Angebot an höheren Schulen nicht ausreicht. Vergleicht man die Anteile der weiterführenden Schulen an der Gesamtzahl der Schulen, so ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil der höheren Schulen liegt bei den Städten Nordrhein-Westfalens bei 15,1 Prozent, im Ruhrgebiet aber nur bei 11,6 Prozent. Bei den Landkreisen sieht es nicht besser aus: 10,4 Prozent stehen 8,6 Prozent gegenüber. (Die Zahlen sind der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 26. 1. 1966 entnommen). Es ergibt sich also ein starkes Bildungsgefälle zwischen den Nicht-Ruhrstädten und den Orten im Ruhrgebiet. Hierauf müßte die Ruhr-Universität auch einmal hinweisen, das ist eine Aufgabe, die ihr zukommt.

Schaut man nun unter den Strich der Jahresbilanz, so kommt man zu folgendem — recht negativen — Ergebnis:

— Bochum ist keine Reformuniversität wie sie es werden sollte;

— Bochum erfüllt die Aufgabe der Entlastung anderer Universitäten;

— Bochum hat erst die ersten zögernden Schritte auf dem Gebiete der Bildungswerbung getan.

Am Ende des ersten Jahres der jungen Bochumer Universität sei der Wunsch gestattet, daß es gelingen möge, dort wo falsche Wege eingeschlagen wurden, wieder zurückzufinden auf den Weg, den die Hochschulreformer von der Ruhr-Universität erwarten.

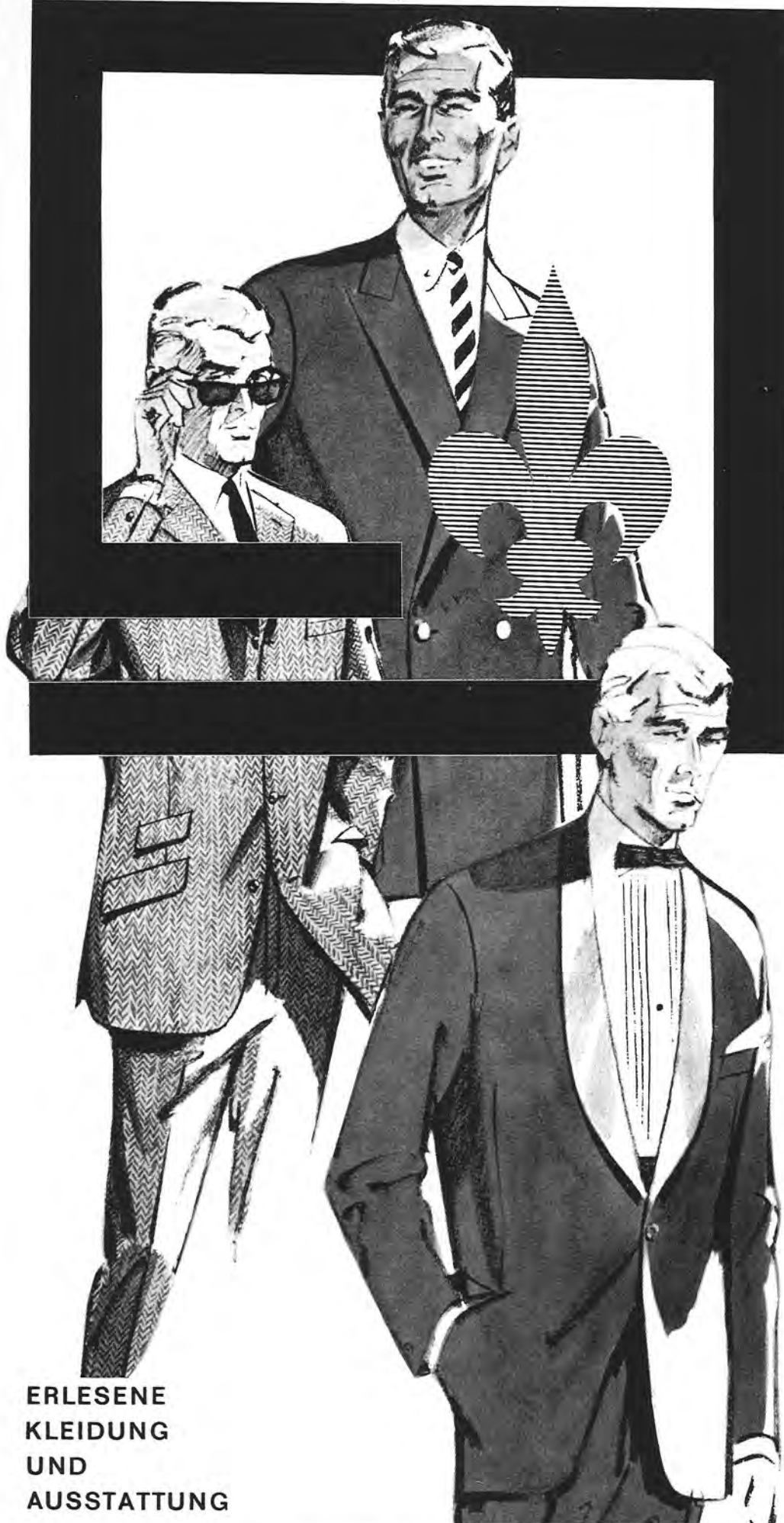
Seite 41 oben:
Professoren verschiedener Hochschulen bei der Eröffnung

Seite 42 oben:
Der erste Ruhr-Student, König, wird von Prof. Schwartzkopff begrüßt

Seite 42 unten:
Die erste feierliche Immatrikulation

Seite 43 unten:
Blick in die Universitätsbibliothek





ERLESENE
KLEIDUNG
UND
AUSSTATTUNG

gorden
herrenmoden

BOCHUM · HUESTRASSE 9 · ECKE HELLWEG · TELEFON 61945

Studenten speisen à la carte

In Heft 3 des „ruhr-student“ hatten wir Ihnen „Schnäpse, Schwoof und Schottenmädchen“ vorgestellt, diesmal wollen wir für die gute Unterlage sorgen und Sie durch ein paar Bochumer Lokale führen, in denen Sie mehr oder weniger gut und mehr oder weniger preiswert essen können. Auf gehts! Aber streng in alphabetischer Reihenfolge!

Stammhaus Fiege, Bongardstraße 23

Wie der Name schon verrät, gibt es Fiege-Bier (Bier ist ja für's Essen auch wichtig!). Das Haus wurde von der Brauerei gebaut und verpachtet, es ist also eine Art Renommiergaststätte. Diesem Anspruch wird der Pächter gerecht: viel Zinn, Delfter Platten, Kamin, Nischchen mit schmiedeeisernen Gittern, Holztische — nahezu eine Münsteraner Kneipe und das ist in der Tat ein Kompliment. Sie wollen essen? Bitte sehr: der Pächter kocht selbst: Rahmschnitzel mit Salat und Butterkartoffeln DM 5,—, Westf. Knochenschinken auf Holzbrett DM 3,50 (es gibt viel Schinken für's Geld — wir haben's ausprobiert). Spezialitäten? Bitte: Wild und gebackene Forelle. Mittags liegen die Preise zwischen DM 3,— und 6,50, etwas teurer als das à-la-carte-Restaurant der Mensa. Ist das nichts? Essen auf Abonnement gibt es zwar nicht, doch ist eine „Studentenkarte“ vorgesehen. Auch für Gesellschaften ist Platz: das Kaminzimmer hat Platz für 20—25 Personen. Ruhetag: Donnerstag.



Goldenes U, Brüderstr. 13

Auch hier ist der Name verräterisch: Union-Bier gibt's. Der Charakter des Hauses ist anders als bei Fiege, doch auch auf seine Art gemütlich: Steinfliesen, Kerzenlicht, lange Theke (damit der Bierumsatz steigt), gemütlich dämmerig. Zur Atmosphäre gehört aber auch der Wirt: Opernsänger ist er gewesen. Haben Sie Zeit, dann erzählt er Ihnen (wenn er Sie mag), in wieviel Opern er gesungen hat und vielleicht gibt er Ihnen sogar eine Probe seines Könnens. Doch Sie dürfen bei dem Erzählen das Essen nicht vergessen, denn dann verpassen Sie einiges, was in der nett aufgemachten Speisekarte angeboten wird. Wenn Sie über die zahllosen Spirituosen hinweg gekommen sind, stoßen Sie z. B. zum Schnitzel mit Bohnen für 5,25 vor (wir nennen Ihnen das Gericht zum Preisvergleich). Doch — ehrlich — essen Sie das Schnitzel nicht, nicht etwa weil es zäh und trocken ist, nein, weil die Reisgerichte des Opernsängers viel origineller sind. Schnitzel können Sie überall essen, aber Reisgerichte, die so scharf wie im Goldenen U sind, finden Sie selten. Der Bierumsatz muß schließlich





steigen. Und der Umsatz steigt noch mehr, wenn Sie Ihre Gesellschaften in den Nebenraum, der bis 60 Personen faßt, legen. Ruhetag: Dienstag.

Gaststätte Hasselkuss, Rathauspl. 10-12

Hier stand früher die Schlegel-Brauerei und in alter Treue zum kregelen Schlegel wird dieses Bier auch ausgedient. Pils-Freunde können Vest-Pils trinken. Hasselkuss ist ein reines Speiserestaurant und will gar nicht mehr sein. Weißgedeckte Tische, recht harte Stühle, großräumig, viele Mittagsgäste von den nahegelegenen Industriebetrieben. Doch preiswert essen kann man: unser Vergleichessen, in diesem Falle Schnitzel mit Mischgemüse und Kartoffeln kostet 4,50. Tellergerichte gibt es von 2,20 bis 4,25, die Mittagskarte erstreckt sich von Spiegeleiern für 2,50 bis Wiener Rostbraten für 6,-- DM. Aber auf Spezialitäten verzichtet heute keiner mehr: probieren Sie einmal die Feinschmeckerplatte mit Salaten, Aal, Gänsebrust usw. für 2 Personen zum Kostenpunkt von 7,50! Mitglieder der beiden Verbindungen, die bei Hasselkuss sich etabliert haben, haben es sicher schon! Übrigens: es gibt Nebenräume für über 100 und für 40 Personen. Für große Gesellschaften lassen sich beide Räume zu einem Saal für 150 Personen vereinigen. Ruhetag: Montag.

Parkschlößchen, Bergstr. 65

Schlegel gibt's auch hier, draußen auf der Terrasse jedoch nur halbe Liter. Aber das ist der Vorteil des Parkschlößchens: die Terrasse von der man bei schönem Wetter unter „Cinzano“-Sonnenschirmen den Blick auf den gegenüber liegenden Stadtpark werfen kann. Das soll nicht heißen, daß es innen nicht weniger gemütlich ist: nein, dort gibt es Tische in Nischen, alles recht individuell. Doch die Preise sind der Stadtparkgegend als gutem Wohnviertel angepaßt. Schweineschnitzel mit Erbsen und Möhren und pommes frites 5,30, Jägerschnitzel 6,30. Aber auch für die „Minderbemittelten“ unter den Parkanrainern hat der Wirt gesorgt: es gibt ein Essen für feste Abonnenten, z. B. Gemüse durcheinander oder Spiegelei für 2 Mark. Daneben gibt es auch Tellergerichte von 2 bis 5,50. Im Parkschlößchen fühlt man sich wie bei Müttern, denn die Frau des Hauses kocht selbst, „nach Hausfrauenart“. Und außerdem der Clou: man schlachtet selbst! So sind das Schnitzchen mit eigener Blutwurst für 2,50 und das Schnitzchen mit hausgeschlachteter Leberwurst nur empfehlenswert. So lange der



Vorrat reicht. Diese Spezialität ist gut geeignet auch als Imbiß für Gesellschaften im Nebenraum, in dem 40 Personen Platz haben. Ruhetag: Donnerstag.

Zum Ritter, Kortumstr. 7

Warum wird eigentlich eine große Anzahl der gastlichen Häuser Bochums nach der Biermarke benannt? Was gibt's im Ritter? „Ritter“! Doch nicht nur das, es gibt auch die Atmosphäre für jeden Geschmack (ohne Preisunterschied!). Da finden Sie einmal blanke Holztische, dann in der „zweiten Klasse“ schon Tische mit kleinen Leinendeckchen und als „first class“ einen vornehmen Speiseraum mit weißgedeckten Tischen. Wählen Sie Ihren Platz nach Geschmack und wählen Sie Ihr Essen, das Ihnen der Koch, der illustre Reverenzen aufzuweisen hat, bereitet. Er hat u. a. für die holländische Königsfamilie das Essen gekocht. Er verriet uns zwar, daß die niederländischen Aristokraten beim Essen recht anspruchslos waren, doch wird Prof. Lehmann vom Max-Planck-Institut in Dortmund, dessen „Leibkoch“ er war, höhere Anforderungen gestellt haben. Und der Gast kann das merken — und doch sind die Preise erschwinglich. Schweineschnitzel 4,50, Snack-Spezialitäten vom Grill gibts von DM 3,75 bis 6,50 und internationale Spezialitäten von 6 Mark bis 7,50. Der Wirt, der früher Radrennfahrer war und sein Lokal mit Bildern aus seiner sportlichen Vergangenheit schmückt, hat tatsächlich seine Karten mit Gaumen-Gags gefüllt. So gibt es eine „Rennfahrer-Platte“, auf der Filets auf Toast zu finden sind, für 6,50. Tellergerichte von 2,50 bis 4,75 ergänzen die Mittagskarte, deren Preise zwischen 4,— und 7,— schwanken. Übrigens: der Bochumer Professor für Japanologie ist dort Stammgast — vielleicht können Sie noch etwas für Ihr Examen machen. Nebenraum für 40 bis 45 Personen ist vorhanden.

Schlegel-Bräu, Rathausplatz 5

Schon wieder eine Gaststätte nach Bier benannt. Obwohl dieses Haus nichts anderes als ein reines Speiselokal sein will. Paradox, wenn man bedenkt, daß es direkt an die Schlegel-Brauerei angeschlossen ist und der Gerstensaft (bildlich gesprochen) direkt aus

den großen Fässern läuft. Übrigens: Schlegel hat das „Konkurrenz-Bier“ Guinness-Export zugelassen. Aber nun zum Thema, zum Essen. Gedecke gibt's von 4,20 bis 9,50, Tellergerichte zwischen fünf und sieben Deutschen Mark. Unser Vergleichsgericht, hier Wiener Schnitzel mit Salat und Bratkartoffeln muß mit 5,75 bezahlt werden. Noch einmal zurück zum Bier, denn uns ist — unangenehm — aufgefallen, daß das Glas 60 Pfennig kostet. Für ein reines Speiselokal vielleicht verständlich. — Nebenräume in der Größenordnung 20, 50 und 60 Personen vorhanden. Ruhetag: Sonntag.

Steakhaus zur Uhle, Dr.-Ruer-Platz

American style — indeed. Unter einem großen Tafelfoto von New York's Skyscrapern kann man Bochumer Bier trinken, Schlegel nämlich. Rote, grüne und gelbe Hängelämpchen, Holzdecke und das Wahrzeichen der „Uhle“, eine riesige ausgestopfte Eule, garantieren gepflegte Gemütlichkeit, Gemütlichkeit in american style auf westphalian ge-

trimmt. Ein gut gelungenes Experiment. Und das Essen scheint auch gut gelungen, denn das Steakhaus kann sich immerhin des Prädikats „Beachtenswerte Küche“ der Intertourpe rühmen. Wir verleihen das Prädikat „Beachtenswerte Preise“: Schweineschnitzel mit Salat und Kartoffeln 4,25. Und die Steaks, die man hinter den mit schweren grünen Vorhängen verhängten Fenstern genießen kann? Das Filetsteak Hawaii kostet 4,25 zum Beispiel. Satt wird man davon zwar nicht, es ist aber ein angenehmer Gaumenkitzler nach einem Kinobesuch etwa. Ruhetag: keiner.

„Mutter Wittig“, Bongardstraße 35

Unter den gestrengen Augen der Mutter Wittig auf einem Gemälde, die als erste Wirtin ihr Lokal am 13. 7. 1916 eröffnete, kann man hier Stiftsbier und andere Marken trinken. Heute leitet ihr Urenkel das Haus, in dem man an blank gescheuerten Holztischen sitzt. Außerdem kann man hier bei Sonnenschein mitten in der Stadt unter alten Bäumen draußen sitzen und den vorbeiflutenden Verkehr beobachten. Unser Preisvergleichessen (Schnitzel mit Erbsen und Röstkartoffeln) kostet fünf Mark. Spezialitäten sind Reibekuchen für 1,20 und ein halbes Brathähnchen für 3,50. Daneben aber sind die Muscheln sehr beliebt. Die Preise auf der Mittagskarte schwanken zwischen 2,50 und 5,—, doch man kann einen Eintopf schon für zwei Mark haben. Der Wirt bevorzugt ruhiges Publikum, doch ist es sicherlich erlaubt, wenn eine Gesellschaft in dem Nebenraum für 50 bis 60 Personen einmal „anständig einen schmettert“. Ruhetag: Dienstag.



Damit wären wir am Ende unserer Gaumenreise durch Bochum angelangt. Uns hat diese Reise so gut gefallen, daß wir sie vielleicht für das Heft 6 durch andere Lokale wiederholen. In diesem Sinne „Gute Fahrt“ durch Bochums gastliche Stätten (aber mit einem Taxil) und „Guten Appetit!“

Lebendige Kunst in Essen

Von Leo Nyssen

Das Museum Folkwang



Das Museum Folkwang in Essen zählt, dem äußeren Umfang seiner Sammlungen nach, nicht unbedingt zu den größten Kunstinstituten in der Bundesrepublik. Was ihm dennoch seine Bedeutung, seinen Rang und sein international gesichertes hohes Ansehen verleiht, ist die vom Beginn an angestrebte und auch heute noch gleichermaßen betriebene Konzentration auf einige wenige Sammelgebiete und zugleich die absoluten Maßstäbe standhaltende Qualität seiner Bilder und Bildwerke.

Dabei hat es in den sechzig Jahren ernsthafter Bemühung um eine lebendige Vermittlung alter und neuer Kunst in Essen Höhen und schauerliche Tiefen gegeben. Die Geschichte

des Hauses und der Sammlungen — erst kürzlich vom derzeitigen Direktor des Museums, Dr. Paul Vogt, in einer monumentalen Darstellung in allen Details festgehalten — liest sich wie ein Abenteuerbuch mit manchen Schrecknissen, aber auch glückhaften Triumphen.

Das Fundament der heutigen Sammlungen ruht auf zwei stabilen Stützpfeilern. Den einen bildet eine nach der Jahrhundertwende begründete stadteigene Sammlung, in der bereits bis zum Beginn der zwanziger Jahre Bilder von bemerkenswert hoher Qualität sich beisammenfanden. Der 1909 neuberufene Museumsdirektor Ernst Gosebruch, ein Mann von großer Sachkenntnis und sicherem Qua-



litätsgefühl, aufgeschlossen für die Erkundungen und kühnen Vorstöße der damaligen jungen, revolutionären Künstlergeneration, hat rechtzeitig Gemälde der Expressionisten gekauft, vornehmlich aus dem Kreis der Dresdner „Brücke“ und des „Blauen Reiters“ aus München — ein Bild wie „Der Hutladen“ von August Macke etwa zählt immer noch zu den besonderen Kostbarkeiten der Sammlung. Daneben wurden die deutschen Impressionisten nicht vernachlässigt; so wurde von Max Liebermann etwa der jeden Museumsbesucher auch heute noch beglückende „Papageienmann“ erworben. Bereits 1912 — im Jahr der säkularen Kölner Sonderbundausstellung, die zum ersten Male in großem Umfang die Kenntnis der „Moderne“ in Deutschland vermittelte — kaufte Gosebruch die „Rhönabaken“ von Goghs aus dem Jahr 1888. Aber auch Bilder der französischen Impressionisten und Neo-Impressionisten (Paul Signacs „Rote Türme“) kamen ebenso nach Essen wie die der Pariser „Fauves“, der „Wilden“, wie sie damals spöttisch genannt wurden: wir wissen, daß aus der Spottbezeichnung längst ein Ehrenname geworden ist.

Wir sprachen von zwei Stützpfeilern. Der andere ist die Sammlung „Folkwang“ des Hager Sammlers und Mäzens Karl Ernst Osthaus, die nach dem Tode des weit über seine Vaterstadt Hagen hinaus bekannten und bewunderten Sammlers nach Essen geholt werden konnte. Die Frage des künftigen Sitzes dieser Sammlung — „Folkwang“, ursprünglich „Folkvangar“, bedeutet soviel wie Halle des Volkes — führte zu einem Ringen zwischen den Städten Hagen und Essen, natürlich auch zu einem harten Feilschen um die von den Erben geforderte Kaufsumme. Wenn die Entscheidung zugunsten von Essen fiel, war das nicht zuletzt der Opferbereitschaft zahlreicher Essener Bürger, die sich auch vorher schon vielfach als großzügige Stifter gezeigt hatten, zu danken, die die schließlich geforderte Kaufsumme von fünfzehn Millionen Mark durch Spenden aufgebracht haben. Der gleichzeitig gegründete Museumsverein, zu dem sich die Stifter und weitere Freunde der neueren Kunst zusammenfanden, ist an der ständigen Mehrung des Kunstbesitzes bis zum heutigen Tage wesentlich beteiligt geblieben.

Mit dem Erwerb der Osthaus-Sammlung im Jahr 1922 kam mit einem Schlag ein unerwarteter künstlerischer Reichtum nach Essen. Osthaus hatte schon sehr früh ein gutes Verhältnis zum französischen Impressionismus und seinen Nachfolgerscheinungen gefunden



und zahlreiche Werke der großen Meister von Manet, Sisley, Signac bis zu van Gogh, Gauguin und Cézanne erwerben können. Zugleich aber standen ihm auch die Avantgardisten seiner eigenen Zeit recht nahe und er hat ihre Bilder in seine Sammlung genommen — zu einem Zeitpunkt, da alle diese Künstler wie Kirchner, Schmidt-Rottluff, Rohlf, Nolde, aber auch wie Bonnard, de Vlaminck, de Chirico, Chagall, um einige der bekanntesten Namen zu nennen, noch als Bürgerschreck galten und in öffentlichen Museen noch kaum anzutreffen waren.

Noch ein weiteres Mal bewährte sich das Mäzenatentum innerhalb der Essener Bürgerschaft: ein Industrieller stiftete mit seiner Villa gleichzeitig ein hinreichend großes Grundstück an der Stelle, an der heute noch das Museum Folkwang zu finden ist. Der Essener Architekt Körner errichtete ein zweckdienliches Haus, das 1929 seiner Bestimmung übergeben werden konnte und einen würdigen Rahmen für die kostbaren Schätze der neuen Sammlung Folkwang bildete. Wertvolle Neuerwerbungen hatten in den zwanziger Jahren den bisherigen Bestand an Bildern und Bildwerken so vermehrt, daß



die Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts in diesem Haus nun wahrhaft repräsentativ vertreten war. Hinzu kamen die wertvollen Plastiken und Keramiken vor- und frühgeschichtlicher Zeit aus Europa wie aus zahlreichen überseeischen Bereichen, wie sie aus der Sammlung des Hagerers Karl Ernst Osthaus mitübernommen worden waren und weiterhin Sammelgebiet blieben.

Das Museum Folkwang jedenfalls war auf dem Wege zu einem der maßgeblichen Orte insbesondere der neueren Kunst, als die verbrecherischen Maßnahmen der Machthaber im sogenannten Dritten Reich zerschlugen, was in dreißig Jahren zusammengebracht und aufgebaut worden war. Der berühmten Aktion „Entartete Kunst“ fielen in Essen nicht weniger als 1400 Kunstwerke, darunter so unersetzbare Bilder wie Franz Marcs „Rote Pferde“ oder „Das blaue Fenster“ von Matisse zum Opfer: das Museum büßte 1937 jedenfalls den größten Teil eben jener Bestände ein, die seinen Ruf begründet hatten.

Fortsetzung Seite 50



Fortsetzung

Der verdienstvolle Museumsdirektor Gosebruch war schon bald durch einen willfährigen Gefolgsmann des „Führers“ ersetzt worden. Aber auch der blieb nur bis zum Abschluß der „Säuberungsaktion“; sein Nachfolger, der vorherige Kustos der Sammlungen, Dr. Heinz Köhn, bemühte sich zu retten, was zu retten war und brachte das vom Zugriff noch verschont Gebliebene über die weiteren Nazi- und Kriegsjahre hinweg unversehrt als kleinen Grundbestand in einen Neubeginn nach Kriegsende mit ein.

Auch das Museumsgebäude selber war inzwischen nahezu völlig zerstört worden. So stand man Mitte 1945 im doppelten Sinne vor Trümmern: vor den Trümmern des Hauses und der Sammlung. Trotzdem: der alte Museumsverein und die Stadt wurden schon bald wieder aktiv. Dr. Köhn konnte das erhalten Gebliebene in zwei provisorisch eingerichteten Räumen Teil um Teil wieder zeigen, und schon ging man auch daran, die Verluste auszugleichen und dem Haus mit neuen Erwerbungen den alten Glanz zu sichern.

Schon 1956 wurde ein Wettbewerb für ein neues Museumsgebäude ausgeschrieben — vier Jahre später war, am alten Platz, der schmucke Neubau bezugsfertig. Um zwei durch eine „Ruhehalle“ voneinander getrennte Innenhöfe gruppieren sich die hellen Räume für die Eigensammlung wie für die Wechsellausstellungen. Die ausgebauten Kellerräume bieten Platz für Grafik- und Fotoausstellungen, für Kunsthandwerk und Exoten und — für ein Museumscafé.

Die Hauptsorge galt und gilt nach wie vor dem weiteren Ausbau der Sammlungen. Sowohl der vor zwei Jahren allzufrüh verstorbene Museumsdirektor Dr. Köhn wie sein Nachfolger Dr. Paul Vogt haben es immer wieder verstanden, nicht nur bedeutende Bilder und Bildwerke des 19. und 20. Jahrhunderts ausfindig zu machen, sondern für ihren Erwerb die nötigen öffentlichen oder privaten Mittel hereinzubekommen. Die wesentlichen Epochen der neueren Kunst sind in repräsentativen Werken der Malerei und Plastik heute im Folkwang vertreten — von Rodin bis Henry Moore, von Manet und seinen Zeitgenossen über van Gogh, Gauguin, Cézanne und Munch bis zu den neueren Meistern der École de Paris, von den deutschen Expressionisten bis zu den Neulandsuchern unserer unmittelbaren Gegenwart. In einigen Fällen gelang es, wertvolle Stücke aus dem alten Folkwang zurückzuerwerben — so zuletzt noch durch eine großzügige Stiftung den 1937 beschlagnahmten und nach Amerika verkauft-



ten „Steinbruch Bibémus“ von Cézanne, eines der Prunkstücke des Hauses. Der Kubismus ist im Folkwang heute mit Bildern von Léger, Picasso, Braque, Delaunay und dem frühen Mondrian repräsentativ wie nie zuvor vertreten. Auch die wesentlichen Namen des deutschen Expressionismus und des Bauhauses — etwa von Nolde, Rohlf, Kirchner, Heckel, Pechstein, Schmidt-Rottluff, Müller, Marc, Macke, Jawlensky, Kandinsky, Klee, Feiniger und Schlemmer — sind hier anzutreffen.

Die Kunst der neueren Zeit hat hier also, mitten im Ruhrgebiet, eine ihrer starken Konzentrationspunkte. Mit der Einrichtung von Universitäten und Hochschulen im engeren Bereich des Reviers erwarten das Folkwang weitere Aufgaben — welcher Art sie sein könnten, definierte der Essener Museumsdirektor folgendermaßen: „Es ist meine Überzeugung, daß die neuen Schwerpunkte an Wissenschaft und Forschung, die mit der Neugründung der Universitäten und Technischen Hochschulen in unserem Lande entstehen, auch für die Museen — und zwar für die Kunst- wie für die naturwissenschaftlichen Institute — neue Aufgaben und eine Erweiterung ihres bisherigen Tätigkeitsbereiches mit sich bringen.“

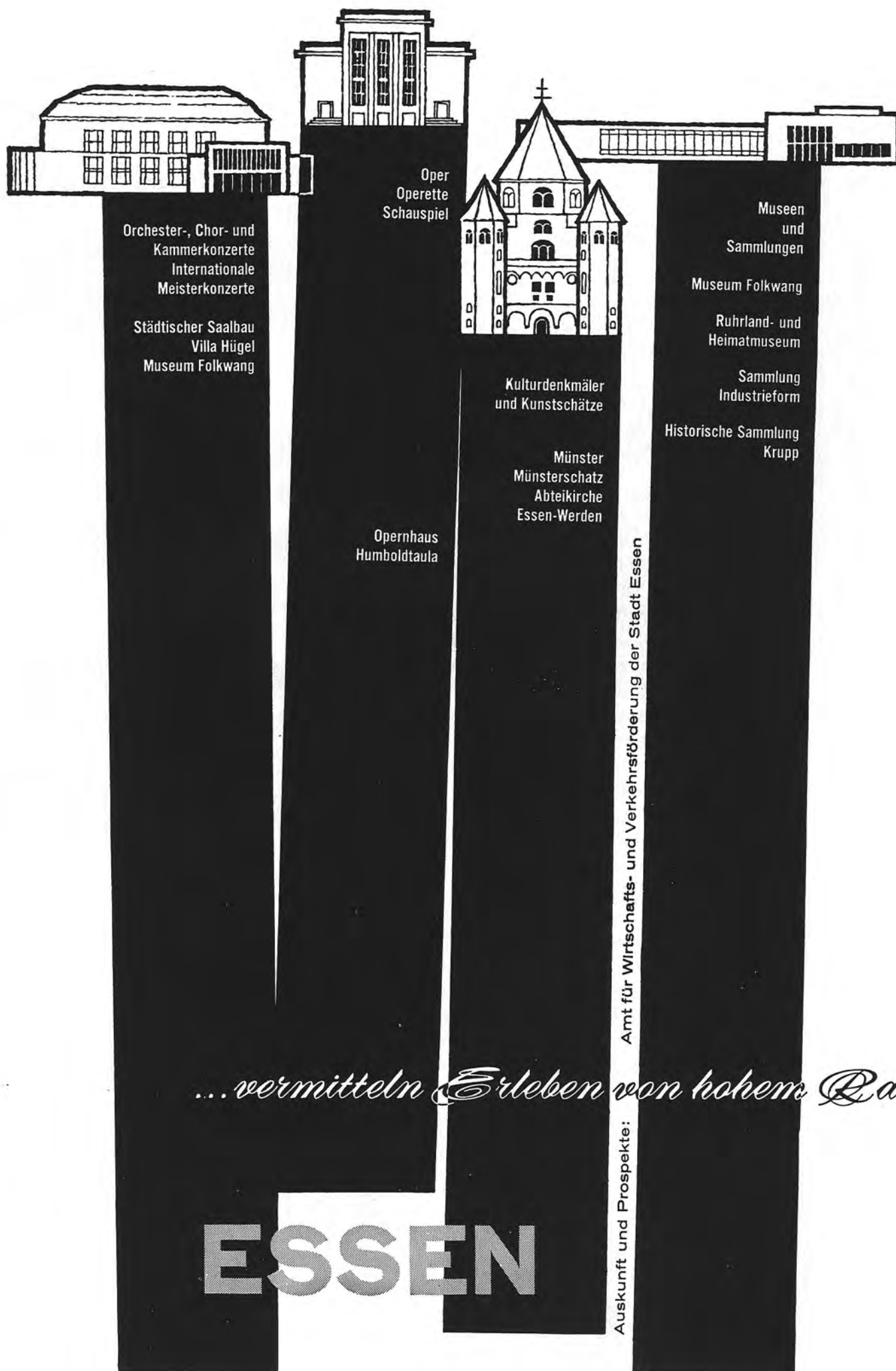
Das trifft nicht allein für die traditionelle Aufgabe des Museums als Hüter des Originals, als Lehr- und Volksbildungsstätte und

Vermittler zwischen dem Kunstwerk und dem Publikum zu, sondern in nicht geringerem Maße auch für die wissenschaftliche Forschung als eine gemeinsame Aufgabe von Universitäten und Museum.

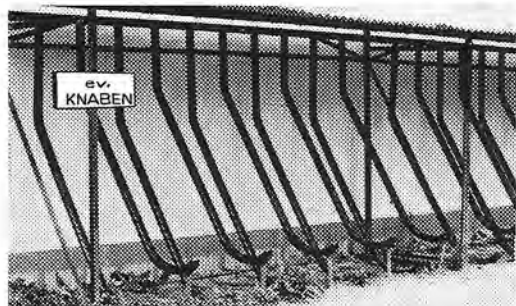
Die Möglichkeit, der theoretischen Forschung das originale Kunstwerk — die Hauptquelle jeglicher kunstwissenschaftlichen Arbeit — zur Verfügung stellen zu können, ist vom Museum aus gegeben und eine bedeutsame Voraussetzung. Schätzen wir uns glücklich, daß unser Land über eine große Anzahl bedeutender Sammlungen verfügt, an deren Besitz die Entwicklung von der Vorgeschichte bis in die unmittelbare Gegenwart hinein an Beispielen hoher Qualität demonstrierbar ist.

Die Museen werden sich auf die neue Aufgabenstellung einzurichten haben, soweit sie sich nicht — wie das bei den großen Sammlungen der Fall ist — bereits darin eingelebt haben.“

Soweit Dr. Vogt. Noch das sei gesagt: Ein Haus der Kunst würde stagnieren, begnüge es sich mit dem Vorhandenen und seiner „Pflege“. In Essen wird man ganz sicher aktiv bleiben wollen: es gilt weiterhin Lücken zu schließen, es gilt zugleich aber auch, den Weg nach vorn weiterzutreiben und zu erarbeiten. „Folkvanger“ — eine Halle des Volkes: der Name des Hauses bleibt auch für die Zukunft Verpflichtung und Aufgabe zugleich.



Das hat aufgehört – als die FDP in die Regierung kam



Die CDU ist seitdem nicht fortschrittlicher geworden. Aber die FDP hat durch ihren Einfluß die Unvernunft zurückgedrängt: Es verschwanden nämlich 300 Kleinstschulen. Und es entstanden über 300 Vollschulen. Und 14 Gymnasien in ländlichen Gebieten. Damit unsere Kinder klüger werden. Auf dem Lande. In der Stadt. Katholische Kinder. Evangelische Kinder. Denn wir Deutsche müssen uns bewähren. Morgen. Damit die anderen uns nicht überflügeln.

Aber das ist nicht alles. Lehrer müssen auch lernen, um besser zu lehren. Deshalb gibt es jetzt ein Lehrerausbildungsgesetz. Dank der FDP. Pädagogische Institute wurden zu wissenschaftlichen Hochschulen – auf christlicher Grundlage. Aber ohne Engstirnigkeit. Die FDP hat dafür gesorgt. Und auch dafür, daß es genügend Universitäten in unserem Lande gibt.

Wollen Sie immer noch wissen, warum Sie FDP und nicht CDU wählen sollen? Wenngleich beide Parteien in einer Regierung sitzen? Ganz einfach: Ohne FDP ist die CDU nämlich wie ein Auto ohne Benzin.

Und die SPD? Hat nichts besseres vorzuschlagen als neue Ministerien. Die nichts nützen. Aber den Bürger Geld kosten. Die FDP will aber nicht die Bürokratie fördern, sondern unsere Kinder bilden. Mit allen Mitteln. Deshalb sollte man sie stark machen. Mit dem besten Mittel. Ihrem Stimmzettel.

Unser Land braucht Freie Demokraten FDP

**Interessieren Sie sich
für
Bildungspolitik und
Fragen der Studienreform?**

**Interessieren Sie sich
für
Studentenschaftsfragen?**

**Interessieren Sie sich
für die
Universitäts-Neugründungen
in Nordrhein-Westfalen?**

Dann abonnieren Sie

der ruhr-student

auf beiliegender Bestellkarte.

Kuno und die Qual der Wahl

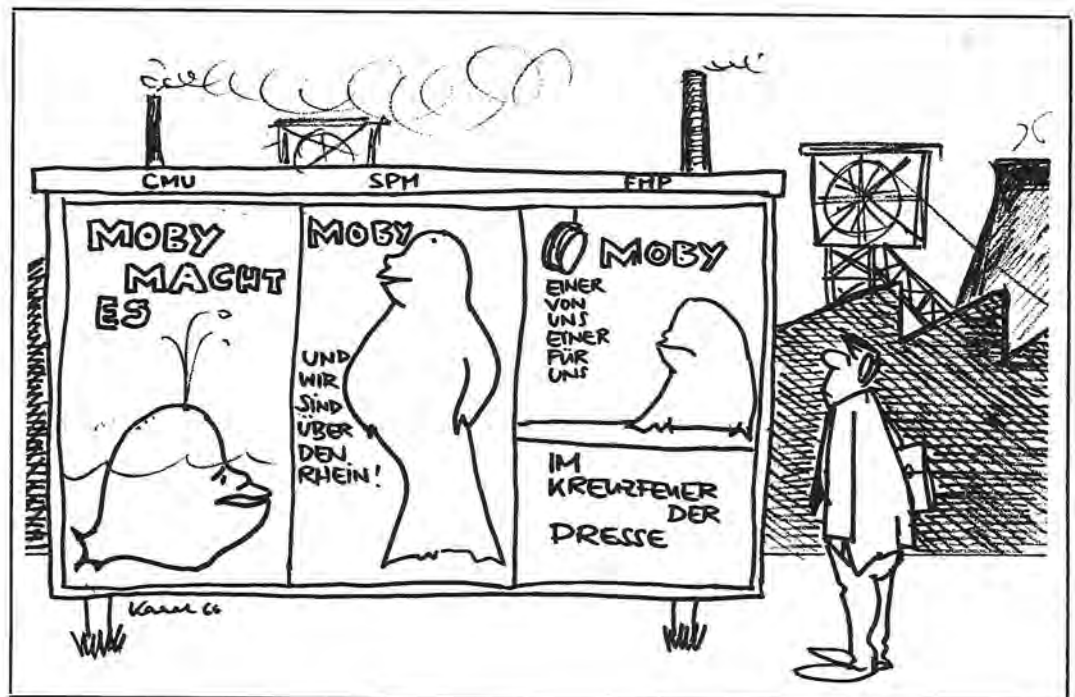
An Ruhr und Nordrhein wird seit Wochen fast ausnahmslos von Wa(h)l gesprochen, der Wahl des Landtags, allgemein — und Moby Wal, der sich zum Rhein begab, um zwischen Kohle, Eisen in Duisburg lange Zeit zu kreisen, wohl mit dem Ziel, im Vegetieren, die Bergbaukrise zu studieren.

Er löste sie natürlich nicht. Doch brachte er ein wenig Licht — und Schatten in die Politik; denn daß man schließlich Moby Dick schlicht einzubürgern hier gedachte, war etwas, das Furore machte. Es kam, weit besser, als ihm lieb, dazu, daß niemand unterschrieb, den Weltenbummler zu kassieren, um nicht die Wahl dann zu verlieren.

Das reichte ihm, trotz vielem Drängen, die Wa(h)lfangflotte abzuhängen und sich mit Haken und mit Ösen vom Schläfern und GEWALT zu lösen.

Jedoch begann auf seinen Wegen er sich dann doch nicht abzuregen. Es fiel die Wahl an Ruhr und Rhein ihm scheinbar später nochmal ein, so daß gemächlich und im Trab er sich sogar nach Bonn begab, um dort in Sachen Kohle, Eisen sich als Vermittler zu erweisen.

Man hörte ihn natürlich nicht, weil so ein Wal recht komisch spricht. Drum zog er sich mit viel Geschick ganz aus der Politik zurück, zumal er auch im voraus sah, was hier in Sachen Streik geschah. Vermutlich sprach er notabene: Nun macht mal euren Kram alleine!



Ich winde mich, so wie ein Aal, zurück zum Meer und bleib neutral.

Das denkt auch Kuno als Student, dieweil er viel vom Wählen kennt, ganz friedlich, abseits von Gewalt:

Ob der Professor jung, ob alt an Jahren etwa ungefähr zum Studium wohl besser wär?

Auch wählt der Absolvent allein, wo trägst du dich am besten ein?

Die Wahl der Wohnung: Gleich ins Heim — statt satten Bürgern auf den Leim zu schleichen, um sie zu sanieren — und auch summarum zu kampieren?

Ob man sich tunlichst nach der Decke und schlichtem Mensaessen strecke? Vielleicht auch etwa, frei nach Wahl, sich besser doch in ein Lokal begeben, um in diesem eben ein wenig üppiger zu leben? Sodann verbleibt, als heißes Eisen, im Gelde noch die Wahl der Speisen.

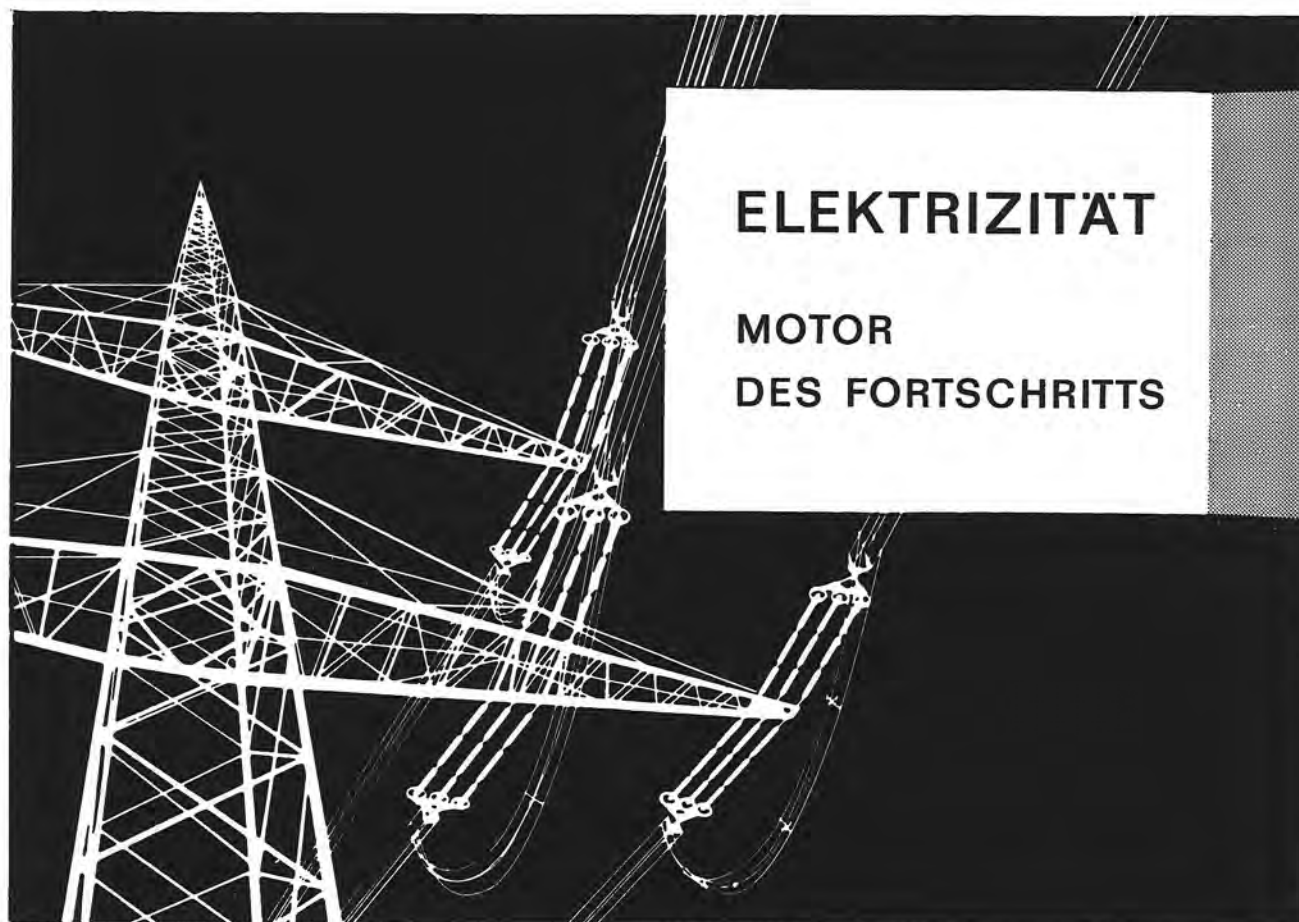
Und — als besonders harte Nuß die Frage nach dem Omnibus, der sich stadteinwärts, trotz Protest, ganz selten nur erwischen läßt, so daß zum Teil auf Schusters Rappen dies viel bequemer könnte klappen, wenn jemand, der nicht gerne steht, dem Weg entsprechend, zeitig geht.

Na Prost und Mahlzeit! — Solche Wahl ist jeweils mehr als eine Qual, wobei der Wahlgang der Studenten für ihren Pseudo-Dirigenten an Länge und an Kondition dem Lauf entsprach von Marathon, derweil beim Trend im Appetit das Gros für SÜSSMILCH sich entschied.

Dagegen wird an Rhein und Ruhr die Wahl schon zur Routine nur, und Kuno meint, es sei verfrüht, daß man aktiv sich darum müht.

Jedoch in puncto Politik: Wenn schon — dann nicht wie Moby Dick...

**immer
besser mit IG Metall
einer
starken
Gewerk
schaft**



ELEKTRIZITÄT

**MOTOR
DES FORTSCHRITTS**

Die Blase platzt...

Haben Sie auch
Fließband-Kost gegessen
Magnifizenz?



aber
in
netter
Form!

Ich sag' Ihnen:
Hier ist das
kalorienminimum
unterschriften.



Aber nur so
können wir sie *)
klein halten!



*) Hier sind die Studenten gemeint.
(Anm. d. Red.)



PRIVAT

„Hoffentlich können Sie das Niveau, das Sie mit dem Heft 4 erreicht haben, halten“, so war der Tenor zahlreicher Briefe, die wir nach Erscheinen des letzten „ruhr-student“ erhielten. Von allen Seiten erreichten uns gute Wünsche, kritische Anmerkungen zu den einzelnen Beiträgen und Vorschläge zu einer noch besseren Gestaltung. Der Münsteraner „semester-spiegel“ bedachte uns unter dem Titel „Wer hat ihn wohl so fein gemacht?“ mit einer kritischen, ein wenig neidvollen Analyse. Das „Mittagsmagazin“ des Westdeutschen Rundfunks gab uns die Ehre, über unsere Arbeit zu berichten. Alles in allem war es ein Echo, das uns den notwendigen Mut für die Vorbereitung dieser Nummer gab.

Entmutigend war aber diesmal wieder — wenn Sie treuer „ruhr-student“-Leser sind, wissen Sie, welcher Stoßseufzer jetzt kommt — das zähe Fließen der Anzeigen. Trotzdem haben wir es gewagt, weil wir uns einbilden, das Niveau gehalten zu haben. Außerdem hoffen wir, jetzt endlich das Konzept gefunden zu haben, das dem „ruhr-student“ angemessen ist.

Im vorderen Teil wollen wir jetzt immer allgemeinpolitische und studentenschaftliche Fragen behandeln. Dieses Mal haben wir diesen Teil auf die Landtagswahl zugeschnitten. Übrigens: R. W. Leonhardt hat in seinem Begleit-

schreiben zu seinem Kommentar geschrieben: „Dieser Kommentar wird Ihnen (und mir) noch manchen Kummer bereiten.“ Hoffen wir's, Kritik belebt die redaktionelle Arbeit.

Der Werkdruckteil bereitet uns noch — ehrlich gesagt — Kopfschmerzen. Hier wollen wir uns nämlich auf die Bildungswerbung und Bildungsbereitschaft konzentrieren. Wir sind glücklich, für diese Ausgabe Professor Hitpaß gewonnen zu haben, der seine Arbeiten und Pläne auf diesem Gebiet beschreibt. Außerdem konnten wir das schon für Heft 4 geplante Interview mit dem Sprecher der Arbeitgeberverbände nachholen. Grundsätzlich aber wollen wir hier eine eigene wissenschaftliche Untersuchung über die Bildungsmöglichkeit und die Bildungswilligkeit im Ruhrgebiet veröffentlichen. (Daneben wird natürlich von Werbungsaktionen berichtet werden.) Aber auch hier muß die Geschäftsführung den Eifer der Redaktion immer wieder stoppen, denn Wissenschaftler kosten nun einmal auch Geld . . .

Im dritten Teil schließlich finden Sie zunächst Artikel zum Thema Hochschulbau, das ja gerade für die Neugründungen interessant ist. Von dem Aufsatz von Dr. Herzog erhoffen wir uns, einen Anstoß zur intensiven Untersuchung dieser Frage gegeben zu haben. Geplant hatten wir noch einen Artikel zum eng-

lischen System des Hochschulbaues vom Ministry of Science and Education, doch ist das Manuskript nicht pünktlich eingegangen; wir bringen dieses Thema aber in Heft 6.

Danach beginnt dann der „lokale Teil“ — wenn Sie so wollen. Hier berichten wir von den Geschehnissen in Bochum, Dortmund und Essen. Dortmund kommt diesmal „etwas schlecht weg“, das liegt aber einfach daran, daß auch hier ein vorgesehener Beitrag ausgefallen ist. Aber dafür hatten wir ja auch zur Grundsteinlegung für die dortige Universität ein Sonderheft herausgebracht, das übrigens auch eine starke Resonanz in Funk und Presse fand. Schließlich ist noch Kuno zu erwähnen, dessen geistiger Vater nun einmal endlich aus der Anonymität austreten soll: es ist Kurt Janssen, der das Schreiben dieser netten Gedichte als Hobby neben seinem Beruf in der Industrie betreibt.

Wir hoffen, daß Ihnen diese Konzeption zusagt, wenn nicht — schreiben Sie uns. Wir machen das Heft ja schließlich für Sie, den Leser.

Und noch eine Bitte: drücken Sie uns den Daumen für die Anzeigenwerbung für das Heft 6, damit wir voller Optimismus sagen können:

Glückauf — „der ruhr-student“ kommt!
Hendrik Bussiek, Redaktion

der ruhr-student

Bochumer, Dortmunder und
Essener Studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich für den Inhalt:
Der Vorsitzende

Geschäftsführung:
Peter Schultz

Redaktion:
Hendrik Bussiek

Titelblatt:
Friedrich W. Husemann

Illustrationen:

Rosemarie Clausen (1), Manfr. Hannok (20),
Friedrich W. Husemann (1), Rudolf Opitz (1),
Privat (2), Städt. Bildstelle Essen (2),
Foto Witzel (3), Archiv (4).

Anschrift der Geschäftsführung und
Redaktion:
463 Bochum, Buscheyst. (Ruhr-Universität),
Telefon 3 60 57

Konten:
Westfalenbank Bochum 50 9892
Städt. Sparkasse Bochum 2/9676

Druck und Vertrieb:
Schürmann & Klagges,
463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Schutzgebühr DM 1,—

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Der Diplom-Ingenieur der Bundespost ist Führungskraft und Treuhand großer Werte



Die Deutsche Bundespost gehört zu den fortschrittlichsten Verkehrs- und Nachrichtenverwaltungen der Welt. Um den hohen Ansprüchen zu genügen, die Wirtschaft und Gesellschaft heute an das Nachrichtenwesen stellen, bedient sich die Bundespost einer rationellen Organisation und modernster mechanischer und automatischer Einrichtungen. Die Diplom-Ingenieure der Deutschen Bundespost werden entscheidend tätig bei der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Planung neuer Anlagen, bei der Kalkulation, Vergabe und Überwachung der an die Industrie erteilten Aufträge und bei der Entwicklung rationeller Betriebsverfahren. Sie sind Beamte des höheren Bundesdienstes. Sie leiten größere Dienststellen. Sie müssen als Vorgesetzte vielen Menschen Vorbild sein. Sie planen und bauen die technischen Einrichtungen der Zukunft und betreuen große materielle Werte. Der Diplom-Ingenieur ist Führungskraft. Er trifft die Entscheidungen – im Fernmeldewesen, in der Maschinen- und Kraftfahrzeugtechnik, im Hochbau. Wäre das nicht auch eine Position für Sie?

Wer sich für den höheren technischen Dienst bewirbt, muß die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und darf das 35. Lebensjahr – als Schwerbeschädigter das 40. Lebensjahr – nicht überschritten haben. Der Bewerber findet bei der Bundespost ein günstiges Betriebsklima, gute Arbeitsbedingungen und Beförderungsmöglichkeiten, eine vorteilhafte Urlaubsregelung und zeitgemäße soziale Leistungen. Nähere Auskunft über die Einstellungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundespost, über Einzelheiten der höheren technischen Laufbahnen und über Studienbeihilfen, die von der Bundespost gewährt werden können, erteilen auf Wunsch die Oberpostdirektionen.



Deutsche Bundespost
Tausend gute Dienste Tag für Tag



BOCHUM

Von Grün- und Parkanlagen durchsetzte Großstadt · Standort der Ruhr-Universität
Bedeutendes Theater · Westfälische Schauspielschule · Bergbaumuseum · Geologisches Museum · Planetarium · Institut
für Satelliten- und Weltraumforschung · Moderne Mehrzweckhalle · Sitz großer Industrie- und Handelsunternehmen

Schaufenster des Reviers

Auskunft:

Amt für Verkehrs- und Wirtschaftsförderung, Bochum - Ruf 699 35 75 - 699 35 82 · Verkehrsverein Bochum e. V., Hauptbahnhof - Ruf 6 21 42
Verkehrsverein Bochum-Langendreer-Werne e. V., Bochum-Langendreer, Wallbaumweg 137 - Ruf 2 19 25